

**Zur Theorie
der Gewerkschaften in der BRD**

**Darstellung und Kritik
neuerer marxistischer Gewerkschaftstheorien**

ULRICH SCHULTE

1976

ZUR THEORIE DER GEWERKSCHAFTEN IN DER BRD

**Darstellung und Kritik
neuerer marxistischer Gewerkschaftstheorien**

Inaugural-Dissertation
zur Erlangung des Doktorgrades der Philosophie
an der Ludwig-Maximilian-Universität zu München
(Fachbereich Sozialwissenschaften)

vorgelegt von
ULRICH SCHULTE
aus
München



Resultate GmbH
München
1976



Referent: Prof.Dr.Sontheimer

Korreferent: Prof.Dr.Nipperdey

Tag der mündlichen Prüfung: 29.7.1976

INHALTSVERZEICHNIS

VORBEMERKUNG	S. 3
I. EINLEITUNG	S. 4
II. DIE KRITIK AM GEWERKSCHAFTLICHEN LOHN- KAMPF	S. 15
1. Vorwurf der Anpassung an das kapitali- stische System	S. 15
2. Angriffe auf die Gewerkschaftsführung	S. 20
3. Aufforderung zur Selbstaufgabe der Ge- werkschaft	S. 23
III. DAS INTERESSE AN AUSSERGEWERKSCHAFTLI- CHEN ARBEITSKÄMPFEN	S. 29
1. Die Verklärung der Septemberstreiks von 1969	S. 29
2. Das Eingeständnis der politischen Folgenlosigkeit	S. 35
3. Hoffnung auf das Scheitern des ge- werkschaftlichen Kampfes	S. 39
4. "Neue Qualität" der Streikbewegung von 1973	S. 42
IV. GEWERKSCHAFTLICHE INTERESSENVERTRETUNG UND DEMOKRATISCHER STAAT	S. 51
1. Krise einer staatskonformen Gewerk- schaftspolitik?	S. 51
2. Kritik an der Institutionalisierung der Gewerkschaft	S. 55
3. Staatsbezogene Interessen der Arbeiter	S. 59
4. Zur staatlich garantierten Tarifauto- nomie	S. 63

5. "Kooperative" und "konfliktorische" Gewerkschaftspolitik	S. 68
6. Scheitern der Gewerkschaftspolitik als Voraussetzung für Klassenkampf	S. 72
V. DIE NACHKRIEGSPOLITIK DER GEWERKSCHAFTEN	S. 80
1. Möglichkeit einer sozialistischen Al- ternative?	S. 80
2. Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitern	S. 87
3. Ausschaltung der kommunistischen Oppo- sition	S. 91
4. Berufung auf das Grundsatzprogramm von 1948	S. 95
VI. DER STREIT UM DIE MITBESTIMMUNG	S. 101
1. Kritik der Mitbestimmung	S. 101
2. Berufung auf den Nutzen für die Ar- beiter	S. 106
3. Mitbestimmung als "Kampfaufgabe"	S. 112
4. Arbeiterkontrolle - ein neuer Name für die gleiche Sache?	S. 122
VII. WARUM SCHEITERN MARXISTEN AN DER ER- KLÄRUNG DER GEWERKSCHAFT ?	S. 132
1. Kapitalverhältnis und Gewerkschaft	S. 132
2. Marxistischer Standpunkt und gesell- schaftliche Realität	S. 139
3. Vom Standpunkt einer besseren Gewerk- schaft	S. 147
4. Parteinahme für die unzufriedenen Staatsbürger	S. 153
LITERATURVERZEICHNIS	S. 161

VORBEMERKUNG

Die marxistische Theorie der Gesellschaft ist - insbesondere in der Bundesrepublik - mit der Tatsache konfrontiert, daß denjenigen, die ihrer objektiven Stellung im Produktionsprozeß nach ein Interesse an einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft haben sollen, das Bewußtsein von der Notwendigkeit einer solchen Veränderung fehlt. Es muß sich daher dieser Theorie als ein besonderes Problem darstellen, daß gerade an den Gewerkschaften als den größten Massenorganisationen der Arbeiter zum Ausdruck kommt, daß sich hierin die Arbeiter zwar gegen die Auswirkungen der kapitalistischen Verhältnisse, aber keineswegs zu deren Abschaffung organisieren. Die Differenz zwischen marxistischem Anspruch und den vorfindlichen Interessen der Arbeiter bedarf somit einer Erklärung, und die neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien sollen im folgenden daraufhin untersucht werden, inwieweit sie eine wissenschaftlich richtige Begründung des Arbeiterverhaltens zu geben vermögen.

Im Gegensatz zu allen anderen sozialwissenschaftlichen Theorien sieht die marxistische Theorie das gesellschaftliche Handeln der Menschen wesentlich in den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie begründet. Damit ist zugleich der Maßstab angegeben, woran die Aussagen der marxistischen Autoren über das gewerkschaftliche Handeln der Arbeiter und deren daraus resultierendes Bewußtsein überprüft werden müssen.

I. EINLEITUNG

Alle neueren marxistischen Auseinandersetzungen mit der Gewerkschaft zeigen an der Art und Weise, wie sie sich mit den wahrgenommenen Phänomenen beschäftigen, daß sie nur sehr wenig Interesse an einer richtigen Theorie der Gewerkschaft haben. Obwohl alle Autoren das "systemerhaltende" Handeln der Gewerkschaft zum Ausgangspunkt ihrer Untersuchungen machen und als Marxisten den Kapitalismus als Grund für dieses Verhalten angeben, sehen sie dennoch keinen notwendigen Zusammenhang zwischen der bestehenden Gesellschaft und den aufgefundenen Schranken der Gewerkschaft. Stattdessen wird der gewerkschaftliche Zusammenschluß der Arbeiter beständig mit dem eigenen revolutionären Anspruch der Autoren konfrontiert, ohne zunächst zu klären, ob die Gewerkschaft einem solchen Anspruch überhaupt nachkommen kann: Nicht, was die Gewerkschaft ist, sondern was sie vom Standpunkt der Marxisten aus sein soll, ist der Inhalt der theoretischen Beschäftigung mit der Gewerkschaft.

Das Desinteresse an einer Erklärung des empirisch vorfindlichen Zustands der Gewerkschaft zeigt sich daran, daß die Autoren schon vor jeder theoretischen Beschäftigung mit der Gewerkschaft wissen, zu welchem Resultat ihre Untersuchung führen soll. So bekundet MÜLLER-JENTSCH gleich am Anfang seines Aufsatzes (1) sein Interesse an der "Reformulierung sozialistischer Gewerkschaftstheorie", deren zentrale Fragestellung darin liegen soll, "auf welche Weise gewerkschaftliche Organisation und gewerkschaftlicher Kampf den revolution-

(1) W. MÜLLER-JENTSCH, Materialien zur Gewerkschaftstheorie, in: Gesellschaft. Beiträge zur Marx'schen Theorie 3, Ffm 1975, S. 27

nären Prozeß befördern können". Für die Autoren der PROBLEME DES KLASSENKAMPFS (PROKLA) steht bereits als kategorische Vorabbemerkung fest, daß eine "materialistische Auffassung in der Analyse" aufzeigen muß, wie die Gewerkschaften zu "Organen des Klassenkampfes" werden können (2). Von SCHÄFER wird sogar explizit zugegeben, daß er sich aufgrund seines marxistischen Standpunktes zu einer falschen Erklärung der Gewerkschaft berechtigt sieht:

"Selbstverständlich ist das DGB-Grundsatzprogramm kein marxistisches Programm, obwohl es marxistisch interpretierbar ist und interpretiert werden sollte. Wir sind der Auffassung, daß eine solche Interpretation den Interessen der Arbeiterklasse am besten dient." (3)

Und wer sich wie das SOZIALISTISCHE BÜRO eine antikapitalistische Gewerkschaftsarbeit zum Programm macht, dem verbietet sich ausdrücklich eine Analyse der Gewerkschaft, "die deren Integration in die spätkapitalistische Wirtschaft und Gesellschaft als abgeschlossen und unwiderruflich ansieht" (4). Es soll nur das an Aussagen über die Gewerkschaft erlaubt sein, was für Mitglieder der Gewerkschaft noch "gedanklich mitvollziehbar" ist:

"Jede grundsätzlichere Kritik, schärfere sprachliche Formulierung und konsequentere Schlußfolgerung würde ihren Wissens- und Bewußtseinshorizont eindeutig überschreiten, was erfahrungsgemäß aggressive Abwehrreaktionen auslöst und so alles andere als aufklärend wirkt." (5)

(2) Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Thesen zur Gewerkschaftsanalyse, in: PROBLEME DES KLASSENKAMPFS, Nr. 2 / 1972, S. 89

(3) H. SCHÄFER, Einige Gesichtspunkte zu Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Marx und die Gewerkschaften heute, Ffm 1969, S. 9

Anstatt das gerade nicht antikapitalistische Verhalten der Gewerkschaften zu erklären, wird auf dem eigenen Anspruch beharrt und von MANDEL sogar die Existenzberechtigung dieser Gewerkschaften geleugnet:

"Die Gewerkschaften werden ihre aus der letzten Entwicklung des Spätkapitalismus entsprungenen Aussagen nur lösen können, wenn sie sich wieder voll durch dieses sozialistische Endziel, das noch nie so relevant war wie heute, in ihrer täglichen Praxis lenken lassen. 'Systemkonforme' Gewerkschaften kann es im Spätkapitalismus nicht geben." (6)

Am borniertesten tritt die Studentenbewegung gegenüber der Gewerkschaft auf, die nach SCHAUER explizit "ihr Selbstverständnis, ihre soziale und politische Perspektive zum Maßstab der Beurteilung der Gewerkschaften" macht und der gewerkschaftlichen Interessenspolitik überhaupt nur dann Erfolg verheißt, "wenn sie sich von der geschichtlichen Perspektive der Neuen Linken leiten läßt." (7)

Die den Gewerkschaften abverlangte "systemverändernde Perspektive" wird von GORZ mit den veränderten ökonomischen Bedingungen der entwickelten kapitalistischen Gesellschaft begründet: weil das kapitalistische System in eine "neue Periode von Umwälzungen und

(4) Vorwort des SOZIALISTISCHEN BÜROS zu: H.G. CONERT, Gewerkschaften heute - Ordnungsfaktor oder Gegenmacht?, Offenbach 1971

(5) Ebda., S. IIf

(6) E. MANDEL, Systemkonforme Gewerkschaften? in: Gewerkschaftstheorie heute, Referate und Diskussionsbeiträge einer öffentlichen Tagung der DGB-Bundesschule Bad Kreuznach vom 23. bis 25. März 1970, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, S. 73

(7) H. SCHAUER, Über den Gewerkschaftsapparat und die Grenzen des Aktionsspielraums, in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Ffm 1968

Krisen" eintritt, welche eine "veränderte Starrheit in das System" bringen, sollen auch die "überlieferten Ziele und Durchsetzungsmethoden der Arbeiterbewegung" keine Geltung mehr haben (8). Da der gewerkschaftliche Kampf angesichts der verstärkten Repression des politischen Systems ständig an seine Grenzen stößt, sieht sich GORZ zu der Forderung berechtigt, die Gewerkschaften sollten mehr als bloße Gewerkschaften sein:

"Da jede Offensive der Gewerkschaftsseite faktisch politischen Charakter hat und auf Gegenschläge und Repression politischer Art stößt, ist es angezeigt, den Gewerkschaftskampf mit der bewußten Ablehnung der kapitalistischen Logik und einem bewußt verfolgten Plan zur Umwandlung der Gesellschaft zu koppeln." (9)

Ohne sich mit den Gründen auseinanderzusetzen, welche die Arbeiter veranlassen, sich in den "traditionellen" Gewerkschaften zu organisieren, werden die neuen Gewerkschaften von GORZ darüber hinaus aufgefordert, "über den Gewerkschaftsbereich hinaus zum Aufbau einer politischen Massenbewegung durchzustößen." (10)

Auch für CRUSIUS / WILKE soll es der "Besonderheit des Spätkapitalismus" zuzuschreiben sein, daß die Abgrenzung der Gewerkschaften gegenüber der Politik einer revolutionären Partei hinfällig geworden ist (11), obwohl diese Aussage schon ein paar Seiten später wieder zurückgenommen wird, wenn es heißt, daß der gewerkschaftliche Kampf auch im heutigen Kapitalismus "not-

(8) A. GORZ, Die Zukunft der Gewerkschaften - Neue Widersprüche und neue Inhalte gewerkschaftlicher Kämpfe, in: Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland vom 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen, Ffm 1974, S. 94

(9) Ebda., S. 97

(10) Ebda., S. 97

wendigerweise" auf "Tagespolitik" beschränkt bleibt (12). Ein solches willkürliches theoretisches Verfahren läßt viele Autoren von Gewerkschaft reden, obwohl sie eine kommunistische Organisation meinen. So wird von DEPPE u.a. zugegeben, daß sich der gewerkschaftliche Kampf erst "durch das Eingreifen einer revolutionären politischen Partei" zu einem antikapitalistischen Kampf hin "zuspitzen" kann (13), was jedoch nur das Eingeständnis der Tatsache ist, daß die Gewerkschaften aus sich heraus keine revolutionäre Politik zu leisten imstande sind.

Weil der Arbeiter in diesen marxistischen Theorien immer schon als revolutionär unterstellt ist, wird der Grund für die fehlende revolutionäre Perspektive nicht im Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter selbst, sondern im Auftreten der Gewerkschaftsführung gesucht. Diese soll nach LEDWOHN unter dem Einfluß bürgerlicher Ideologien und Theorien dem Klassenkampf abgeschworen und die Gewerkschaften in einen "Geist des Konformismus" hineingeführt haben:

"Der ehemalige Gewerkschaftsführer und jetzige sozialdemokratische Minister Leber hatte bereits früher offen die Umwandlung oder Bekräftigung der Gewerkschaften als 'Ordnungsfaktor' innerhalb der bestehenden Gesellschaftsordnung gefordert. Ganz in seinem Sinne fordern einige Gewerkschaftsführer ..., die Gewerkschaften müßten sich zu diesem Staat und dieser Gesellschaft bekennen." (14)

(11) R. CRUSIUS / M. WILKE, Elemente einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus, West-Berlin 1971, S. 11

(12) Ebda., S. 17

(13) F. DEPPE, J.v. FREYBERG, Ch. KIEVENHEIM, R. MEYER, F. WERKMEISTER, Kritik der Mitbestimmung, Partnerschaft oder Klassenkampf?, Ffm 1973, S. 9

(14) J. LEDWOHN, Schutz und Gestaltungsfunktionen der

Die marxistischen Autoren wollen offensichtlich nicht wahrhaben, daß auch die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein Interesse an der Erhaltung der Verhältnisse hat, gegen deren negative Auswirkungen sie sich ständig zur Wehr setzt. Daß in der Durchsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen gegenüber dem Staat zugleich die Anerkennung des Interessensausgleichs und damit die Einschränkung der gewerkschaftlichen Interessen durch die staatlichen Institutionen eingeschlossen ist, wird lediglich einer Minderheit von bezahlten Funktionären angelastet: "Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf" (15), "Anpassung oder Widerstand" (16), "Ordnungsfaktor oder Gegenmacht" (17) sind nur einige der vermeintlichen Alternativen, unter denen die Gewerkschaften von Marxisten aus betrachtet werden. Auch von PETSCHIK / SIEBERT werden die beiden zusammengehörigen Seiten zu verschiedenen Richtungen der Gewerkschaftsbewegung erklärt: .

"Die eine orientiert sich an den Klasseninteressen der Arbeiter und Angestellten, die andere will die Gewerkschaften als Ordnungsfaktor in das herrschende staatsmonopolistische System integrieren."
(18)

Wer die Schuld für die beschränkte Politik der Gewerkschaften bei der Führung sucht, kann keine Erklärung

(14) Fortsetzung:

Gewerkschaften in der Bundesrepublik, in: Gewerkschaften - Standort und Perspektive, hrsg. von LEDWOJEN / SEEGER, Ffm 1971, S. 15

(15) Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf, Materialien zur Mitbestimmung, hrsg. von der Basisgruppe Geschichtswissenschaft an der Universität Hamburg 1971

(16) S.G. PAPCKE (Hrsg.), Anpassung oder Widerstand?, Gewerkschaften im autoritären Staat, Ffm 1969

(17) E. SCHMIDT, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, Die politische Rolle der Gewerkschaften, Ffm 1971

(18) W. PETSCHIK / G. SIEBERT, Grundsätze gewerkschaftlicher Politik, in: SOZIALISTISCHE POLITIK Nr. 33, Juli 1975, S. 3

für das gewerkschaftliche Verhalten der Arbeiter selbst geben: Daß die Unternehmer ein Interesse an einer systemkonformen Gewerkschaftsbürokratie haben, kann nicht als Grund dafür herhalten, warum sich die Masse der organisierten Mitglieder mit einer solchen Führung abfindet. Denn daß die "Entfremdung des Apparates von der Basis" sich nicht ohne weiteres gegen die Interessen der Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder auswirken kann, weiß auch JAEGGI gegenüber anderen marxistischen Gewerkschaftstheorien kritisch einzuwenden:

"Der 'Gewerkschaftsapparat' ist angewiesen auf die Mobilisierbarkeit der Mitglieder, d.h. auf Massenloyalität, die nicht beliebig strapazierbar ist; auch die organisationssoziologisch erklärbare, das heißt notwendige relative Verselbständigung der Funktionäre, die jede Massenbewegung betrifft, ist begrenzt durch die aufkündbare Folgebereitschaft." (19)

Doch obwohl JAEGGI hiermit eine weitgehende Interessensidentität zwischen Gewerkschaftsführung und der Mehrheit der Mitglieder konstatiert, erwartet er von der "Bewegung an der Basis" eine Neuorientierung der Gewerkschaften im Rahmen einer "sozialistisch-marxistisch orientierten Strategie" (20).

Alle neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien leben von dem behaupteten Gegensatz zwischen den Interessen der Führung und denen der Masse der Mitglieder. So erhofft ZIEGENBALG in Anlehnung an einen Ausspruch von AGARTZ: "Wenn die Führung versagt, geht die Verantwortung auf die Mitglieder über", von den spontanen Aktionen der Arbeiter die Veränderung der Gewerkschaft zu einer Organisation des revolutionären Klassenkampfes (21). Nicht zuletzt seit den spontanen Streiks des Jah-

(19) U. JAEGGI, Die Gewerkschaft zwischen Theorie und Praxis, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 5 / 1975, S. 272

(20) Ebda., S. 273

res 1969 gibt es eine große Anzahl von Versuchen, der Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Verhandlungsführung ihrer Gewerkschaften in den Tarifauseinandersetzungen unmittelbar antikapitalistische Intentionen zu unterstellen:

"Mit den Septemberstreiks von 1969 wurden neue Ansätze zu einer Klassenbewegung sichtbar. Sie zeigten ein erstes Auflehnen gegen eine Lohnpolitik nach kapitalistischen Spielregeln, den Anfang der Krise sozialpartnerschaftlicher Gewerkschaftspolitik. Die seitdem stattgefundenen - offiziellen wie spontanen - Arbeitskämpfe haben deutlich gemacht, daß die Lohnabhängigen beginnen, ihre eigenen Interessen selbstbewußter durchzusetzen."
(22)

Doch die Gleichsetzung eines "selbstbewußten" gewerkschaftlichen Interessenskampfes der Arbeiter mit der Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaft leugnet die Lohn-Abhängigkeit als die Grundlage, auf der sich die Arbeiter organisieren müssen: die Vereinigung in einer Gewerkschaft ist Resultat der Einsicht, daß die Arbeiter ihre Reproduktion nur sichern können, indem sie in diesem Zusammenschluß ihre Konkurrenz untereinander aufheben. Daß es den Arbeitern gerade in den spontanen Lohnkämpfen um eine Erhöhung des Nutzens geht, den sie aus dem Einsatz ihrer Arbeitskraft erzielen, ist ein Beweis dafür, daß sie an der Lohnarbeit als Mittel ihrer Reproduktion festhalten wollen.

Obwohl in jedem gewerkschaftlichen Lohnkampf zum Ausdruck kommt, daß die Arbeiter in ihren unmittelbaren Erfahrungen keinen Anlaß zur Abschaffung der Lohnarbeit sehen, setzen die marxistischen Autoren ihre Hoffnung darauf, daß die Arbeiter schon durch die bloße

(21) Vgl. hierzu die Einleitung von L. ZIEGENBALG zu: V. AGARTZ, Gewerkschaft und Arbeiterklasse, München 1971

(22) Thesen des SOZIALISTISCHEN BÜROS - Entwurf des Arbeitsausschusses des SB, Offenbach 1975, S. 54

Erfahrung einer Verschlechterung ihrer ökonomischen Lage zum Kampf gegen die kapitalistische Gesellschaft angehalten werden:

"Die kapitalistische Produktionsweise selbst bringt es dahin, daß sie letztendlich den Produktionsagenten die Erkenntnis ihres Charakters aufzwingt, daß sie selbst die Einsicht vermittelt, daß es dem Kapital um die Verwertung des Werts geht, um die Abpressung von unbezahlter Mehrarbeit." (23)

Da die Autoren des PROJEKT KLASSENANALYSE davon ausgehen, daß die Arbeiter "nur in den günstigsten Phasen der Konjunktur" ein Interesse am Bestand der Lohnarbeit haben, erklären sie ihre eigenen theoretischen Anstrengungen in Zeiten einer krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus für überflüssig: nicht die marxistische Erklärung der Ursachen, sondern die erfahrene Gefährdung der Reproduktion selbst soll die Arbeiter "immer wieder zum kollektiven Handeln als Arbeiterklasse zwingen" (24).

Weil die Gewerkschaftsführung den Arbeitern in Zeiten wirtschaftlichen Aufschwungs materielle Verbesserungen verschaffen und sich damit die Folgebereitschaft ihrer Mitglieder sichern kann, hoffen die marxistischen Autoren auf ein Scheitern der Gewerkschaftspolitik, damit

(23) PROJEKT KLASSENANALYSE, Materialien zur Klassenstruktur in der BRD, Erster Teil, Berlin (West) 1973, S. 257

(24) Ebda., S. 249

Daß die Arbeiter in einer Krisensituation sogar oft hinter ihr gewerkschaftliches Bewußtsein zurückfallen, wird an ihrer Reaktion auf die beschlossene Massenentlassung des Volkswagenwerks im Mai 1975 deutlich: sie sind bereit, sich noch mehr als bisher abzuarbeiten, in der Hoffnung, daß es nicht einen selbst, sondern nur den anderen treffen möge. Die Arbeiter konkurrieren wieder verschärft gegeneinander, um der Firmenleitung keinen Vorwand für ihre Entlassung zu geben. Die Krankenzahlen sinken, und insbesondere den alten Arbeitern werden verstärkte Leistungen abverlangt:

"Die Alten und Kranken trifft's in einer Krise immer zuerst. Das ist nicht nur bei Audi-Arbeitern ein langlebiger Erfahrungswert. Ein Drittel der 10 200 Beschäf-

den Arbeitern die "Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes" unmittelbar bewußt wird:

"Allen Klagen über Resignation und Passivität in der Arbeiterklasse muß entgegengehalten werden, daß ohne die gegenwärtige Erfahrung der Ohnmacht sozialpartnerschaftlicher Politik, ohne die Erfahrung der Nichtkompromißfähigkeit der Arbeiter- und Kapitalinteressen, ohne die Erfahrung der Grenzen staatlichen Krisenmanagements auch keine Entwicklung von Klassenbewußtsein und Klassenorganisation in Westdeutschland möglich ist." (25)

Daß die Arbeiter gerade in Krisenzeiten zur Sicherung ihres Einkommens auf Kompromisse mit Unternehmern und Staat angewiesen sind und damit auf die Gefährdung ihrer Existenz anders reagieren, als es die Marxisten erwarten, wird von den Autoren der PROBLEME DES KLASSENKAMPFS (PROKLA) allerdings selbst zum Ausdruck gebracht:

"Nun besagt die Tatsache allein, daß größere Teile der Arbeiter und Angestellten von der Krisenanfälligkeit des Kapitalismus ausgehen, noch wenig für die Entwicklungsperspektiven von Klassenkämpfen. Schließlich kann es sich hier durchaus um eine passive Integration handeln, die solange auf eine passive Hinnahme des im Kapitalismus erfahrenen Schicksals hinausläuft, wie sich keine Handlungsperspektiven des Widerstands zeigen. Die Einsicht bzw. die ohnmächtige Erfahrung von Arbeiterschicksal im Kapitalismus macht noch kein Klassenbewußtsein." (26)

(24) Fortsetzung:
tigten sind immerhin schon über 53 Jahre alt. Entlassung würde für sie Arbeitslosigkeit auf unbestimmte Dauer bedeuten." (Welt der Arbeit, Nr. 12 / 1975)

(25) Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Kapitalistische Krise, Arbeitslosigkeit und Krise der Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik, in: PROBLEME DES KLASSENKAMPFS Nr. 19 / 20 / 21, Oktober 1975, S. 175

(26) Ebda., S. 182

Indem die Autoren die fehlenden "Handlungsperspektiven" für die mangelnde Kampfbereitschaft der Arbeiter verantwortlich machen, übersehen sie die einfache Tatsache, daß die Arbeiter aufgrund ihrer Erfahrungen ein Interesse an der Unterordnung unter die vorgefundenen Zwänge haben müssen. Daß die marxistischen Gewerkschaftstheoretiker gerade in einer wirtschaftlichen Krisensituation von den Arbeitern spontane revolutionäre Aktionen erwarten, läßt deutlich erkennen, daß sie die für den Arbeiter unmittelbare Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisierung nicht wahrnehmen. Und so können diejenigen, die sich von einer "Loyalitätskrise zwischen Lohnarbeitern und ihrer Organisation" eine Wende zum Klassenkampf erwarten (27), einer gegen- teiligen Reaktion der Arbeiter gewiß sein: ECKART u.a. müssen zugestehen, daß die Enttäuschung der Arbeiter über eine erfolglose Durchsetzung ihrer Interessen durch Gewerkschaft und die mit ihr verbündete Regierungspartei keinesfalls zu Konsequenzen gegen Gesellschaft und Staat führt:

"In der Dundesrepublik ist das um so schwerer, als die Identifikation eines 'starken Staats' und ökonomischer Prosperität mit der konservativen Partei über lange Jahre hin möglich war. Von daher erscheint Teilen der Arbeiterklasse eine Kritik an der Sozialdemokratie durch politischen Rechtsruck nicht absurd." (28)

(27) Ch. ECKART, R. HERDING, U. JAERISCH, K. JAPP, B. KIRCHLECHNER, Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammensetzung und ökonomische Entwicklung. Empirische Thesen zum 'instrumentellen Bewußtsein', Ffm 1975, S. 32

(28) Ebda., S. 47

II. DIE KRITIK AM GEWERKSCHAFTLICHEN LOHNKAMPF

1. Vorwurf der Anpassung an das kapitalistische System

Die ständige Konfrontation der Gewerkschaften mit dem revolutionären Anspruch ihrer marxistischen Kritiker ist zugleich Ausdruck einer außergewöhnlichen Ignoranz gegenüber den notwendigen Aufgaben einer Gewerkschaft im Kapitalismus.

Daß die Gewerkschaften versuchen, im Interesse ihrer Mitglieder höhere Lohnforderungen durchzusetzen, wird von JAEGLI als bloße "Dienstleistungsorientierung" kritisiert, welche die Gewerkschaften immer wieder vor die Tatsache stellt, "nicht mehr als das verlangt zu haben, was das System ohnehin zugestehen konnte" (1). Obwohl gerade die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Lohnkampfes ein Beweis dafür ist, daß die Verbesserung der Reproduktion der Arbeiter vom "System" erzwungen werden muß, ist diese Tatsache für den revolutionären Standpunkt des Verfassers nicht weiter von Belang: weil der gewerkschaftliche Lohnkampf die Lohnabhängigkeit des Arbeiters nicht aufhebt, wird der Sicherung der Reproduktionsinteressen der Arbeiter keinerlei Bedeutung beigemessen:

"Daß der integrationistischen Gewerkschaftspolitik ein Trugbild von dieser Gesellschaft zugrundeliegt, wird durch die gewerkschaftlichen Kämpfe der letzten Jahre bewiesen." (2)

Weil auch GORZ den gewerkschaftlichen Lohnkampf an seinen eigenen antikapitalistischen Erwartungen bemißt, kann

(1) U. JAEGLI, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, Ffm 1973, S. 104

(2) Ebda., S. 105

Daß JAEGLI nur sehr verschwommene Vorstellungen von einer nicht-integrationistischen Gewerkschaftspolitik hat, zeigen seine eigenen Formulierungen:

er sich enttäuscht darüber zeigen, daß dieser "niemals eine revolutionäre Perspektive" gehabt hat (3). Für GORZ bedeutet der Lohnkampf lediglich einen Kampf "für ein bißchen mehr Wohlergehen" (4), und er wirft den Gewerkschaften vor, sich mit einer solchen Strategie "der Rationalität des kapitalistischen Systems" unterworfen zu haben:

"Die reinen Lohnforderungen machen sich das grundlegende Kriterium der Profitwirtschaft zu eigen, daß jede Sache ihren Preis hat, daß das Geld der höchste Wert ist, daß man alles mit dem Menschen machen kann - vorausgesetzt man zahlt." (5)

Daß gewerkschaftliche Lohnkämpfe gerade ein Beweis dafür sind, daß die Arbeiter eben nicht alles mit sich machen lassen wollen, übersieht GORZ in gleicher Weise wie die Tatsache, daß jede Erhöhung des Preises der Arbeitskraft insofern gegen die kapitalistische Profitwirtschaft gerichtet ist, als höhere Lohnkosten für den Unternehmer notwendig einen Abzug vom Gewinn darstellen (6).

(2) Fortsetzung

"Was die gewerkschaftliche Organisierung für den Arbeiter bedeutet: nicht nur Verteidiger seiner Interessen, sondern auch Kompaß im Dschungel der Industrie und ein menschliches Band, ohne das er sich verloren fühlen würde (G. Friedmann), zu sein, ist immer noch ernst zu nehmen." (Ebda., S. 104)

Es ist nicht von ungefähr, daß solche Gedankengänge JAEGGI zur "Mitbestimmungsproblematik" führen, die nach seiner Auffassung einer antikapitalistischen Gewerkschaftspolitik "neue Impulse" geben könnte (Ebda., S. 105). Vgl. hierzu das Kapitel VI der vorliegenden Arbeit.

(3) A. GORZ, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Ffm 1972, S. 35

(4) Ebda., S. 41

(5) Ebda., S. 50f

(6) Eine genauere Analyse des GORZ'schen Kapitalismusbegriffes, die hier nicht Thema sein kann, würde zeigen, daß GORZ den Widerspruch von Kapital und Arbeit und damit die ständige Bereicherung des Kapitals aufgrund der mehrwertschaffenden Arbeit nicht mehr als Grundlage seines "Neokapitalismus" ansieht:

GORZ schließt aus dem Phänomen, daß der Kapitalismus "sowohl nominale Lohnerhöhungen als auch Arbeitszeitverkürzungen auffangen" kann, ohne daß das kapitalistische System ins Wanken gerät, daß Lohnkämpfe zur Sicherung der Reproduktion der Arbeiter nicht mehr notwendig sind (7). Weil die Unternehmer in vielen Fällen mehr als den vereinbarten Tariflohn zahlen, wird die Forderung der Gewerkschaft nach einer Erhöhung der tariflichen Grundlöhne von GORZ als "objektiver Faktor der Spaltung der Arbeiterklasse" (8) hingestellt:

"Eine undifferenzierte Forderung nach Erhöhung des Tarifgrundlohns um 5 bis 10% kann ... eine wichtige Gruppe von qualifizierten Arbeitern und Technikern nicht mehr mobilisieren. Sie erhalten nämlich in den Großbetrieben unter dem Druck des Arbeitskräftemangels einen bedeutenden Teil ihres Lohns längst in Prämien." (9)

Damit bringt GORZ selbst zum Ausdruck, daß derartige

(6) Fortsetzung

"Die vorherrschende Tendenz der modernen Großindustrie ist nicht mehr die mit allen Mitteln größtmögliche Ausbeutung ihrer Arbeitnehmer, die mit individuellen Zwangsmitteln angetrieben werden; die vorherrschende Tendenz (von der es viele Ausnahmen gibt, die zur Vergangenheit gehören und nicht zur Zukunft) ist die 'Integration der Arbeiter'." (Ebda., S. 65)

GORZ geht es deshalb um die "Wiedereroberung der Autonomie des Arbeitenden" (Ebda., S. 51), was immer das unter kapitalistischen Bedingungen heißen mag. Man braucht nicht die Marx'sche Werttheorie zu bemühen um GORZ entgegenzuhalten, daß auch unter "neokapitalistischen" Bedingungen der Lohn des Arbeiters ein Kostenfaktor ist, den der Kapitalist zur Sicherung seines Profits möglichst gering zu halten bestrebt ist. Und auch der "autonome" Arbeiter um Sinne von GORZ wird - bis zur endgültigen Abschaffung des Kapitalismus - nicht umhin können, sich seinen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum über eine Erhöhung seines Arbeitseinkommens zu erzwingen.

(7) Ebda., S. 33

(8) Ebda., S. 33

(9) Ebda., S. 34

zusätzliche Unternehmerleistungen nur in einer für die Arbeiter günstigen Marktlage zustande kommen und folglich auch dann wieder zurückgenommen werden, wenn das Angebot an Arbeitskräften die Nachfrage der Unternehmer übersteigt. Trotz dieses Eingeständnisses wird von GORZ die zeitweilige Differenz von Tariflohn und Effektivlohn so dargestellt, als ob die Unternehmer auch ohne den gewerkschaftlichen Lohnkampf zu jeder Zeit für genügend hohe Löhne aufkommen würden.

Daß der Arbeiter an der ständigen Erhöhung seines Einkommens interessiert sein muß, da er nur auf diese Weise seine Reproduktionsinteressen befriedigen kann, wird von GORZ den Gewerkschaften angelastet mit der Unterstellung, sie würden mit Absicht "der Gesamtheit der Lohnempfänger keine andere Perspektive (bieten) als die einer Entwicklung des individuellen Konsums" (10):

"Sie machen in anderen Worten die Arbeitnehmer als Klasse zu einem Anhängsel der Konsumgesellschaft und ihrer Ideologie. Sie stellen nicht dieses Gesellschaftsmodell in Frage, sondern kritisieren nur den geringen Anteil am Reichtum, den es dem Lohnempfänger als Verbraucher zugesteht. Sie stellen bewußt weder die Lage des Arbeiters im Betrieb in Frage noch die Unterordnung der Arbeit unter das Kapital, der Konsumtion unter die Produktion; sie berühren weder die kapitalistischen Produktionsverhältnisse noch jenes immer wichtigere Moment der Ausbeutung, das über die Abschöpfung des Mehrwerts vom direkten Lohn hinausgeht: den Einsatz von Produktivkräften und von menschlicher Arbeit zu unsinnigen und verschwenderischen Zwecken." (11)

Weil in den Interessen der Arbeiter nach einer Erhöhung des Arbeitslohn kein "revolutionäres Potential"

(10) Ebda., S. 35

(11) Ebda., S. 35

enthalten ist, wirft GORZ den Gewerkschaften vor, die Arbeiter mit solchen bloß "quantitativen Argumenten" (12) in den Kapitalismus zu integrieren, als ob der gewerkschaftliche Lohnkampf nur den Zweck hätte, den Arbeiter vom Klassenkampf abzulenken:

"Statt die Arbeiterklasse auf Fragen des Prozentsatzes einer Lohnerhöhung festzulegen, sollte man lieber Vertrauen haben zu ihrer radikalen Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaft in dem Bereich, in dem diese Ablehnung ständig erlebt wird: nämlich auf der Ebene der kapitalistischen Produktionsverhältnisse." (13)

Auch nach ZIEGENBALG ist der gewerkschaftliche Lohnkampf nicht mehr den Interessen der Arbeiter, sondern nur noch den Ansprüchen des kapitalistischen Systems verpflichtet:

"Wenn also Organisationen der Arbeiterschaft nichts weiter anstreben, als die Verwertungsbedingungen des Kapitals zu sichern, bedeutet das, daß auch sie die Arbeitenden bloß als durch das Kapital angewandte Objekte behandeln." (14)

Daß die Gewerkschaften am Ende eines jeden Arbeitskampfes zu einer vertraglichen Vereinbarung mit den Kapitalisten kommen müssen, wird von ZIEGENBALG in das

(12) Ebda., S. 41

(13) Ebda., S. 41

GORZ macht im weiteren der gewerkschaftlichen Tarifpolitik zum Vorwurf, "Preiserhöhungen auszulösen und die inflationistische Krise zu beschleunigen", wobei er zugleich die Einschränkung macht, daß die Unternehmer "meistens" versuchen, "die Profitraten durch Preiserhöhungen zu retten, wenn sie durch Lohnerhöhungen bedroht sind" (Ebda., S. 36). Damit wird von GORZ zugegeben, daß die Unternehmer (aufgrund der Konkurrenz untereinander) gar nicht immer in der Lage sind, Lohnerhöhungen auf die Preise abzuwälzen.

(14) L. ZIEGENBALG, a.a.O., S. 15f

gerade Gegenteil verkehrt, wenn er der Gewerkschaft vorwirft, damit "wesentliche Errungenschaften der Arbeiterklasse beseitigt" zu haben (15). Den Gewerkschaften wird sogar zum Vorwurf gemacht, sich auf den Unternehmer als Streikgegner zu fixieren:

"Die Einengung des Konfliktspielraums, die Festlegung des Streikziels auf Arbeitsbedingungen und des Streikadressaten auf den Unternehmer kollidieren mit den Kampfformen und -inhalten einer klassenbewußten Arbeiterschaft." (16)

In dieser Aussage wird deutlich, daß ZIEGENBALG die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von seiner Kritik an den Gewerkschaften nicht nur nicht ausnimmt, sondern diesen gänzlich andere Interessen unterstellt als der Gewerkschaftsführung: die Anpassung der Gewerkschaften an den Kapitalismus wird damit als Ausdruck einer großangelegten Massenverführung hingestellt.

2. Angriffe auf die Gewerkschaftsführung

Nach PAPCKE wird im gewerkschaftlichen Lohnkampf die "materielle Befangenheit des Arbeiterbewußtseins" deutlich, was er als Ausdruck einer "gewerkschaftlichen Disziplinierung" der Arbeiter durch die Gewerkschaftsbürokratie kritisiert (17). Auch für SCHAUER ist die "traditionelle" Lohnpolitik der Gewerkschaften nur eine Konsequenz des "bornierten Bewußtseins" der Gewerkschafts-

(15) Ebda., S. 16

(16) Ebda., S. 17

(17) S. G. PAPCKE, Proletarische Spontaneität oder gewerkschaftliche Disziplin, in: Anpassung oder Widerstand, a.a.O. S. 11 f.

Daß PAPCKE trotz dieser Kritik an dem aktuellen Bewußtsein der Arbeiter auf die blanke Spontaneität der Massen setzt, kennzeichnet nur die Konsequenzen seiner falschen Theorie des gewerkschaftlichen Kampfes.

spitzen, denen nach seiner Ansicht jede "soziale Einsicht und Phantasie" abgehen (18). Dennoch muß SCHAUER zugleich eingestehen, daß eine solche Politik der Gewerkschaftsführung von den Interessen vieler Mitglieder her abgedeckt wird:

"Ihre Ignoranz hat einen Stützpunkt in der objektiven Schwierigkeit, daß Bedürfnis und Bewußtsein vieler älterer Arbeiter und Angestellten von einer Stufe der Produktivität geprägt sind, von der aus ihr heutiger Lebensstandard als ungeheurer Fortschritt erscheint." (19)

Die Sicherung und Verbesserung der Reproduktionsbedingungen der Arbeiter wird so für SCHAUER zu einem bloßen Generationsproblem, was sich dann von selbst erledigen soll, wenn die Anschauungen der jüngeren Generation vorherrschend werden, da man sich nach SCHAUER in jungen Jahren leichter über die einfachen Lebensnotwendigkeiten hinwegsetzen kann:

"Wie sich nicht nur in Frankreich, sondern auch ansatzweise in der Bundesrepublik zeigt, haben jüngere Produzenten vielfach schon ein freieres Verhältnis zu Produktion und Konsumtion." (20)

Die unmittelbar ersichtliche Tatsache, daß der gewerkschaftliche Lohnkampf ein ständiges Erfordernis im Kapitalismus darstellt, wird der Gewerkschaftsführung zum Vorwurf gemacht mit der Aufforderung, sich doch etwas Besseres und Phantasievolleres gegen den Kapitalismus einfallen zu lassen. Die Sicherung der Lebensbedingungen gegenüber der ständigen Tendenz des Kapitals zur Senkung der Lohnkosten wird angesichts der lebhaften Vorstellungswelt der "Neuen Linken" in die Mottenkiste der "traditionellen" Arbeiterbewegung verwiesen. Alle Autoren lasten es der Gewerkschaftsführung an,

(18) H. SCHAUER, a.a.O., S. 179

(19) Ebda., S. 179

(20) Ebda., S. 179

daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ein Interesse an der Erhöhung ihres Arbeitseinkommens haben und nicht - wie es die marxistischen Autoren offenbar gerne sähen - ohne gewerkschaftliche Abwehrkämpfe gleich auf Abschaffung des Systems sinnen, wie es von ZIEGENBALG gefordert wird:

"Eine offensive Strategie zielt auf die Solidarisierung der Produzenten gegen das herrschende Kapital, zuerst also auf die Ausschaltung struktureller Bedingungen, die im Interesse des Kapitals die individuelle Konkurrenz stärken." (21)

Doch auch ZIEGENBALG erkennt, daß es für die Gewerkschaften gar nicht möglich ist, die Konkurrenz unter den Arbeitern dauerhaft aufzuheben. Zwar ist die gewerkschaftliche Organisation Ausdruck der Einsicht, daß die Macht des Kapitals nur auf der Konkurrenz der Lohnarbeiter unter sich beruht; dennoch macht sich im Interesse der Arbeiter an einer Veränderung des Maßverhältnisses von Geld und Arbeit geltend, daß sie grundsätzlich an der Lohnarbeit als Mittel ihrer Reproduktion festhalten wollen.

Hieraus ergibt sich, daß die von den marxistischen Autoren getroffene Unterscheidung zwischen den Interessen der Führung und der Mitgliedschaft falsch ist, da es auch der Masse der Arbeiter lediglich darum geht, sich mit Hilfe ihrer gewerkschaftlichen Organisation in der Konkurrenz besser zu stellen: Die Vereinigung der Arbeiter in einer Gewerkschaft bedeutet keine Kritik an der Lohnarbeit überhaupt, sondern an den schlechten Bedingungen, unter die die Arbeiter als einzelne gesetzt sind.

Die Aussagen der neueren marxistischen Gewerkschaftstheoretiker zum gewerkschaftlichen Lohnkampf zeigen, daß sie an dessen Zielsetzung kein Interesse haben und ihnen damit eine Verbesserung der ökonomischen Situa-

tion der Lohnarbeiter gleichgültig ist. Vielmehr wird dem "Tageskampf" der Arbeiter nur insoweit Beachtung geschenkt, als er den Marxisten als ein geeignetes Mittel für einen anderen Zweck erscheint:

"Die Tageskämpfe für die Verbesserung der Lage der Arbeiter sind notwendig, weil in ihnen die Aktionsformen des politischen Kampfes sich herausbilden."
(22)

Damit wird zugleich ausgedrückt, daß der gewerkschaftliche Lohnkampf von dessen eigener Zwecksetzung her überflüssig geworden sein soll.

3. Aufforderung zur Selbstaufgabe der Gewerkschaft

Sollte die Gewerkschaft weiterhin ihre wesentliche Aufgabe in der Organisierung der unmittelbaren ökonomischen Interessen der Lohnarbeiter sehen, so wird ihr von GORZ ein schlimmes Ende prophezeit: sie wird nicht nur zum "Spiegelbild des Zerfalls der Arbeiterklasse" werden, sondern sogar "selbst von Zerfall bedroht sein wie gewisse Gewerkschaften in Großbritannien oder den USA" (23). Doch selbst wenn die Gewerkschaft die von GORZ gewünschte Richtung einer "revolutionären Bewegung" einschlägt, wird ihr von dem gleichen Verfasser ein trauriges Los beschieden:

"In diesem Fall verschwindet die Gewerkschaft als solche, an ihre Stelle treten Räte, die die Funktion der einheitlichen Vertretung und Organisation der Arbeiterklasse übernehmen." (24)

Die von GORZ geforderte Selbstaufgabe der Gewerkschaften "in einer Phase allgemeiner Auseinandersetzungen und akuter Krise" (25) bedeutet nichts weniger, als alle

(22) Ebda., S. 18

(23) A. GORZ, Die Zukunft der Gewerkschaften, a.a.O., S. 101

(24) Ebda., S. 111

Vorteile einer starken Gewerkschaftsbewegung zugunsten einer notwendigerweise zersplitterten Massenbewegung aufzugeben, in der "die außergewerkschaftlichen Kräfte die Initiative und Kampfleitung übernehmen" sollen (26). Obwohl GORZ gerade auch der Masse der organisierten Arbeiter den Vorwurf macht, sich nur noch für ihre privaten Interessen und Konsumbedürfnisse zu organisieren, erwartet er dennoch von der "Kampfpraxis der Massen" das gerade Gegenteil: die Aufgabe der Sicherung ihrer Reproduktion zugunsten eines spontanen Massenkampfes, wie GORZ ihn sich vorstellt.

Daß GORZ mit seiner Strategie weder die Sicherung der Existenz der Lohnarbeiter noch eine revolutionäre Veränderung der kapitalistischen Gesellschaft erreichen kann, läßt sich als Folge seiner falschen Theorie der Gewerkschaft vorhersehen.

Eine konsequente Fortsetzung dieser Argumentation findet sich in der Theorie von OFFE (27). Da jeder Lohnkampf lediglich einen Wohlstand erreichen kann, der "von den Interessen der herrschenden Klasse verfälscht ist", geht es OFFE um einen Kampf höherer Qualität, nämlich

(24) Fortsetzung

Auf der Tagung der IG-Metall, wo GORZ diese Aussagen machte, wurde ihm mit Recht von Gewerkschaftsseite entgegengehalten, daß der Ersatz der Gewerkschaften durch spontane und daher zufällige Masseninitiativen hinter all das zurückfallen muß, was die Gewerkschaft an positiven Leistungen hervorgebracht hat:

"Die Interessen der Arbeitnehmer - das weist die konkrete Geschichte aus - wurden durch permanente Organisation und ihre miese tägliche Kleinarbeit, vom Einziehen der Beiträge bis zur Selbstverwaltung in der Sozialversicherung, garantiert und vorangetrieben." (Ebda., S. 159)
Es ist erstaunlich, welche Anerkennung die antigewerkschaftlichen Theorien von GORZ trotz allem in Gewerkschaftskreisen erfahren.

(25) Ebda., S. 113

(26) Ebda., S. 113

(27) C. OFFE, Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus, in: ders., Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Ffm 1972

um die "Verbreiterung der Chance, individuelle und kollektive Lebensinteressen über das Maß hinaus wahrzunehmen, das von den Erfordernissen der Reproduktion bloßer Arbeitskraft jeweils definiert ist" (28). Obwohl auch nach OFFE der "Widerspruch zwischen Lohnarbeit und Kapital" die Wurzel aller Reproduktionsschwierigkeiten der Individuen darstellt (29), ist für ihn der Kampf um die Absicherung des Arbeitslohns gegenüber dem Kapital bedeutungslos geworden. Da der Lohnkampf die Reproduktion der Arbeitskraft nur "in exakt der Menge und Qualität, wie sie vom Kapital jeweils benötigt wird" (30), sichern kann, tritt nach OFFE

"ein Bedürfnis auf, das nicht den Kampf um Lohnerhöhungen, sondern den Kampf gegen Lebensumstände motiviert, gegen die wir uns auch im Falle einer Verdoppelung unseres Monatslohns nicht durch den Kauf von Gütern und Leistungen zur Wehr setzen können." (31)

(28) Ebda., S. 156

Indem es OFFE um eine Erweiterung der Reproduktion des Arbeiters als Lohnarbeiter geht, bleibt der Widerspruch von Lohnarbeit und Kapital erhalten. Er muß sich sogar noch verschärfen, weil nach OFFEs Vorstellungen die Verbesserung der Lebensumstände gerade dort verhindert wird, wo selbst die "einfache" Reproduktion ständig gefährdet ist: in der kapitalistischen Produktion. OFFE rechtfertigt das "erweiterte" Reproduktionsinteresse mit einem unsinnigen Vergleich: weil "für die Seite des fixen Kapitals" Abschreibungen bis zu 200 Prozent "die simpelste Selbstverständlichkeit" sind, soll auch vom Gesetzgeber die Reproduktion des Arbeiters angehoben werden (S. 156) nach dem Motto: Was dem fixen Kapital recht ist, kann dem variablen nur billig sein. Wie der Staat diese Ansprüche gegenüber der von OFFE behaupteten "Dominanz kapitalistischer Verwertungsstrategien" (S. 159) durchsetzen soll, darüber macht OFFE keinerlei Aussagen.

(29) Ebda., S. 159

(30) Ebda., S. 160

(31) Ebda., S. 160f

Daß eine bloße Lohnerhöhung nichts zu einer "sozialistischen Transformation der Gesellschaft" beitragen kann, ist ein Vorwurf, der den gewerkschaftlichen Lohnkampf nicht tangieren kann (32). Weil jedoch jeder ausgehandelte Arbeitslohn der Arbeitskraft nur das zugesteht, "was zu ihrer Verwertung im Produktionsprozeß erforderlich ist" (33), wird die Notwendigkeit der Sicherung dieser "einfachen Reproduktion" von OFFE gänzlich geleugnet. Und so kann er den Arbeitern vorschlagen, sich anstelle einer Gewerkschaft in Bürgerinitiativen zu organisieren, um sich vermittels Druck auf den Staat das zu holen, was ihnen im Produktionsprozeß verwehrt wird (34).

OFFE wie GORZ argumentieren mit dem Wissen aus dem MARX'schen 'Kapital', daß alle Lohnerhöhungen im Kapitalismus im Resultat nur den Wert der Ware Arbeitskraft durchsetzen können. Jedoch werden die MARX'schen Aussagen völlig mißverstanden, wenn beide Autoren glauben, daß die Reproduktion der Arbeiter aus diesem Grund gesichert und Lohnkämpfe daher überflüssig seien: MARX

(32) Ebda., S. 161

(33) Ebda., S. 161

(34) Wie allerdings die Bürgerinitiativen die von OFFE geforderte "sozialistische Transformation der Gesellschaft" leisten sollen, bleibt nicht nur offen, sondern kann mit OFFEs eigenen Aussagen zur Unmöglichkeit erklärt werden, da auch ein noch so starker Druck auf die staatlichen Institutionen nichts daran ändern kann, daß diese die Reproduktion der Arbeitskraft "den Erfordernissen der kapitalistischen Produktionssphäre unterordnen" müssen (S. 159). Und OFFE spricht an anderer Stelle sogar explizit aus, daß die Propagierung von Bürgerinitiativen den "Verzicht" des Verfassers bedeutet, "revolutionäre und rätedemokratische Strategie - Modelle einzubeziehen". Denn im Gegensatz zu Bürgerinitiativen - so lautet die weitere Argumentation OFFEs - haben es revolutionäre Strategien "mit der Ambivalenz von scheinlegitimatischeren Zubringerfunktionen für den Verwaltungsapparat einerseits und demokratischer Kontrolle andererseits nicht mehr zu tun; sie sind auf die Legitimationskriterien des antikapitalistischen Kampfes und einer sozialistischen Gesellschaft festgelegt." Und OFFE betont nachdrücklich, daß solche Konsequenzen zu ziehen "nur Organisationen überlassen bleiben kann, die sie auch

hat gerade betont, daß die Kapitalisten durch ihre Konkurrenz untereinander ständig gezwungen sind, die Lohnkosten der Arbeiter zu drücken, sodaß der Arbeitslohn sogar unter das Existenzminimum fallen muß, wenn von den Arbeitern kein Widerstand geleistet wird. Weil OFFE und GORZ wissen, daß die Unternehmer durch freiwillige Sonderzulagen und Vergünstigungen den tariflichen Grundlohn zu überbieten suchen, vertrauen sie den Kapitalisten, offenbar in der Erwartung, daß diese sich die Reproduktionsinteressen der Arbeiter zu eigen gemacht haben. Dagegen machen die Arbeiter immer wieder die Erfahrungen, daß solche Vergünstigungen nur von der jeweiligen Marktlage abhängig sind und daher auch bei einem Überangebot von Arbeitskräften von den einzelnen Unternehmern wieder gestrichen werden (35).

Da OFFE und GORZ ständig den Lohnkampf der Arbeiter mit ihren eigenen Vorstellungen von einer besseren Gesellschaft konfrontieren, können sie nicht einmal realisieren, warum es für die Arbeiter eine unmittelbare Notwendigkeit darstellt, sich gewerkschaftlich und damit auch auf Grundlage dieser Gesellschaft zu organisieren (36).

(34) Fortsetzung
zu ziehen bereit sind."

C. OFFE, Demokratische Legitimation der Planung, in: Strukturprobleme ... , a.a.O., S. 139f

(35) Daß auch die Reproduktionshilfen des Staates vom vorausgesetzten Bereich der Ökonomie und daher gerade in seinen finanziellen Möglichkeiten von einer florierenden kapitalistischen Wirtschaft abhängig sind, läßt OFFE ebenfalls außer acht.

(36) In diesen Theorien zeigt sich auch eine auffällige Ignoranz gegenüber den historischen Erfahrungen der Arbeiterbewegung und ihrer in intensiven gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen errungenen Erfolge gegenüber dem Kapital. Daß die Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiter und nicht zuletzt die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit von den Unternehmern im Prinzip niemals freiwillig gewährt wurden, ist von MARX am Beispiel des "Kampfes um den Normalarbeitstag" deutlich

(36) Fortsetzung

gemacht worden:

"Die Geschichte der Regelung des Arbeitstages in einigen Produktionsweisen, in andren der noch fortdauernde Kampf um diese Regelung, beweisen handgreiflich, daß der vereinzelte Arbeiter, der Arbeiter als 'freier' Verkäufer seiner Arbeitskraft auf gewisser Reifestufe der kapitalistischen Produktion widerstandslos unterliegt. Die Schöpfung eines Normalarbeitstages ist das Produkt eines langwierigen, mehr oder minder versteckten Bürgerkrieges zwischen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse."

(K. MARX, MEW 23, S. 316)

III. DAS INTERESSE AN AUSSERGEWERKSCHAFTLICHEN ARBEITS- KÄMPFEN

1. Die Vorklärung der Septemberstreiks von 1969

Die Gleichgültigkeit der neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien gegenüber dem "normalen" gewerkschaftlichen Lohnkampf korrespondiert nicht von ungefähr mit einem umso lebhafteren Interesse an allen Arbeitskämpfen, die sich außerhalb der Gewerkschaften abspielen. Das Interesse gilt insbesondere der Streikbewegung der Jahre 1969 und 1973 (1), wobei zumeist schon aus der bloßen Tatsache, daß diese Streiks nicht von den Gewerkschaften organisiert wurden, eine antikapitalistische Intention der betroffenen Arbeiter geschlossen wird. Wird für die Autoren des SOZIALISTISCHEN BÜROS in den Septemberstreiks von 1969 ein "erstes Auflehn gegen eine Lohnpolitik nach kapitalistischen Spielregeln" sichtbar (2), so sieht auch PAPCKE in der "antigewerkschaftlichen Tendenz" dieser Streiks zugleich eine "Kritik am Kapitalismus" (3). Für BERGMANN ist es das "neue Lohnbewußtsein der Arbeiter, was die "Frage nach dem politischen Potential der Industriearbeiterschaft wieder aktuell" werden läßt (4), und auch BURD sieht in der Tatsache dieser "wilden" Streiks "ein systemsprengendes Moment, da sich in ihnen die wachsende Ablösung der Arbeiter von Manipulation andeutet." (5) Für

(1) Während sich im Herbst 1969 an den inoffiziellen Streikmaßnahmen etwa 140 000 Arbeiter aus 79 Betrieben beteiligten, waren es 1973 - allerdings über das ganze Jahr verteilt - rund 275 000 Arbeiter aus 335 Betrieben.

(2) Thesen des SB, a.a.O., S. 54

(3) S.G. PAPCKE, a.a.O., S. 21

(4) J. BERGMANN, Neues Lohnbewußtsein und Septemberstreiks, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1972, Ffm 1972, S. 171

SCHUMANN u.a. sind die Septemberstreiks "Zeichen eines distanzierteren Verhältnisses der Arbeiter zur Gewerkschaft" und darüber hinaus "ihrer größeren Bereitschaft zum gesellschaftsverändernden Kampf", da die Arbeiter mit ihrer "bewußten Abkehr vom Legalismus" ihr Einverständnis mit dem herrschenden System weitgehend aufgekündigt haben(6).

Da die Streiks im Jahre 1973 über die gewerkschaftlichen Lohnforderungen hinauszielten, ist für die Autoren der PROKLA mit dieser "sich ausweitenden Orientierung der Arbeiterforderungen an der Reproduktion" eine neue Qualität der Klassenkämpfe in der BRD entstanden (7), während KERN im Kampf gegen die innerbetrieblichen Bedingungen der Arbeit "Zeichen für Veränderungen im Arbeiterbewußtsein" veranschlagen will:

"als Ausdruck für die stärkere Einsicht der Lohnabhängigen, daß die kapitalistische Organisation der Arbeit kein unabänderliches Datum darstellt, dem sie sich passiv unterwerfen müssen und gegen das sie sich nur mit der Forderung nach finanziellem Ausgleich für die erlittene Arbeitsmühe wenden können." (8)

Wie sehr alle diese Einschätzungen an den wirklichen Ursachen und Absichten der außergewerkschaftlichen Streiks vorbeizielen und nur dem Wunschdenken der genannten Autoren entspringen, zeigt sich gerade daran, daß diese selbst aufgrund ihrer eigenen Ausführungen

(5) A. BURO, Wilde Streiks - ein Anfang?, in: Für eine sozialistische Linke, hrsg. vom SOZIALISTISCHEN BÜRO, Ffm 1973, S. 244

(6) M. SCHUMANN, F. GERLACH, A. GSCHLÖSSL, P. MILHOFFER Am Beispiel der Septemberstreiks - Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse? Ffm 1971, S. 8f

(7) Redaktionskollektiv Gewerkschaften und Demokratie in der Klassenbewegung 1973 in der Zeit für Arbeiter, PROKLA, Nr. 10 / 1973, S. 44

(8) H. KERN, Die Bedeutung der Arbeitsbedingungen vor den Streiks 1973, in: Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch 1974, S. 35

über die Streiks zu ganz anderen Ergebnissen kommen müßten. So weisen SCHUMANN u.a. darauf hin, daß sich die westdeutsche Wirtschaft im Sommer 1969 "mitten in einer Phase der Hochkonjunktur" befunden hat, die Arbeiter jedoch an dieser wirtschaftlichen Entwicklung "nur unterproportional" partizipierten:

"Der für einen konjunkturellen Aufschwung charakteristische Lohn - lag (d.h. das Zurückbleiben des Zuwachses der Effektivverdienste gegenüber dem Produktionszuwachs) war im Vergleich zu den beiden Konjunkturzyklen wesentlich ausgeprägter." (9)

Daß die gewerkschaftliche Tarifpolitik aufgrund einer zu großen Zurückhaltung bis Mitte des Jahres 1969 den Rückstand der Effektivverdienste nicht abzubauen vermochte, "mußte den Arbeitern" - so folgern die Autoren - "als besonders ungerechtfertigt erscheinen" (10). Es kam hinzu, daß die Einlösung der Versprechen der Politiker, für eine gerechtere Einkommensverteilung zu sorgen, ausblieb. Da auch die Gewerkschaften sich dieser Politik der politischen Parteien nicht widersetzen,

"vernachlässigten sie augenfällig ihre Funktion als Arbeiterinteressenvertretung: Es lag deswegen für die Arbeiter nahe, die Wahrnehmung ihrer Interessen in die eigene Hand zu nehmen." (11)

Auch an den vielen konzernspezifischen Streikanlässen wird deutlich, daß diese "weitgehend auf Disparitäten in den Arbeits- und Lohnbedingungen zwischen den Zweigwerken" beruhen (12), während auf betrieblicher Ebene häufig die trotz der guten wirtschaftlichen Lage beibehaltenen Einschränkungen aus der Rezessionszeit angegriffen wurden (Abbau von Sonderzulagen etc.) (13).

(9) M. SCHUMANN u.a., a.a.O., S. 29

(10) Ebda., S. 30

(11) Ebda., S. 35

(12) Ebda., S. 47

Aus diesen Aussagen wird deutlich, daß die selbstorganisierten Arbeitskämpfe aus einer Unzufriedenheit mit dem gewerkschaftlichen Tarifabschluß vom August '69 resultierten, und von den Arbeitern lediglich die Aufgaben wahrgenommen wurden, deren Erfüllung von der Gewerkschaftsführung versäumt worden waren. Die Arbeiter fühlen sich im Vergleich mit der Einkommenssituation der Unternehmer benachteiligt und versuchen daher mit Hilfe der außergewerkschaftlichen Arbeitskämpfe zu ihrem Recht zu kommen. Da es den Arbeitern darum geht, sich in einer der wirtschaftlichen Entwicklung entsprechenden Weise als Lohnarbeiter zu erhalten, läßt sich entgegen der Behauptung der Autoren daraus keine "größere Bereitschaft zum gesellschaftsverändernden Kampf" begründen. Daß die Arbeiter ihre Existenz als Lohnarbeiter gerade nicht in Frage stellen, wird von SCHUMANN u.a. selbst aufgewiesen:

"Die Mehrzahl der Arbeiter stellt mit der erhofften Besserstellung die traditionellen Relationen der Verteilung des Sozialprodukts nicht in Frage. Ihre Erwartungen zielen systemkonform auf eine Beteiligung am Wachstum des gesellschaftlichen Reichtums." (14)

Auch BERGMANN kann aus der "ungewohnten Härte der lohnpolitischen Auseinandersetzung" (15) keine Politisierung der Industriearbeiterschaft begründen. Er weiß ebenfalls nur aufzuzeigen, daß die mit der höheren Streikbereitschaft der Arbeiter "gestiegene Lohnmilitanz" der Arbeiter lediglich auf den "konjunkturellen Lohnrückstand" zurückzuführen ist (16), was er an Hand einer Befragung von Vertrauensleuten und Betriebsräten belegt:

(13) Ebda., S. 48

(14) Ebda., S. 51

(15) J. BERGMANN, a.a.O., S. 171

(16) Ebda., S. 171f

"Die Arbeitnehmer haben bemerkt, daß die Unternehmensgewinne ins Uferlose gestiegen sind. Die Gewerkschaften konnten keine Lohnerhöhungen fordern, weil sie an die Tarifverträge gebunden waren. Daher die spontanen Streiks." (17)

Und BERGMANN bemerkt selbst, daß das von ihm veranschlagte "neue Lohnbewußtsein" keineswegs aus dem Rahmen des gewerkschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter herausfällt. Trotzdem bemüht sich der Autor, eine neue Qualität an den am Wachstum orientierten Lohnforderungen auszumachen:

"Gewiß waren dies schon immer Elemente der gewerkschaftlichen Programmatik und Begründung von Lohnforderungen; neu ist indes, daß sie handlungsrelevant werden konnten, daß Lohnforderungen von den Arbeitern und betrieblichen Funktionären selbst mit diesen Begründungen vorgebracht werden." (18)

Weil die Arbeiter ihre Lohnforderungen in einem "dynamischen Bezugssystem" artikulieren, sollen sich ihre Erwartungen "in wesentlichen Momenten von früheren handlungsrelevanten Maßstäben" unterscheiden (19).

Alle Aussagen über ein verändertes Bewußtsein der Arbeiter reduzieren sich bei BERGMANN auf die Tatsache, daß die Arbeiter aufgrund der prosperierenden Wirtschaft aktiver für ihre Interessen einzutreten und sich damit ein angemessenes Einkommen aus ihrer Lohnarbeit zu sichern suchen. Daß sich die Arbeiter dabei über die "etablierten Spielregeln der Tarifpolitik" hinwegsetzten (20), bedeutet keine Kritik an der Begrenztheit gewerkschaftlicher Tarifpolitik überhaupt, sondern nur an deren aktuellem Versagen. Und wenn im Vergleich zu früheren gewerkschaft-

(17) Ebda., S. 172

(18) Ebda., S. 173

(19) Ebda., S. 173

(20) Ebda., S. 171

lichen Lohnkämpfen sich die Interessen der Arbeiter "an dynamischen Orientierungsmaßstäben" festmachen, so muß auch BERGMANN zugeben, daß damit die Anerkennung der kapitalistischen Form des gesellschaftlichen Wachstumsprozesses eingeschlossen ist:

"Der Anspruch auf Beteiligung am wachsenden Sozialprodukt - so lassen sich die Meinungen der befragten Funktionäre resumieren - bleibt auf die Ökonomie, den Verteilungsprozeß beschränkt, er tangiert nicht die zugrunde liegenden Machtverhältnisse. Die Mehrheit tritt für eine aktive, aber doch wachstumskonforme Lohnpolitik ein." (21)

Auch das Auflehnen der Arbeiter "gegen eine Lohnpolitik nach kapitalistischen Spielregeln" - wie es das SOZIALISTISCHE BÜRO den Septemberstreiks unterstellt - erweist sich nach den eigenen Aussagen als ein Ausdruck dessen, "daß die Lohnabhängigen beginnen, ihre eigenen Interessen selbstbewußter durchzusetzen" (22). Wenn im weiteren ausgeführt wird, daß das "Vertretungsmonopol der Gewerkschaftsführungen" von den Mitgliedern "nicht mehr bedingungslos akzeptiert" wird, dann heißt die Kritik an den "kapitalistischen Spielregeln" nichts anderes, als daß die Mehrheit der Mitglieder an einem besseren Verhandlungsergebnis der Tarifaueinandersetzungen interessiert ist. (23)

Die Kritik der Arbeiter an ihrer Gewerkschaft ist schon deshalb nicht mit einer Kritik am Kapitalismus zu identifizieren, da in spontanen Arbeitskämpfen die Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Abwehrkampfes seinen unmittelbarsten Ausdruck erhält. Gerade weil die Arbeiter in der Gewerkschaft "ihre wichtigste gesellschaftliche Interessensvertretung sehen" - wie es von SCHUMANN u.a. an Hand der Arbeiterbefragung deutlich aufgezeigt wird -

(21) Ebda., S. 175

(22) Thesen des SB, a.a.O., S. 54

(23) Ebda., S. 55

können sie sich aufgrund des Versagens der Führung auch ohne deren Hilfe organisieren:

"Denn die Kritik jener, die das Resultat der gewerkschaftlichen Arbeit für unzureichend halten, richtet sich eher an die eigene Adresse und weniger an die der Gewerkschaft: Nach der Ursache der schmalen Erfolgsbilanz gefragt, macht nämlich fast die Hälfte der in dieser Frage Unzufriedenen die Gleichgültigkeit der Arbeiter selbst für die gegenwärtige Situation verantwortlich; nur ein Drittel sieht die Schuld allein bei den Gewerkschaften. Insofern ist das negative Urteil über das Erreichte nicht frei von Selbstkritik." (24)

Das starke Vertrauen auf den gewerkschaftlichen Kampf, welches sich von einer nicht nur angedrohten, sondern auch wirklich praktizierten Unterbrechung der Arbeit die Verbesserung ihrer Reproduktion verspricht, charakterisiert die außergewerkschaftlichen Arbeitskämpfe. In den von SCHUMANN u.a. vorgelegten Resultaten der Arbeiterbefragung kommt mit aller Deutlichkeit zum Vorschein, daß gerade in den außergewerkschaftlichen Arbeitskämpfen der Anspruch der Gewerkschaften beim Wort genommen wird (25).

2. Das Eingeständnis der politischen Folgenlosigkeit

Obwohl alle Autoren ausführen, daß das "gestiegene Anspruchsniveau der Arbeiter" ein Verhalten zum Ausdruck bringt, welches an einer "Beibehaltung der herkömmlichen Grundstrukturen" interessiert ist (26), wird in den außergewerkschaftlichen Arbeitskämpfen dennoch ein "Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse"

(24) M. SCHUMANN u.a., a.a.O., S. 66

(25) Es ist bezeichnend, daß sowohl BERGMANN als auch SCHUMANN u.a. mit den Ergebnissen der Befragung der Arbeiter bzw. gewerkschaftlichen Funktionäre nichts anzufangen wissen. Da sie jedes empirische Arbeiterver-

(27) gesehen. Doch an dieser Stelle zeigt sich erneut die theoretische Akrobatik der genannten Autoren, denen es mit einem Male selbst "fragwürdig" erscheint, "diese Arbeitskämpfe selbst bereits als Ausdruck eines klassenbewußten Verhaltens der Arbeiter zu interpretieren." (28) Und so kommt das überraschende Resultat zustande, daß an diesen Arbeitskämpfen selbst eigentlich nichts Antikapitalistisches auszumachen ist, sondern hierin lediglich eine Möglichkeit für zukünftige Veränderungen des Arbeiterbewußtseins gesehen wird:

"Nicht die Tatsache des Streiks selbst, so läßt sich zusammenfassend aus den Befunden unserer Studie sagen, als vielmehr das Potential, welches durch diese Arbeitskämpfe geschaffen wurde, läßt die Frage nach der Rekonstruktion der Arbeiterklasse berechtigt erscheinen." (29)

Mit diesen Aussagen wird das ganze Dilemma einer solchen Analyse deutlich, da die Autoren noch zudem in Rechnung stellen müssen, daß das selbstbewußte Verhalten der Arbeiter in den Septemberstreiks "nur eine Episode ohne längerfristige Bedeutung" gewesen sein könnte (30):

"Das selbstbewußtere und interessenbewußtere Verhalten der Arbeiter 1969/70 entwickelte sich nicht zufällig in einer Phase der Hochkonjunktur, in der die kollektive gesellschaftliche Machtposition sich den Arbeitern mit Recht besonders positiv darstellen mußte: Eine günstige Situation, um ihre Forderungen höher zu schrauben." (31)

(25) Fortsetzung

halten immer als einen Schritt auf das von den Autoren propagierte sozialistische Ideal hin interpretieren, versuchen sie ständig, den noch so offensichtlich immanen Interessen der Arbeiter einen antikapitalistischen Inhalt unterzuschieben.

(26) M. SCHUMANN u.a., a.a.O., S. 162

(27) So lautet der Untertitel der Veröffentlichung von SCHUMANN u.a.

(28) Ebda., S. 162

Wird einerseits mit der Behauptung einer "Rekonstruktion" des sozialistischen Klassenkampfes als Ergebnis der Septemberstreiks ein verändertes Bewußtsein der Arbeiter unterstellt, so wird auf der anderen Seite von den Autoren nicht ausgeschlossen, daß die Arbeiter sogar hinter ihr gewerkschaftliches Bewußtsein zurückfallen:

"Es kann u.E. keinesfalls ausgeschlossen werden, ob nicht auch diese Arbeiter dann, wenn eine wirtschaftliche Krise ihren materiellen Besitzstand ernsthaft gefährdet, auf kollektiven Widerstand verzichten werden, um individuell möglichst unbeschadet diese Periode durchzustehen." (32)

Hiermit wird von den Autoren zugegeben, daß die Solidarität der Arbeiter - in gewerkschaftlichen wie in außergewerkschaftlichen Arbeitskämpfen gleichermaßen - seine Schranken an der jeweiligen wirtschaftlichen Lage findet, daß das "militante Lohnbewußtsein" der Arbeiter dann wieder verschwindet, wenn eine wirtschaftliche Krisensituation die Konkurrenz unter den Arbeitern weiter verschärft:

"Das gestiegene ökonomische Anspruchsniveau der Arbeiter könnte in dem Moment verhaltensirrelevant werden, wenn Probleme der Existenzhaltung in den Vordergrund rücken." (33)

(29) Ebda., S. 163

(30) Ebda., S. 165

(31) Ebda., S. 165

(32) Ebda., S. 166

(33) Ebda., S. 166

Auch das SOZIALISTISCHE BÜRO weist darauf hin, daß in einer wirtschaftlichen Krisensituation die "Möglichkeit autonomer Interessensvertretung" aufgrund der "defensiven Reaktion der Arbeiter auf die Krise" erschwert wird (Thesen des SB, a.a.O., S. 58).

Was anders drückt sich darin aus, als daß die Arbeiter sich eben noch nicht zum Zwecke eines antikapitalistischen Kampfes zusammengeschlossen haben. Ein Faktum, das offenbar nur deshalb in diesen Theorien geleugnet wird, weil es den idealistischen Ansprüchen der Autoren ungeliegt kommt.

Daß ein solches von den Autoren selbst konstatiertes Verhalten der Arbeiter Ausdruck der Beschränktheit des bloß gewerkschaftlichen Bewußtseins ist, bleibt einer solchen Analyse verborgen: Wo die Arbeiter in Krisenzeiten selbst ihre Ansprüche auf eine organisierte Veränderung der Lohnarbeit zurückstellen zugunsten einer verstärkten Konkurrenz untereinander, kann von einer Rekonstruktion des Klassenbewußtseins und damit von der Einsicht in die Notwendigkeit der Abschaffung der Lohnarbeit nicht gesprochen werden.

In allen Analysen der Streikbewegung wird darauf hingewiesen, daß von den Arbeitern selbst gesellschaftsverändernde Intentionen explizit ausgeschlossen wurden:

"Fast zwangshaft beteuerten die Beteiligten, daß man nichts Politisches im Sinne gehabt habe, einzig höhere Löhne seien das Ziel gewesen." (34)

Obwohl auch PAPCKE berichtet, "daß die Arbeiter rote Fahnen sympathisierender APO-Anhänger verbrannten und sich von linken Parolen distanzierten" (35), will er dennoch an seiner Behauptung festhalten, daß diese Streikwelle "nichtsdestotrotz ... objektiv politisierend" auf die Arbeiter gewirkt habe (36). Daß solche Schlußfolgerungen jeder Grundlage entbehren, kommt bei BERGMANN deutlich zum Ausdruck, wo er einer willkürlichen Uminterpretation des durch die Streiks erzeugten Bewußtseins der Arbeiter das Wort redet:

"Freilich ist die Möglichkeit nicht zu übersehen, daß die Ansätze einer neuen Aktivität an der Mitgliederbasis ins Leere gehen und das Potential sich verbraucht. Denn die beschriebenen veränderten Einstellungen resultieren nicht aus einem neuen Klassenbewußtsein, sondern eher aus einer Angleichung

(34) J. BERGMANN, a.a.O., S. 175

(35) S.G. PAPCKE, a.a.O., S. 21

(36) Ebda., S. 21

an systemkonforme Denkweisen; sie bedürfen daher notwendig der bewußten politischen Interpretation." (37)

Mit diesen Aussagen wird noch einmal unterstrichen, daß die Euphorie gegenüber allen außergewerkschaftlichen Arbeitskämpfen, wie sie von den genannten marxistischen Autoren geäußert wird, keine Grundlage in den wirklichen Beweggründen dieser Auseinandersetzungen hat. Daß gerade in der "Spontaneität" dieser Kämpfe von den Linken das "systemsprengende Moment" gesehen wird, kennzeichnet eine Theorie, die das kapitalistische Herrschaftsverhältnis als einen unmittelbaren Gegensatz von Kapitalisten und Arbeitern faßt und daher in jeder "unverfälschten" Reaktion der Arbeiter eine revolutionäre Intention vermuten muß. Daß eine militante Interessenpolitik der Arbeiter sehr wohl mit einer ebenso starken Affirmation des Kapitalverhältnisses einhergehen kann, haben die Septemberstreiks deutlich gemacht.

3. Hoffnung auf das Scheitern des gewerkschaftlichen Kampfes

Die bei den Marxisten zum Ausdruck kommende Euphorie gegenüber dem spontanen Element in den Septemberstreiks unterschlägt zudem, daß die Erfolge dieser Streikbewegung wesentlich durch die nachträgliche Unterstützung durch die Gewerkschaftsführung zustande kamen, was im Jahre 1970 zu "den höchsten Tarifabschlüssen seit Kriegsende" führte (38). Das in diesen Theorien praktizierte Ausspielen der spontanen gegenüber den von der Gewerkschaft organisierten Arbeitskämpfen verkennt weiterhin, daß die Arbeiter sich gerade deshalb gewerkschaftlich

(37) J. BERGMANN, a.a.O. S. 179

(38) Vgl. hierzu: W. MÜLLER-JENTSCH, Der Arbeitskampf in der Metallindustrie, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1972, a.a.O., S. 13 ff

organisieren, weil sie um die Vorteile eines zentral und von erfahrenen Funktionären der Gewerkschaft geführten Arbeitskampfes wissen (39).

Es macht den Fortschritt des gewerkschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter aus, das bloß spontane und zumeist auf den eigenen Betrieb beschränkte Aufbegehren gegenüber dem Kapital überwunden zu haben. Da das Positive der spontanen Arbeitskämpfe in diesen marxistischen Theorien jedoch in deren Gegensatz zum gewerkschaftlich organisierten Kampf gesehen wird, kommt darin nur zum Vorschein, wie wenig den Autoren an einem positiven Ergebnis solcher Kämpfe gelegen ist. Vielmehr hofft man sogar darauf, daß die Arbeiter gerade aus ihren negativen Erfahrungen mit der Gewerkschaft zu einem richtigen Bewußtsein finden werden:

"Denn die produktive Verarbeitung dieser Niederlagen scheint uns eine wesentliche Bedingung von Lern- und Veränderungsprozessen innerhalb der Gewerkschaft zu sein." (40)

Der falsche theoretische Umgang mit dem Phänomen Gewerkschaft macht sich an dieser Stelle in besonders krasser Weise praktisch geltend: weil die Autoren der PROKLA an der Gewerkschaft als einem "Instrument des Klassenkampfes" interessiert sind, müssen sie sich eine Schwächung der gegenwärtigen gewerkschaftlichen Politik wünschen, um auf diese Weise die Arbeiter zur Einsicht zu bringen.

Die außergewerkschaftlichen Organisationsversuche der Arbeiter machen deutlich, daß hiermit die Notwendigkeit der Gewerkschaften gerade nicht in Frage gestellt werden, daß diese vielmehr eine Stärkung der Gewerkschaften bewirken sollen. Von den Gewerkschaftstheoretikern

(39) Häufig werden spontane Streiks auch von den Gewerkschaften gefördert, um damit Druck auf die offiziellen Tarifverhandlungen auszuüben.

(40) Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Neue Momente in der Klassenbewegung ..., a.a.O., S. 35

der PROKLA wird dagegen ein Scheitern der Gewerkschaften und damit auch der organisierten Bemühungen der Arbeiter erhofft. Es wird betont,

"daß der stattfindende Prozeß der Enttäuschung der Arbeiter über das Nichtfunktionieren der Gewerkschaft als Kampfinstrument notwendige Voraussetzung überhaupt für die Entwicklung eines Klassenbewußtseins unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist."

(41)

Doch es wird zugleich zugegeben, daß mit dem "neuen" Bewußtsein der Arbeiter nur die Vorstellung überwunden werden soll,

"per Delegation der Interessenwahrnehmung an die Gewerkschaftsorganisation oder die Betriebsräte sei ihre gesellschaftliche Stellung zu verteidigen." (42)

Die von den Autoren der PROKLA herbeigewünschte "Enttäuschung der Arbeiter über das Nichtfunktionieren der Gewerkschaft" meint demnach keine Kritik am unzureichenden Prinzip der gewerkschaftlichen Organisierung überhaupt, sondern nur an einer bestimmten Form der gewerkschaftlichen Interessensvertretung, wie es mit dem Delegationsprinzip gegeben ist. Daß sich jedoch aus der selbständigen Interessensvertretung der Arbeiter in den spontanen Streiks von 1973 ebenfalls die von den Autoren veranschlagten "neuen Momente in der Klassenbewegung" nicht aufweisen lassen, kann an deren eigenen Aussagen verdeutlicht werden.

Spontane Streiks sind Ausdruck innergewerkschaftlicher Auseinandersetzungen, welche durch den Widerspruch hervorgerufen werden, daß alle von der Gewerkschaft ausgehandelten Tarifabschlüsse allgemeingültig sein müssen, die Interessen der Arbeiter aber aufgrund der gleichzeitigen Konkurrenz untereinander und der ihr immanenten

(41) Ebda, S. 49, Fußn. 23

(42) Ebda., S. 49, Fußn. 23

ten Unterschiede differieren. Weil die Gewerkschaftsführung es allen recht machen muß, ist sie ständig mit der stärkeren Kampfbereitschaft einer Minderheit konfrontiert, denen das ausgehandelte Ergebnis nicht ausreicht.

4. "Neue Qualität" der Streikbewegung von 1973

An der Streikbewegung '73 wird hervorgehoben, daß sich die Forderungen der Arbeiter im Gegensatz zu den Septemberstreiks nicht mehr nur an den gestiegenen Gewinnen der Unternehmer orientieren, sondern daß in diesen Arbeitskämpfen das Prinzip 'leistungsgerechter Entlohnung' überhaupt abgelehnt wird:

"Schon im Hoesch-Streik wird am Pochen auf die lineare Lohnerhöhung sichtbar, daß die Arbeiter ihre Forderungen gegenüber dem Kapital an den Bedürfnissen der Reproduktion der Arbeitskraft, an ihren eigenen Lebensbedürfnissen orientierten." (43)

Da sich in den Arbeitskämpfen des Jahres 1973 die erhobenen Forderungen über Lohnerhöhungen hinaus auf eine "Ausdehnung des Urlaubs", "Verminderung der Bandgeschwindigkeit", "Rücknahme von Entlassungen" etc. richten, wird in diesen neuen Kampfinhalten eine veränderte Qualität dieser Arbeitskämpfe erblickt:

"Konnten die Septemberstreiks von 1969 also noch mehr oder weniger fraglos, d.h. ohne Veränderungen der entwickelten gewerkschaftspolitischen Linie, in die tradierte Politik der Gewerkschaftsführung eingebaut werden, indem sich die formulierten Lohnforderungen an den gestiegenen Gewinnen orientierten, sich selbst auf die von Wirtschaftsminister Schiller propagierte 'Soziale Symmetrie' beziehen konnten, so entwickelt sich in der ausweitenden Orientierung der Arbeiterforde-

rungen an ihrer Reproduktion der Widerspruch zur offiziellen bürgerlichen Gewerkschaftspolitik weitaus schärfer." (44)

Daß die Gewerkschaftsführung versucht, ihren Lohnkampf unter Rücksicht auf "gesamtwirtschaftliche Einkommenskategorien" zu führen, wird als das spezifisch "Bürgerliche" der Gewerkschaftspolitik im "Widerspruch zum Klasseninhalt der ökonomischen Kämpfe" in den spontanen Streiks gefaßt (45). Das nicht-bürgerliche Verhalten der Arbeiter wird von den Autoren der PROKLA darin gesehen, daß in den außergewerkschaftlichen Arbeitskämpfen von 1973 zunehmend "die Bedingungen der Anwendung der Arbeitskraft" in die Auseinandersetzung mit dem Kapital einbezogen werden (46). Daß aber auch in diesen Streiks die Interessen der Arbeiter darauf abzielen, sich bessere Bedingungen auf Grundlage der von ihnen akzeptierten Lohnarbeit zu schaffen, wird von den Autoren unterschlagen. Daß sich in der Streikbewegung von 1973 die "allgemeinen Probleme der Arbeiterklasse in der BRD in stärkerem Maße geltend machen" konnten (47), kann nicht schon deswegen zu einem Kampf gegen das Lohnsystem umstilisiert werden. Die Zurücknahme der eigenen Argumentation wird von den Autoren der PROKLA selbst ausgesprochen, wenn an diese Streikbewegung nur die Hoffnung geknüpft wird,

"daß sich daraus zunächst die Möglichkeit von Konflikten ergibt, die selbst wieder die mögliche Grundlage der Bildung von Klassenbewußtsein und damit der Vereinheitlichung der Arbeiter als Klasse gegenüber dem Kapital bilden." (48)

(44) Ebda, S. 44

(45) Ebda., S. 43f

(46) Ebda., S. 44

(47) Ebda., S. 46

(48) Ebda., S. 46

Weil nach Ansicht der PROKLA "die Waffe der gewerkschaftlich organisierten Einheit" gegenüber dem Kapital "stumpf" geworden ist, sollen die außergewerkschaftlichen Arbeitskämpfe dazu beitragen, die Kampfbereitschaft auf Betriebsebene wieder in eine "Machtposition der Arbeiter gegen das Kapital umzusetzen" (49). Allerdings kommt in diesen Aussagen nur zum Ausdruck, daß es den Autoren lediglich um eine Wiederbelebung traditioneller gewerkschaftlicher Prinzipien geht, jedoch mit der antigewerkschaftlichen Auflage, daß die Gewerkschaft erst einmal versagen müsse, um wieder zu einer richtigen Gewerkschaft zu werden:

"Die Niederlagen bilden selbst die Voraussetzung für breiter getragene Auseinandersetzungen innerhalb der Gewerkschaft um deren Politik. Hier kann die ihres Inhalts entleerte Form der Einheitsgewerkschaft, einer Gewerkschaftsorganisation, die zum einen alle Schichten der Arbeiter in sich vereinigt, zum anderen politisch nicht in Richtungs-gewerkschaften gespalten ist, wieder zur produktiven Potenz der Klassenauseinandersetzung werden." (50)

Was von den Autoren der PROKLA als Widerspruch "zwischen bestehender bürgerlicher und notwendiger Klassenpolitik in der Gewerkschaft" ausgegeben wird, bedeutet nur, daß die Arbeiter wieder das Bewußtsein darüber erlangen, daß die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation abhängig ist von der Kampfbereitschaft ihrer Mitglieder in den Betrieben. Die Verselbständigung des (bürgerlichen) Apparats gegenüber der Basis soll aufgehoben werden, damit gerade "auch die unteren Gewerkschaftsfunktionäre dazu gezwungen (werden), sich für eine Wiederherstellung der Kampffähigkeit der Gewerkschaften auf allen Ebenen" einzusetzen (51). Die Arbeiter sollen

(49) Ebda., S. 51

(50) Ebda., S. 52

lernen, den gewerkschaftlichen Kampf selbst in die Hand zu nehmen, um damit ihre Vereinheitlichung mit dem Kapital wieder praktisch zu erfahren. Die Autoren der PROKLA kommen zu dem lapidaren Schluß, daß die gewerkschaftliche Einheit als Aufhebung der Konkurrenz unter den Arbeitern nur dann funktionieren kann, wenn die Arbeiter diesen Zusammenschluß auch wirklich praktizieren:

"Zusammengefaßt handelt es sich darum, daß die Klasseneinheit sich nicht organisatorisch im Gewerkschaftsapparat darstellen kann, sondern daß diese Einheit wirklich Resultat des Klassenkampfes zwischen Lohnarbeit und Kapital sein kann, von den Arbeitern selbst als ihr Problem erfahren und entwickelt werden muß." (52)

Daß die für diesen Prozeß notwendige Enttäuschung über das Handeln der gewerkschaftlichen Führungsgremien nicht notwendig ein antikapitalistisches Bewußtsein bei den Arbeitern hervorruft, sondern den gewerkschaftlichen Interessen immanent bleibt, kommt auch an anderer Stelle der PROKLA zum Ausdruck:

"Das Resultat einer solchen Erfahrung ist gegenwärtig keineswegs die Erkenntnis von der Notwendigkeit einer revolutionären Organisation, sondern die Notwendigkeit der Demokratisierung der Gewerkschaften, um die Interessen der Arbeiter in der Politik der Gewerkschaften umsetzen zu können." (53)

Daß die Arbeiter in den Streiks von 1973 gegenüber den Septemberstreiks von 1969 ein "wachsendes Interesse an einer Kontrolle und Verbesserung der Arbeitsbedingungen"

(51) Ebda., S. 53

(52) Ebda., S. 53

(53) Sozialistische Gewerkschaftsarbeit und "Revolutionäre Gewerkschaftsopposition" - Probleme und Aspekte sozialistischer Gewerkschaftsarbeit und ihre organisatorische Scheinlösung in der RGO, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 8/9 - 1973, S. 155

zeigten, wird auch von KERN insofern als eine neue Qualität des Klassenkampfes bezeichnet, als darin "zunehmender Widerstand gegen wichtige Prinzipien der kapitalistischen Arbeitsorganisation" zum Ausdruck kommt (54). Die Arbeiter reagierten damit auf eine zunehmende Arbeitsintensivierung, welche "mit Mitteln wie strafbarer Arbeitsplanung, höheren Leistungsnormen, wirksameren Kontroll- und Disziplinierungsverfahren" die Produktivität der Arbeit ansteigen ließ (55). Da die Arbeiter laut KERN aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage keine großen Erwartungen in eine ökonomische Besserstellung setzten, mußte die Konsequenz in einer "Umorientierung der Interessen" liegen:

"Wenn der Mechanismus, negative Arbeitsbelastungen auf finanziellen Wege auszugleichen, angesichts größerer wirtschaftlicher Schwierigkeit auf engere Grenzen stößt oder wegen nicht mehr kompensierbarer Belastungsintensität sogar fragwürdig wird, werden sich die Erwartungen derjenigen, die stark belastende Arbeit ausführen müssen, mehr auf die Arbeit selbst richten." (56)

KERN übersieht dabei, daß es für die Kostenrechnung der Unternehmer zunächst einmal gleichgültig ist, ob sich die Forderungen der Arbeiter auf höhere Löhne oder auf eine Verringerung der Arbeitsintensität und damit auf eine Senkung des Arbeitsertrages richten. Auf Grundlage der betrieblichen Kostenrechnung sind die dem Unternehmen gesetzten Grenzen in beiden Fällen die gleichen, und die Arbeiter müssen daher ihre Interessen an einer Lohnerhöhung wie an einer Erleichterung ihrer Arbeit in gleicher Weise gegen das Unternehmen durchsetzen. Daß "arbeitsbezogene Forderungen"

(54) H. KERN, Die Bedeutung der Arbeitsbedingungen in den Streiks 1973, a.a.O., S. 27

(55) Ebda., S. 28

(56) Ebda., S. 30

eher als Lohnforderungen zur "Schaffung immer höherer Grade von Bewußtsein und Organisation gegen die derzeitige kapitalistische Produktionsweise" beitragen können - wie KERN behauptet (57) - bedeutet nicht zuletzt eine große Verkennung des gewerkschaftlichen Kampfes: seit sich die Intensivierung der Arbeit durch das Kapital in der großen Industrie durchgesetzt hat, gehören Forderungen zur inhaltlichen Seite der Arbeit zu jedem gewerkschaftlichen Programm (58).

Darüber hinaus bedeutet die Tatsache, daß sich die Arbeiter in den außergewerkschaftlichen Streiks von 1973 nicht an dem Prinzip einer leistungsgerechten Entlohnung ausgerichtet haben, ebenfalls kein "neues Moment in der Klassenbewegung", wie es die Autoren der PROKLA behaupten. Die auch von KERN konstatierte "Einsicht der Lohnabhängigen, daß die kapitalistische Organisation der Arbeit kein unveränderliches Faktum darstellt" (59), kennzeichnet gerade das gewerkschaftliche Bewußtsein der Arbeiter: In allen angeführten Theorien wird die zunehmende Intensivierung der Arbeit le-

(57) Ebda., S. 32

(58) Nicht erst der Manteltarifvertrag II des Tarifbezirkes Nordwürttemberg / Nordbaden vom 1.11. 1973 hat Probleme der Arbeitsgestaltung (Einführung von Erholzeiten, Regelung der Taktzeichen am Band, etc.) gesetzlich fixiert. Auch das geltende Betriebsverfassungsgesetz gibt dem Betriebsrat ein Mitbestimmungsrecht bei der Gestaltung der Arbeitsbedingungen (Vgl. Betr VerfG 1972, §§ 87 - 91).

Daß solche Eingriffe in den Produktionsablauf keineswegs das Recht des Kapitals auf die Ausbeutung der Arbeitskraft in Frage stellen, ist nur ein Ausdruck der gewerkschaftsspezifischen Schranken aller "arbeitsinhaltlichen" Forderungen, die aber eben nicht schon dadurch eine "neue Qualität" bekommen, wenn sie von Arbeitern in außergewerkschaftlichen Kämpfen erhoben werden. Wo solche Forderungen von Arbeitern gestellt werden, entspricht dies durchaus dem "normalen" gewerkschaftlichen Bewußtsein von einer möglichen "Humanisierung der Arbeit".

(59) H. KERN, a.a.O., S. 35

diglich aus den Interessen des Kapitals begründet und dabei übersehen, daß der Arbeiter aufgrund der Bedingungen der Lohnarbeit selbst ein Interesse an einer Verschärfung der Arbeitshetze haben muß: weil das Einkommen des Lohnarbeiters abhängig ist von der aufgewandten Leistung, muß ihm notwendig daran gelegen sein, zur Sicherung und Verbesserung seiner Reproduktion seine Arbeitsleistung zu steigern und damit seinen Lohn zu erhöhen. Erst wenn das Mittel einer größeren Arbeitsverausgabung nicht den angestrebten Zweck bewirken kann, stellt sich für den Arbeiter die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisierung: da die Leistungssteigerung des einzelnen Arbeiters das Angebot an Arbeit erhöht, kann der Käufer mit einer Senkung des Preises der Arbeit reagieren. Durch die Konkurrenz der Arbeiter untereinander können sie vom Abnehmer ihrer Arbeit gegeneinander ausgespielt und damit um die Früchte ihrer individuellen Leistungssteigerung gebracht werden. Der Arbeiter erfährt, daß alle Versuche zur Erhöhung seines Arbeitseinkommens durch die Wirkung der Konkurrenz unter den Arbeitern gegen ihn ausschlagen (60). Eine Verbesserung des Verhältnisses von Arbeit und Lohn ist daher nur möglich, wenn die Arbeiter die Konkurrenz untereinander einstellen, um ihren Zusammenschluß als Druckmittel gegenüber dem Käufer ihrer Arbeit einsetzen zu können. Die gewerkschaftliche Organisierung ist Aus-

(60) Vgl. hierzu K. MARX, MEW 6, S. 420:

"Der Arbeiter sucht die Masse seines Arbeitslohns zu behaupten, indem er mehr arbeitet, sei es, daß er mehr Stunden arbeitet, sei es, daß er mehr in derselben Stunde liefert. Durch die Not getrieben, vermehrt er also noch die unheilvollen Wirkungen der Teilung der Arbeit. Das Resultat ist: Je mehr er arbeitet, um so weniger Lohn erhält er, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil er in demselben Maße seinen Mitarbeitern Konkurrenz macht, sich daher ebenso viel Konkurrenten aus seinen Mitarbeitern macht, die sich zu ebenso schlechten Bedingungen anbieten, wie er selbst, weil er also in letzter Instanz sich selbst Konkurrenz macht ..."

druck der Einsicht, daß die verrichtete Arbeitsleistung nicht schon automatisch eine "gerechte" Entlohnung zur Folge hat, sondern nur der gewaltsame Druck der Arbeiter im Arbeitskampf den Anspruch auf ein ausreichendes Arbeitseinkommen sichern kann.

Was von den marxistischen Autoren als das qualitativ Neue an den spontanen Arbeitskämpfen gerühmt wird, macht lediglich die wesentlichen Prinzipien der gewerkschaftlichen Organisation deutlich. Die mangelnde Rücksichtnahme auf die Kriterien einer leistungsgerechten Entlohnung drückt das Bewußtsein der Arbeiter darüber aus, daß die Höhe ihres Arbeitseinkommens wesentlich von dem Druck abhängig ist, den sie durch ihre Organisation auf den Unternehmer als den Käufer ihrer Arbeit auszuüben vermögen, daß die jeweils ausgehandelten Tarifröhne sowie die Verbesserung ihrer Arbeitsbedingungen Ausdruck ihrer gewerkschaftlichen Kampfstärke sind.

In den von BERGMANN und SCHUMANN u.a. zitierten Arbeiter- und Funktionärsbefragungen wird deutlich, daß die Arbeiter ihre in den spontanen Arbeitskämpfen zum Ausdruck kommende Kritik an der Gewerkschaftsführung als eine Aktivierung des gewerkschaftlichen Kampfes verstanden wissen wollen. Das von den Linken so gern aufgegriffene Schimpfen der Arbeiter über den Gewerkschaftsapparat bedeutet gerade während solcher spontanen Arbeitskämpfe, wie ernst sie es mit den gewerkschaftlichen Prinzipien meinen.

Es bleibt den neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien vorbehalten, diesem Verhalten der Arbeiter eine antigewerkschaftliche Intention zu unterstellen. Da diese Autoren die im Charakter der Lohnarbeit enthaltenen Tendenzen zu einer ständigen Gefährdung der Reproduktion des Arbeiters leugnen, können sie auch die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation ignorieren. Die besondere Anteilnahme gegenüber allen

außergewerkschaftlichen Aktivitäten der Arbeiter - wie sie in der Rezeption der spontanen Streiks zum Ausdruck kommt. - zeigt nur, daß diese marxistischen Autoren eine Veränderung der Gesellschaft schon in der bloßen Gegnerschaft der Arbeiter zur offiziellen Gewerkschaftspolitik sehen. Daß darin nicht zuletzt eine Unkenntnis des gewerkschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter eingeschlossen ist, hat die Analyse der außergewerkschaftlichen Streikbewegung deutlich gemacht.

IV. GEWERKSCHAFTLICHE INTERESSENVERTRETUNG UND DEMOKRATISCHER STAAT

1. Krise einer staatskonformen Gewerkschaftspolitik?

Die außergewerkschaftlichen Streikbewegungen der Jahre 1969 und 1973 verweisen nach Ansicht der marxistischen Gewerkschaftstheoretiker auf die Krise einer Gewerkschaftspolitik, welche sich aufgrund ihrer Bindung an die Einkommenspolitik des Staates in Gegensatz zu den Interessen ihrer Mitglieder setzt.

Die "Krise der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik" beruht - so die Autoren des SOZIALISTISCHEN BÜROS - auf der "doppelten Loyalitätsbindung der Gewerkschaften, einerseits die Interessen der Lohnabhängigen vertreten zu müssen, andererseits (z.B. im Rahmen der Konzertierten Aktion) die Wirtschaftspolitik der Regierung zu stützen" (1). Auch für BERGMANN u.a. hat sich "unter dem Druck inoffizieller Streiks" ein wesentlicher Widerspruch der Gewerkschaften aufgetan (2):

"Mit der Einführung der Einkommenspolitik, einem neuen Instrument staatlicher Wirtschaftsregulierung, werden die Gewerkschaften in wirtschaftspolitische Entscheidungsprozesse einbezogen. Von ihrer Mitarbeit hängt der Erfolg dieser Politik ab. Wo sie die Kooperation verweigern, geraten sie in manifeste Konflikte mit dem bürgerlichen Staat; wo sie das Kooperationsangebot annehmen, sehen sie sich der wachsenden Kritik ihrer aktiven Mitgliedschaft ausgesetzt." (3)

(1) Thesen des SB, a.a.O., S. 54

(2) J. BERGMANN, O. JACOBI, W. MÜLLER-JENTSCH, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen, Ffm - Köln 1975, S. 9

Die in den spontanen Arbeitskämpfen zum Ausdruck kommende Unzufriedenheit der Arbeiter mit der Verhandlungsführung der Gewerkschaftsspitzen verschärft ebenfalls für die Autoren der PROKLA den Widerspruch zwischen den "bürgerlichen Formen" der Interessenvertretung, welche auf eine "Politik der Klassenversöhnung" ausgerichtet sind, und der Aufgabe der Gewerkschaften, eine "offene Austragung des Klassenkampfes mit dem Kapital" zu leisten (4).

In diesen Aussagen zu den außergewerkschaftlichen Arbeitskämpfen zeigt sich ein Problem, wie es allen neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien gemeinsam ist: die Kooperation der Gewerkschaften mit dem Staat wird nicht aus dem Interesse des gewerkschaftlich organisierten Lohnarbeiters erklärt, sondern aus den Interessen des kapitalistischen Systems und damit nach Ansicht aller Autoren aus einem Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter (5). Obwohl die gewerkschaftliche Praxis anschaulich das Gegenteil belegt, gehen auch PET-SCHIK / SIEBERT von der festen Annahme aus, daß eine von Arbeiterinteressen bestimmte Gewerkschaftspolitik "irgendwelche Ideen von 'Klassenharmonie', 'Sozialpartnerschaft', 'Gemeinwohl' und 'fairem Interessenausgleich' zwischen Kapital und Arbeit" ausschließt (6). Daher soll

(3) Ebda., S. 15

(4) Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftspolitik, in: Probleme des Klassenkampfes, Nr. 13 / 1974, S. 64

(5) Wie schon der Untertitel zeigt: "Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen", lebt die Veröffentlichung von BERGMANN u.a. von eben diesem Widerspruch. Bezeichnend auch hier wieder das theoretische Verfahren, welches die Bestimmung der Gewerkschaft gleich an Hand eines "vorgeschlagenen Interpretationsrahmens" vornehmen will: "Von zentraler Bedeutung für das Argumentationsmuster der Studie ist der Begriff der 'kooperativen Gewerkschaftspolitik', der im einleitenden Kapitel entfaltet wird und in sich die widersprüchlichen Momente zusammenfaßt, die die Politik der Gewerkschaften in der Bundesrepublik charakterisieren und die gegenwärtig zu beobachtenden

für jede Gewerkschaftspolitik die "Kernfrage" darin liegen,

"Sozialverein oder Kampforganisation zu sein. Dreißig Jahre Nachkriegsentwicklung haben vielfache Beweise geliefert, daß immer, wenn die Gewerkschaften aktive, konsequente Lohn- und Tarafbewegungen führten, wenn sie entschlossen für bessere Arbeitsbedingungen und Arbeiterrechte eintraten, die Mitgliederzahlen überdurchschnittlich erhöht werden konnten." (7)

Daß in jedem Tarifikampf immer auch ein Interessenausgleich vorgenommen wird, daß sich die Gewerkschaft in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen zugleich von der Rücksicht auf das Gemeinwohl leiten läßt, wird von den Autoren offensichtlich nicht realisiert. Wo die Gewerkschaften in Zusammenarbeit mit staatlichen Institutionen die Vertretung der Interessen ihrer Mitglieder betreiben, wird ihnen das von den linken Gewerkschaftstheoretikern zum Vorwurf gemacht. Auch hier wird wieder mit dem gleichen Maß gemessen: die über den Staat erreichten Verbesserungen werden in ihr Gegenteil verkehrt, wenn es gilt, den Gewerkschaften ihre "eigentlichen" Aufgaben vorzuhalten:

"Noch degradieren sich die Gewerkschaften zu einer 'Sozialabteilung der Gesellschaft', statt mit Plan und Aktion an der Umgestaltung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse mitzuarbeiten." (8)

Aus dieser Perspektive werden von SCHMIDT auch die spontanen Streiks als ein Angriff der Arbeiter auf die Kooperation der Gewerkschaften mit dem Staat ausgegeben, wo offenkundig geworden sein soll, "daß die Integrier-

(5) Fortsetzung:
Krisensymptome begründen."

(J. BERGMANN u.a., Gewerkschaften in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 11)

(6) W. PETSCHIK / G. SIEBERT, a.a.O., S. 13

(7) Ebda., S. 19

barkheit der Arbeitnehmer in das Bestehende Grenzen hat" (9). Wo sich die Gewerkschaften zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben positiv auf den demokratischen Staat und seine Einrichtungen beziehen, ist es für die marxistischen Autoren offenbar nur ein Ausdruck dessen, daß die Gewerkschaften nicht die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, sondern dabei nur die Absicht haben, "die Interessen der Arbeiterklasse den Interessen der größten kapitalistischen Metropole und deren Staat unterzuordnen" (10). Die Übernahme von "öffentlichen Funktionen" durch die Gewerkschaft wird einer bewußten Absicht "zur Kanalisierung der Auseinandersetzung zwischen Lohnarbeit und Kapital" zugeschrieben (11), was von HOSS mit der "Etablierung gewerkschaftlicher Organisationen als Massenorganisationen, ihrer Ausdehnung und zunehmenden rechtlichen Anerkennung" (12) begründet wird:

"Der Begriff des institutionalisierten Klassenkampfes würde damit die Institutionalisierung eines Kooperationszusammenhangs zwischen den Gewerkschaften, den Unternehmern und dem Staat im Rahmen der herrschenden Gesellschaftsordnung bezeichnen, der sich mit Abkehr von der revolutionären Programmatik, mit der Entpolitisierung der gewerkschaftlichen Aktion im Namen der politischen Neutralität herstellt." (13)

(8) E. SCHMIDT, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, a.a.O., S. 5

(9) Ebda., S. 10

(10) K. STIFFEL, Gewerkschaften und Staat, in: Gewerkschaften, Standort und Perspektive, a.a.O., S. 49

(11) D. HOSS, Die Krise des "Institutionalisierten Klassenkampfes", a.a.O., S. 24

(12) Ebda., S. 21

(13) Ebda., S. 22

2. Kritik an der Institutionalisierung der Gewerkschaft

In allen Theorien wird das Unverständnis der offensichtlichen Tatsache deutlich, daß die von der Gewerkschaft geführte Auseinandersetzung mit dem Kapital nicht nur in institutionalisierten Formen abläuft, sondern darüber hinaus gegenüber dem Staat in gleicher Weise wie die Unternehmer als Interessenverband auftreten und dabei auf die "Bedürfnisse der Allgemeinheit" Rücksicht nehmen muß. Den Gewerkschaften wird zum Vorwurf gemacht, daß sie "fest auf dem Boden des Grundgesetzes stehen" und damit nur "systemimmanente Erfolge" erzielen (14). MANDEL sieht in der zunehmenden Integration der Gewerkschaften in den demokratischen Staat eine Folge der Veränderungen innerhalb des kapitalistischen Systems, wo sich aufgrund einer "beschleunigten technologischen Erneuerung" ein "wachsender Zwang in Richtung auf langfristige Investitionsplanung, genaue Kostenplanung, und deshalb auch genaue Lohnkostenplanung" geltend macht (15). So soll die Beteiligung der Gewerkschaften an einer gesamtwirtschaftlichen Politik des Staates zum Schaden der gewerkschaftlichen Interessenspolitik sein, weil hinter allen Formen der "Klassenzusammenarbeit" nur ein einheitlicher Zweck steht:

"Abbau der Tarifautonomie der Gewerkschaften, Verhinderung der Ausnützung von zeitweilig günstigen Konjunkturlagen auf dem Arbeitsmarkt (Vollbeschäftigung oder gar akute Knappheit an Arbeitskräften) durch die Arbeiterschaft im Sinne von bedeutenden Lohnerhöhungen und ... im Sinne einer bedeutenden Senkung der Mehrwert- und Profitrate." (16)

(14) Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf, a.a.O., S. 31

(15) E. MANDEL, Systemkonforme Gewerkschaften?, a.a.O., S. 65

(16) Ebda., S. 65

Auch nach diesen Aussagen richtet sich die verstärkte Teilnahme der Gewerkschaften an der angeblich staatlich gelenkten Wirtschaft des Spätkapitalismus gegen deren eigene gewerkschaftliche Interessen, was sich für MANDEL auch schon in der Tatsache ausdrückt, daß "Gewerkschaftsführer oft mehr Zeit in diesen staatlichen Gremien als in eigentlichen Gewerkschaftsversammlungen verbringen." (17)

Daß die Arbeiterbewegung lange um die Koalitionsfreiheit und damit um die staatliche Anerkennung der Gewerkschaften kämpfen mußte, soll unter Bedingungen des Spätkapitalismus auch für SCHAUER den Arbeitern nicht mehr zum Vorteil gereichen. Die institutionelle Festigung und Stärkung der Gewerkschaften soll nur für die Interessen des Kapitals von Bedeutung sein:

"Mit der Institutionalisierung des Klassenkampfes sind auch die Organisationen des Klassenkampfes zu Institutionen geworden. Ihre halböffentliche Struktur entspricht ihrer Stellung im Spätkapitalismus. Sie wirken an einer Verteilung sozialer Entschädigungen, an der Integration der Produzenten in die gesellschaftliche Produktion mit - Aufgaben, die ohne eine gewisse Zustimmung der Abhängigen nicht mehr effektiv gelöst werden können." (18)

Alle diese sich marxistisch nennenden Erklärungsversuche des Verhältnisses der Gewerkschaften zum demokratischen Staat reden - indem sie alle Phänomene aus einem wie immer verstandenen kapitalistischen "Systeminteresse" erklären - gar nicht mehr von der Gewerkschaft. Daß die Bindung der Gewerkschaften an den Staat eine "systemstabilisierende Funktion" hat, erklärt noch lange nicht, warum die gewerkschaftlich organisierten

(17) Ebda., S. 65

(18) H. SCHAUER, a.a.O., S. 180

Arbeiter eine solche Integration befürworten. Anstatt die Forderungen an den Staat aus den Interessen der Arbeiter in ihrer ökonomischen Abhängigkeit von der Lohnarbeit zu erklären, müssen merkwürdigerweise die Interessen der Kapitalisten herhalten, um diejenigen der Arbeiter zu bestimmen. So sollen die Gewerkschaften nach ESCHENHAGEN im Interesse des Kapitals die "Funktion eines Ordnungsfaktors" erfüllen, "indem sie beispielsweise die Arbeiterklasse im Sinne ausgehandelter Kompromisse disziplinieren " (19). Dementsprechend soll es zur "Strategie der Bourgeoisie im Klassenkampf" gehören, "den gewerkschaftlichen Kampf auf die ökonomische Interessenvertretung zu beschränken" (20). Und es muß aus dieser Sichtweise ungeklärt bleiben, warum gerade die Gewerkschaften ein Interesse daran haben, "ihre ökonomische Funktionsbestimmung heute weitgehend mit bürgerlichen Systemsicherungsstrategien (Reformismus, Sozialstaatsideologie u.s.w.) zur Deckung" zu bringen (21).

Auch bei SCHMIDT findet sich keine Begründung dafür, warum es sich den gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gefallen lassen, daß ihre Organisation die "Loyalität der breiten Massen" an das System zu binden versucht, um dadurch zu verhindern, daß eine größere Unzufriedenheit der Gewerkschaftsmitglieder sich gegen das System richtet:

"Die Gewerkschaften haben also - vom Interesse dieses Systems her gesehen - die doppelte Funktion, die fraglose Folgebereitschaft derer, die sie vertreten, zu erhalten und andererseits im Interesse der Stabilität vertretbare materielle Kompromisse auszuhandeln, die das Wachstum von der Nachfrage her stützen." (22)

(19) W. ESCHENHAGEN, a.a.O., S. 14

(20) Ebda., S. 14

(21) Ebda., S. 14

Wenn der Staat ständig versuchen muß, einen Ausgleich zwischen den Ansprüchen der verschiedenen Verbände zu schaffen, so kann dies keinesfalls als Grund für die organisierten Arbeiter herhalten, sich in ihren Ansprüchen zu beschränken. Die Analyse der spontanen Streikbewegungen hat deutlich gemacht, daß die Forderung des Staates an die Gewerkschaften, die wirtschaftliche Situation "nicht zu übermäßigen Lohnforderungen" auszunutzen, mit den Interessen der Arbeiter nicht unmittelbar identisch ist. Dennoch haben diese Auseinandersetzungen aber auch gezeigt, daß die Arbeiter keine grundsätzliche Kritik an der Kooperation von Gewerkschaftsführung und Staat anzubringen haben (23). Insofern muß zwangsläufig - und das kann schon an dieser Stelle gesagt werden - die von SCHMIDT erhobene Forderung an die Gewerkschaft von den Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus zu einer hohlen Alternative werden:

"Entweder akzeptieren sie die staatlich aufgewungene Rolle eines Reaktionszentrums der staatlichen Wirtschaftspolitik und setzen auf Kooperation mit dem Staat: dann riskieren sie den Konflikt mit den eigenen Mitgliedern. Oder sie besinnen sich auf ihre Rolle als Aktionszentrum der Lohnabhängigen und setzen auf die Kooperation mit dem politisierten Teil der Arbeiterschaft ."
(24)

Daß die Arbeiter im Gegensatz zu solchen Einschätzungen ihre gewerkschaftliche Organisierung sehr wohl mit einer grundsätzlich positiven Stellung zum Staat zu vereinen wissen, zeigt schon die alltägliche gewerk-

(22) E. SCHMIDT, a.a.O., S. 8

(23) Vgl. M. SCHUMANN u.a., Am Beispiel der Septemberstreiks, a.a.O., S. 58 ff

(24) E. SCHMIDT, a.a.O., S. 10

schaftliche Praxis insbesondere dort, wo es sich um eine von Sozialdemokraten geführte staatliche Regierung handelt. Nur wer die Gewerkschaft ständig als etwas anderes sehen will, kann die Vorteile einer solchen kooperativen Politik für die Arbeiter gänzlich leugnen:

"Mit der Existenz einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung wirkt sich die enge Verflechtung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften auf die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften und ihrer Funktionäre lähmend aus." (25)

3. Staatsbezogene Interessen der Arbeiter

Den genannten marxistischen Autoren ist es ein Ärgernis, daß die Gegnerschaft der Gewerkschaften gegenüber dem Kapital die gleichzeitige Loyalität gegenüber der kapitalistischen Gesellschaft einschließt. Den Gewerkschaften wird das marxistische Wissen um den Charakter des bürgerlichen Staates entgegengehalten und das Unverständnis darüber zum Ausdruck gebracht, daß die Gewerkschaften einem solchen Staat ihr Vertrauen schenken. Weil es diesen Marxisten erst gar nicht in den Sinn kommt, eine solche Haltung mit den Interessen der Masse der Gewerkschaftsmitglieder in Verbindung zu bringen, kann die Verhandlungsbereitschaft der Gewerkschaften gegenüber dem demokratischen Staat nur aus einem Vertrauen der Gewerkschaftsführung erklärt werden. So fällt die Kritik noch recht glimpflich aus, wenn der Gewerkschaftsbürokratie die bloße Unkenntnis der marxistischen Theorie zum Vorwurf gemacht wird:

"Die ungenügende Kritik des herrschenden Gesellschaftssystems und seiner Gesetzmäßigkeiten ist eine wesentliche Ursache der schwankenden Haltung führender Gewerkschaftler zur Politik ..." (26)

Große Teile der Gewerkschaftsführung sollen der "bürgerlichen Theorie" erlegen sein, welche die Gewerkschaften daran hindert, ihre Klassenkampffunktionen wahrzunehmen:

"Eine Hauptrolle spielt dabei die bürgerliche Theorie von einer angeblichen 'modernen Industriegesellschaft', deren 'Technostruktur' klassenindifferent sei ... Diese Theorie ist die offene Aufforderung an die Gewerkschaft zum Konformismus mit dem spät-kapitalistischen Herrschaftssystem." (27)

Schärfer geht PAPCKE mit der Gewerkschaftsführung ins Gericht, wenn es heißt, daß der DGB seit seiner Gründung "alles getan" habe, "um dem Allgemeinwohl, also dem kapitalistischen Status quo zu dienen" (28). Auch für PAPCKE ist die "Passivität des DGB mit Hilfe einer Sozialtheorie fundiert, die sich ausschließlich bürgerlicher Analysen bedient" (29). Die Integration der Gewerkschaften in die bürgerliche Gesellschaft soll nach diesen Aussagen durch "Imitation eines von Ralf Dahrendorf popularisierten Konfliktmodells" bewirkt worden sein:

(26) H. SCHÄFER, Einige Gesichtspunkte zu Rolle und Aufgaben der Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 9

(27) J. LEDWOHN, Schutz- und Gestaltungsfunktionen der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, in: LEDWOHN / SEEGER (Hrsg.), Gewerkschaften - Standort und Perspektive, a.a.O., S. 15.

Es ist bezeichnend, daß eine solche vorsichtige Kritik im wesentlichen von DKP-Autoren geübt wird. Wird auf der einen Seite diese Kritik nur gegenüber einigen "rechten" Gewerkschaftsführern geäußert, so wird auf der anderen Seite ein Optimismus an den Tag gelegt, dem gleich anzumerken ist, daß man es sich mit den Gewerkschaften nicht verderben will:

"In den Gewerkschaften selbst ist, trotz erheblichen Einflusses bürgerlicher Theorien, das Klassendenken erhalten geblieben, und es hat die Chance, sich weiter-zu-entwickeln." (Ebda., S. 17)

(28) S.G. PAPCKE, a.a.O., S. 15

(29) Ebda., S. 17

"Indem von einem generell vorhandenen Grundkonflikt ausgegangen wird, ist zwar die wirkliche Negativität im Konfliktbegriff präsent; gleichzeitig aber tritt er als factum biologicum auf, so daß die gesellschaftliche Verursachung auftretender Konflikte außer Sicht gerät." (30)

Wo der Einfluß der bürgerlichen Theorien nicht aus der objektiven Stellung der Gewerkschaft zu Ökonomie und Staat bestimmt werden kann, kann der Gewerkschaft als Versäumnis vorgehalten werden, die Lohnabhängigen nicht in "antikapitalistischer Offensive" unterrichtet zu haben (31), um dann von ihr zu fordern, daß sie "durch eine herausfordernde Demonstrationstechnik dem Arbeiter die Profitmechanismen aufdeckt und zugleich in Betrieb und Arbeiterschulung sozialistische Kader herauszieht" (32).

Die Etablierung der Gewerkschaften als Institution in der bestehenden Gesellschaft läßt sich auch für WYNIGER als Ausdruck ihrer falschen Theorien fassen. Er kritisiert am Düsseldorfer Grundsatzprogramm von 1963 die fehlende "wissenschaftliche Gesellschaftsanalyse", an deren Stelle nur einige "abstrakt-allgemeine Formeln" stehen:

"Statt dessen wird dem Programm eine zweieinhalbsseitige 'Präambel' vorangestellt, die politische Leerformeln, unverbindliche ethische Appelle oder Teilaussagen über gesellschaftliche Aspekte enthält." (33)

Der DGB - Führung wird von WYNIGER der Vorwurf gemacht, von falschen nationalökonomischen Theorien infiziert zu sein:

(30) Ebda., S. 18

(31) Ebda., S. 18

(32) Ebda., S. 21

(33) W. WYNIGER, Zur Ökonomie der Unterordnung - Stablisieren die Gewerkschaften den Kapitalismus? in: Anpassung oder Widerstand?, a.a.O., S. 51

"Die DGB - Führung hat sich - drei Jahre vor der Regierung der Großen Koalition - die 'Neue Ökonomie' von J.M. Keynes zu eigen gemacht; sie glaubt an die unbegrenzte und elastische Manipulierbarkeit des Kapitalismus und vertraut darauf, daß sich dieser Staat unter Beibehaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse in eine 'soziale Demokratie' verwandeln läßt." (34)

Daß auch die in den DGB - Gewerkschaften organisierten Arbeiter an eine positive Veränderbarkeit des kapitalistischen Systems durch den demokratischen Staat glauben, wird von den Autoren von vornherein als Erklärungsmöglichkeit ausgeschieden. Da die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bereits von ihren subjektiven Interessen her als revolutionär unterstellt sind, muß jedes diesem zuwiderlaufende praktische Verhalten der Arbeiter seinen Grund in etwas anderem haben: die vom Klassengegner korrumpierte Führung wird für den nicht-revolutionären Zustand verantwortlich gemacht. Doch hiermit ist keine Erklärung dafür gegeben, warum ihr ein solches Verhalten als Gewerkschaftsführung möglich gemacht wird. Denn zum "Verrat" an den revolutionären Interessen der Arbeiter sind beide Seiten vonnöten: diejenigen, die einen solchen Verrat durchführen wie auch diejenigen, die sich verraten lassen (35). Das Verhalten der Gewerkschaftsführung verweist somit notwendig zurück auf die Masse der gewerkschaftlich organisierten Mitglieder, die ein begründetes Interesse daran haben müssen, das kooperative Verhalten der Ge-

(34) Ebda., S. 52

(35) Hiermit soll nicht die Existenz von korrupten Gewerkschaftsführern geleugnet werden. Insbesondere die gewerkschaftliche Praxis in den USA weist genügend solcher Beispiele auf. Mit diesen Darstellungen kann jedoch keinesfalls geklärt werden, warum sich die Arbeiter eine derartige Verbandsführung gefallen lassen.

werkschaftsführung gegenüber dem demokratischen Staat zu unterstützen.

4. Zur staatlich garantierten Tarifautonomie

In einigen marxistischen Gewerkschaftsanalysen wird der Mangel erkannt, die Bestimmung der Gewerkschaften lediglich auf das Verhalten des bürokratischen Apparats zu reduzieren. So wird von BERGMANN u.a. kritisiert, daß der Hinweis auf

"positionsbedingte Interessen des gewerkschaftlichen Führungspersonals wenig zur Erklärung der gewerkschaftlichen Politik beitragen kann. Wer der 'Arbeiterbürokratie' Verrat und Korruption vorwirft, hat noch nicht erklärt, unter welchen Bedingungen ein solches Verhalten möglich ist und von den Mitgliedern hingenommen wird." (36)

Da die Gewerkschaften freiwillige Mitgliederorganisationen sind - so argumentieren die Autoren - beruht die organisatorische Handlungsfähigkeit "sowohl auf der Folgebereitschaft wie auf der Mobilisierbarkeit einer breiten Mitgliederbasis" (37).

"Als freiwillige Mitgliederorganisationen müssen die Gewerkschaften - seien sie noch so bürokratisch, zentralistisch und undemokratisch organisiert - dominante Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Andernfalls sind von den Mitgliedern negative Reaktionen (Ablehnung von Beitragserhöhungen, Abwahl von Funktionären, spontane Arbeitsniederlegungen, Austritte) zu erwarten, die die Funktionsfähigkeit in gewerkschaftlichen Organisationen wie auch ihre Verpflichtungsfähig-

(36) J. BERGMANN, O. JACOBI, W. MÜLLER-JENTSCH, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 19f

(37) Ebda., S. 19

keit gegenüber den Vertragskontrahenten beeinträchtigen." (38)

Nach Ansicht der Autoren ist mit der Ausdehnung des gewerkschaftlichen Organisationsbereiches zugleich die Entwicklung hin zu einer "institutionellen und rechtlichen Einfriedung des Klassenkampfes" einhergegangen, da von seiten des Staates die Organisation der Lohnarbeiter und Kapitalisten als Interessenverbände "anerkannt und rechtlich legitimiert" werden:

"Zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden werden Regeln einer kontrollierten Konfliktaustragung vereinbart. Die Regelungsmechanismen sind Tarifverhandlungen, Schlichtungen und - als ultima ratio - Arbeitskämpfe." (39)

(38) Ebda., S. 19

Damit sind auch alle Theorien widerlegt, die die Integration der Gewerkschaft in die spätkapitalistische Gesellschaft auf einen "Mangel an innergewerkschaftlicher Demokratie" zurückführen wollen.

Vgl. hierzu: G. BOSCH, Wie demokratisch sind Gewerkschaften? Berlin 1974. In dieser Untersuchung der Willensbildung auf den Gewerkschaftstagen 1968 und 1971 der Industriegewerkschaft Metall kann der Autor zwar zu dem Schluß kommen, daß die innerverbandliche Willensbildung "nur mit erheblichen Einschränkungen als demokratisch bezeichnet werden" kann (S. 118), er muß aber zugleich zugestehen, daß auch die Mitgliederaktivität "in den westdeutschen Gewerkschaften sehr gering ist" (S. 115). Insofern kann sich auf den Gewerkschaftstagen der Vorstand nur deshalb so stark behaupten, weil "nur wenige der hauptamtlichen Funktionäre ... einer aktiven Mitgliedschaft verpflichtet und damit auch vom Vorstand unabhängiger geworden sind" (S. 117). Damit wird die Kritik von BOSCH an der Gewerkschaftsführung an die Mitglieder selbst weitergegeben:

"Innergewerkschaftliche Demokratie in der Gesamtorganisation ist also immer vom Grad der Entwicklung der Mitgliederbeteiligung an der Gewerkschaftsarbeit zunächst im Betrieb und dann in den Ortsverwaltungen und auf anderen Entscheidungsebenen in der Gewerkschaft abhängig." (S. 120)

(39) J. BERGMANN u.a., a.a.O., S. 23

Obwohl BERGMANN u.a. den Anspruch haben, die "Institutionalisierung des Klassenkonflikts" aus den Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu erklären, ist doch nur wieder von den "Systeminteressen" die Rede, die für die "Verrechtlichung des Arbeitskampfes" verantwortlich gemacht werden:

"Die konfliktregelnden und normsetzenden Mechanismen der Tarifautonomie und die sie überformenden, eingrenzenden und einhegenden Rahmenbedingungen sollen durch die politische Neutralisierung des Klassenkonflikts generell die Intensität der Klassenauseinandersetzungen mindern." (40)

Anstatt deutlich zu machen, warum Lohnarbeiter an einer vom Staat gesetzlich abgesicherten Auseinandersetzung mit dem Unternehmer interessiert sind, wird von den Interessen des Staates aus argumentiert, dem nach Ansicht der Autoren bloß an einer Kanalisierung der Arbeiterinteressen gelegen ist:

"Die Dynamik von Arbeitskämpfen unter Kontrolle zu halten, ist somit als ein Dauerproblem des staatlichen und rechtlichen Institutionensystems kapitalistischer Gesellschaften mit demokratischer Verfassung anzusehen." (41)

Obwohl die Gewerkschaften nach Meinung der Autoren ihre Verhandlungen mit dem Staat vor den Mitgliedern legitimieren müssen, wird an keiner Stelle ein Grund dafür genannt, der die Arbeiter zu einer positiven Stellung zu einer "staatlich garantierten Tarifautonomie" veranlassen könnte. Dennoch werden von BERGMANN u.a. selbst Hinweise gegeben, welche darauf schließen lassen, daß die Tarifautonomie sehr wohl für die gewerkschaftlichen Reproduktionskämpfe der Arbeiter von großer Bedeutung ist. Denn die "freie Betätigung der Arbeiterkoalition-

(40) Ebda., S. 24

(41) Ebda., S. 24

nen" mußte "in einem langwierigen historischen Prozeß" erkämpft werden:

"Die staatliche und soziale Anerkennung der Tarifautonomie vollzog sich in drei Stufen: In der ersten Stufe stand das Recht, sich kollektiv zu organisieren, in der nächsten stand die Anerkennung der Mittel der Auseinandersetzung, insbesondere des Arbeitskampfes, schließlich folgte die positive Sanktionierung der Vereinbarungen zwischen den Organisationen, der Tarifverträge." (42)

Die Tarifautonomie ist Ausdruck des in Art. 9 III GG gewährleisteten Rechts, "zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden". Hiernach wird vom Staat die Regelung der Arbeitsbedingungen den Tarifpartnern überlassen. Für die Mitglieder der Tarifpartei 'Gewerkschaft' bedeutet dies die Garantie des Staates, Vereinbarungen mit den Unternehmern entsprechend ihrer jeweiligen Kampfstärke selbständig und unabhängig vom Einwirken des Staates aushandeln zu können. Daß die von beiden Tarifpartnern erzielten Ergebnisse vom Staat gesetzlich sanktioniert werden, ist für den Lohnarbeiter eine positive Notwendigkeit: die rechtliche Sicherung der Höhe des Arbeitslohns ist ihm die Voraussetzung für den Gebrauch der Arbeit als Einkommensquelle. Da aufgrund der Konkurrenzverhältnisse auf dem Markt der Reproduktionszweck des Arbeiters ständig gefährdet ist, ist der Arbeiter (wie auch der Unternehmer) auf die allgemeine Macht des Staates angewiesen. Der Lohnarbeiter muß ein Interesse daran haben, daß mit staatlicher Gewalt die Ergebnisse der Konkurrenz gesichert werden, weil sonst die in der Konkurrenz verfolgten Zwecke des Arbeiters durch die Konkurrenz selbst vereitelt würden. Die "Verrechtlichung des Arbeitskampfes"

ist somit nicht - wie die marxistischen Autoren behaupten - aus einem Gegensatz zu den Interessen der Arbeiter zu erklären, sondern aus den Interessen der Arbeiter selbst, ihre durch die Bewegung der Konkurrenz immer wieder in Frage gestellten Verhandlungsergebnisse mit den Unternehmern staatlich abzusichern. Da der gewerkschaftliche Arbeitskampf nur eine vorübergehende Aufhebung der Konkurrenz unter den Arbeitern bedeutet, sind die tariflichen Erfolge durch den Existenzkampf der Lohnarbeiter selbst ständig bedroht. (43)

BERGMANN u.a. weisen darauf hin, daß mit der Gewährung der Tarifaufonomie zugleich der Versuch des Staates einhergeht, diese zuungunsten der Lohnarbeiter einzugrenzen:

"Mit der Ausgliederung einer gesonderten Sphäre der gruppenautonomen Konfliktregelung und Normsetzung in den Austauschbeziehungen zwischen Kapital und Arbeit wird eine gegenläufige Entwicklung sichtbar. Gesetz und Rechtsprechung garantieren nicht nur die Tarifaufonomie, sondern strukturieren und grenzen sie zugleich ein. Dies geschieht einmal, indem der Staat Gegenstände, die der Tarifaufonomie an sich zugänglich sind, selbst normiert ... zum anderen, indem Gesetz-

(43) So haben die bevorstehenden Massenentlassungen bei VW im Frühjahr 1975 gezeigt, daß die Arbeiter in einer solchen Krisensituation auf die Wahrnehmung betrieblicher Rechte verzichteten, um der Firmenleitung keinen Vorwand für ihre Entlassung zu geben. Der Lohnrahmentarifvertrag II des Tarifbezirkes Nordwürttemberg / Nordbaden hat der Konkurrenz der Arbeiter untereinander Rechnung getragen in § 6.3.2., wonach Arbeitgeber und Betriebsrat wichtige Bestimmungen außer Kraft setzen können, wenn sie es im Hinblick " auf ökonomische Zwänge für geboten halten". Damit konnten die außerordentlichen Erfolge wieder zurückgenommen werden, die von der IG-Metall im Tarifkampf 1973 durchgesetzt worden waren.

(Vgl. Der Gewerkschafter, Nr. 11 / 1973)

sprechung und Rechtsprechung Rahmenbedingungen und Prinzipien fixieren, nach denen Verhandlungen, Schlichtungen und Arbeitskämpfe abzuwickeln sind." (44)

Wo von staatlichen Eingrenzungen des Arbeitskampfes die Rede ist, wird von den Autoren übersehen, daß die Maßnahmen nicht einseitig gegen die Arbeiterinteressen gerichtet sind. Die Rechte der Unternehmer auf die Wahrung ihrer wirtschaftlichen Bedingungen müssen vom Staat in gleicher Weise wie die der Lohnarbeiter gesichert werden. Die inhaltlichen Ziele beider Tarifparteien haben ihre Schranke an der Tätigkeit des Staates, die auf die Sicherung der allgemeinen Verhältnisse der Konkurrenz gerichtet ist (45).

5. "Kooperative" und "konfliktorische" Gewerkschaftspolitik

Daß die positive Stellung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu den Maßnahmen des Staates einen rationalen Grund hat, wird auch von BERGMANN u.a. angeführt:

"Wichtig ist indessen, daß auch eine quantitative Beschäftigungs- und Wachstumspolitik ein politisches Befriedigungsmaterial erzeugen kann,

(44) J. BERGMANN u.a., a.a.O., S. 23 f

(45) Daß alle Maßnahmen des bürgerlichen Staates die Aufrechterhaltung des Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital bewirken, ist eine Aussage, die nur vom Resultat der Analyse her zu machen ist: Erst vermittelt über die Aufrechterhaltung der Bedingungen der freien Konkurrenz, welche die Reproduktionsinteressen von Kapitalist und Arbeiter gleichermaßen zu sichern sucht, wird der Staat zum Klassenstaat. Mit dem Versuch des Staates, die Reproduktionsbedingungen zu sichern, erklärt sich auch, warum die Arbeiter gerade aufgrund ihrer ökonomischen Abhängigkeit als Lohnarbeiter einen positiven Bezug auf die Leistungen des Staates entwickeln können.

wenn damit traditionelle Forderungen der Arbeiterorganisationen nach Vollbeschäftigung und Lohnerhöhung erfüllt werden." (46)

Hiermit wird von den Autoren zugestanden, daß die gewerkschaftlichen Erfolge nicht nur über Tarifaufinandersetzungen mit den Unternehmern, sondern auch über die Tätigkeit des Staates vermittelt sind, da nicht zu übersehen ist, daß die "ökonomischen Organisationen der Arbeiter" über eine "Verhandlungsmacht" verfügen, "mit der sie einen Anteil an Produktionsfortschritten durchsetzen können" (47)

BERGMANN u.a. unterscheiden zwischen einer "kooperativen" und "konfliktorischen" Gewerkschaftspolitik, die sich wesentlich durch ihre Bezugnahme auf den Staat voneinander abheben. Im Gegensatz zu kooperativen Gewerkschaften lehnen konfliktorische "eine Einbettung ihrer Lohnpolitik in die konjunkturpolitische Wirtschaftssteuerung ab" (48). Dennoch muß nach den Aussagen der Autoren in Rechnung gestellt werden, daß auch eine konfliktorische Gewerkschaftspraxis "von den primären und manifesten Interessen der Lohnabhängigen ausgehen" muß (49). Es wird sogar ein Beispiel dafür genannt, wonach die Gewerkschaften gezwungen sind, aufgrund der Gefährdung der Reproduktion des Arbeiters eine Kooperation mit dem Staat einzugehen:

"Differenzierter ist die Situation bei vorherrschender Arbeitslosigkeit. In diesem Falle kann das Lohninteresse hinter das Arbeitsplatzinteresse zurücktreten und eine kooperative Politik stützen." (50)

(46) J. BERGMANN u.a., a.a.O., S. 25

(47) Ebda., S. 25

(48) Ebda., S. 28

(49) Ebda., S. 31

(50) Ebda., S. 31

Der versprochene Nachweis einer Gewerkschaftspolitik ohne positive Bezugnahme auf den Staat und das von diesem vertretene wirtschaftliche Gesamtwohl kann von BERGMANN u.a. nicht erbracht werden. Was sie aufzeigen, sind lediglich Varianten einer unterschiedlich starken Affirmation des demokratischen Staates: konfliktorische und kooperative Gewerkschaftspolitik tragen ihren Gegensatz zum Kapital nur in verschiedenen Formen aus, wobei ihnen die prinzipielle Anerkennung der kapitalistischen Verhältnisse gemeinsam ist, was auch von den Autoren zugestanden wird:

"Beide Typen von Gewerkschaft betreiben eine Politik auf dem Boden des kapitalistischen Wirtschaftssystems, das sie nur in ihren Programmen ideell überschreiten. Für Strategie und Tagespraxis bleibt dieses Ziel weitgehend irrelevant. Ihre Tagespraxis ist zentriert um traditionelle ökonomische Interessen." (51)

Auch wenn eine konfliktorische Gewerkschaftspolitik den Interessengegensatz schärfer austrägt und versucht, auch als Interessensverband den Staat unter einen stärkeren Druck zu setzen, werden ihre Grenzen dennoch von den Interessen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter bestimmt. Gerade weil der gewerkschaftliche Kampf - wie es die Autoren selbst anführen - "von den primären und manifesten Interessen der Lohnabhängigen" bestimmt wird, ist die grundsätzliche Affirmation des Staates die zwangsläufige Folge. Da jedoch BERGMANN u.a. die objektive Konkurrenzsituation der Lohnarbeiter und die damit verbundene ständige Gefährdung ihrer Existenz nicht ernst nehmen, können sie es für die gewerkschaftliche Praxis für ein Leichtes halten, sich über die notwendige Kooperation mit dem Staat hinwegzusetzen. Obwohl sie selbst darauf hinweisen, daß auch eine kon-

fliktorische Gewerkschaftspolitik auf der Basis der bestehenden kapitalistischen Verhältnisse operieren muß, soll sie dennoch zu antikapitalistischen Resultaten führen.

Und so begeben sich die Autoren in den Widerspruch, einerseits den "integratorischen" Charakter auch der konfliktorischen Gewerkschaft zuzugeben, andererseits aber - weil man offensichtlich seinen revolutionären Anspruch an die Gewerkschaft nicht aufgeben will - zumindest eine systemverändernde Möglichkeit zu unterstellen:

"Die konfliktorische Gewerkschaft verschärft mit ihrer Praxis in der Regel objektive Krisensituationen und erfordert Mitgliedermobilisierung, die zu kollektiven Erfahrungen und Lernprozessen führen kann; insoweit sich diese Effekte einstellen, ist diese Gewerkschaftspraxis objektiv antikapitalistisch." (52)

Es bleibt der theoretischen Willkür von BERGMANN u.a. überlassen, wie eine objektiv - wie auch von den subjektiven Interessen der Mitglieder her gesehen - systemimmanente gewerkschaftliche Politik zugleich ein völlig anderes Ziel verfolgen kann:

"Nicht jedoch radikale Rhetorik, sondern erst eine bewußt emanzipatorische Praxis macht revolutionäre Gewerkschaften aus - eine Praxis, über die sich abstrakt soviel sagen läßt, daß in ihr Tageskämpfe und Reformstrategien auf das sozialistische Endziel, die Befreiung der Arbeiterklasse ausgerichtet sein müssen." (53)

(52) Ebda., S. 33

(53) Ebda., S. 34

6. Scheitern der Gewerkschaftspolitik als Voraussetzung für Klassenkampf

Da die Kooperation der Gewerkschaften mit dem demokratischen Staat den eigenen Vorstellungen von einer revolutionären Gewerkschaft zuwiderläuft, werden dementsprechend die Erwartungen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gar nicht erst ernst genommen, sondern gleich als bloße Fehlleistungen abqualifiziert. Weil solche Bindungen nach Ansicht der Autoren der PROBLEME DES KLASSENKAMPFS nicht sein dürfen, wird auch die Tätigkeit des Staates in Bezug auf die Gewerkschaft in ihren faktischen Auswirkungen geleugnet und nur noch als "Ausgangspunkt von Illusionen" für den Arbeiter behandelt (54). Die Integration in den bürgerlichen Staat steht dem revolutionären Anspruch der marxistischen Autoren im Wege, und so ist die Bezugnahme auf den Staat nur insoweit von Interesse, als sie ein Hindernis für die revolutionäre Entwicklung der Gewerkschaft darstellt. Daß die Arbeiter vom Staat "als freie, gleiche, mit allen politischen Rechten ausgestattete Staatsbürger" anerkannt werden (55), wird von den Autoren nicht weiter auf die Bedeutung für den gewerkschaftlichen Kampf hin untersucht. Vielmehr wird die staatliche "Anerkennung des Arbeiters als Warenverkäufer" seiner Arbeitskraft als Betrugsmanöver hingestellt, welches

"die Illusion befördert, der Staat stehe über der Gesellschaft und könne durch einen entsprechenden Druck (sei es vermittels der Gewerkschaften, sei es vermittels politischer Parteien) zu einem Handeln gezwungen werden, das die Si-

(54) Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftsarbeit, a.a.O., S. 61

(55) Ebda., S. 63

tuition der Arbeiter grundlegend ändert." (56)

Daß die von den Autoren der PROKLA selbst angeführte "staatliche Garantie seiner Verkaufsbedingungen" für die konkurrierenden Lohnarbeiter eine wesentliche Voraussetzung ihrer Reproduktion darstellt, kann nur von denen geleugnet werden, die diese Tätigkeit des Staates an etwas ganz anderem messen, nämlich an dem, was die objektive Situation der Arbeiter "grundlegend ändert". Weil der gewerkschaftliche Kampf "um die Verteilung des Sozialprodukts" nach Ansicht der Autoren dazu führt, "die Bedingtheit der staatlichen Politik durch die Gesetze der Kapitalreproduktion aus dem Blick schwinden" zu lassen (57), können auch die wahrgenommenen "Teilerfolge" einer solchen kooperativen Gewerkschaftspolitik den Gewerkschaften als Negativum angerechnet werden.

Die von der ökonomischen Situation des Lohnarbeiters her notwendige Sicherung der Konkurrenzbedingungen durch den Staat und die darauf zielende Politik der Gewerkschaften wird diesen bezeichnenderweise als Abkehr von ihren eigentlichen Aufgaben vorgeworfen und als "bürgerliche Formen" ihrer Politik denunziert: "Reduktion auf Verhandlung, reine Stellvertreterpolitik der Arbeiterinteressen, repräsentatives Handeln" (58).

Anstatt zu erklären, aufgrund welcher Bedingungen der Arbeiter gezwungen ist, sich an eine außerökonomische Instanz zur Sicherung seiner Reproduktion zu wenden, wird die Gewerkschaft in einer Weise kritisiert, als ob es lediglich dem bösen Willen ihrer Führer zu verdanken sei, sich mit positiven Appellen an den Staat

(56) Ebda., S. 63

(57) Ebda., S. 63

(58) Ebda., S. 64

zu wenden. Dennoch wissen die Autoren, daß auch die Arbeiter nicht ohne Grund einer solchen Politik ihrer Führung zustimmen:

"Mit dem Eintritt der SPD in die Regierung waren bei den Arbeitern offensichtlich Vorstellungen vorhanden, daß die sozialdemokratische Regierungspolitik Veränderungen im gesellschaftlichen Gefüge zugunsten der Arbeiter durchsetzen könnte." (59)

Weil die Autoren der PROKLA die Befürchtung haben, daß alle Maßnahmen des Staates zugunsten der Reproduktion der Arbeiter diese von ihren revolutionären Aufgaben abhalten könnten, werden die gewerkschaftlichen Erwartungen an eine sozialdemokratische Reformpolitik als Ausdruck des bornierten Verhaltens der Gewerkschaftsführung denunziert. Die Unsinnigkeit einer solchen Kritik wird dort am deutlichsten, wo aus der bloßen Tatsache, daß in der bürgerlichen Gesellschaft eine getrennte politische Sphäre existiert, in der stellvertretend für die Bürger gehandelt wird, der Gewerkschaft ein Vorwurf gemacht wird:

"Es gehört nun zum gewerkschaftlichen Reformismus, daß (statt durch eigene Aktionen) Veränderungen über die Gesetzgebung der sozialdemokratischen Regierung erwartet und so wesentliche Interessen, deren Wahrnehmung und Durchsetzung, an die sozialdemokratische Regierung delegiert werden." (60)

Da die Autoren der PROKLA jede Notwendigkeit eines positiven Bezugs der Gewerkschaften auf den Staat leugnen, kann ihr falscher Anspruch wieder nur zu gewerkschaftsfeindlichen Konsequenzen führen: zur Verwandlung der Gewerkschaften in eine revolutionäre Kampf-

(59) Ebda., S. 78

(60) Ebda., S. 78

organisation müssen sich solche Marxisten nicht nur ein Scheitern der gewerkschaftlichen Kooperation mit dem Staat wünschen, sondern sich sogar von einer offenen Unterdrückung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter durch den staatlichen Machtapparat Vorteile versprechen:

"Damit findet jedoch das reformistische Bewußtsein eine Schranke in der Zuspitzung der Konflikte im Akkumulationsprozeß, der verschärften Ausbeutung durch das Kapital (Arbeitslosigkeit, Lohndruck, Arbeitsintensivierung, offene Despotie des Einzelkapitalisten) und Unterdrückung durch den staatlichen Repressionsapparat. Auf diesem Hintergrund muß auch die Möglichkeit der Auflösung von 'arbeitsgemeinschaftlichen Vorstellungen' oder die mögliche Aufkündigung einer Zusammenarbeit Staat / Kapital - Gewerkschaften gesehen werden." (61)

Nicht nur, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in ihren Auseinandersetzungen mit dem Kapital keinen Erfolg haben sollen, sondern den Autoren kommt sogar noch ein Polizeieinsatz bei spontanen Streiks gelegen, um dadurch ihre eigenen Zielvorstellungen zu realisieren (62). Daß die Enttäuschungen, welche der Arbeiter an Hand der staatlichen Maßnahmen erleben soll, gar nicht notwendig zu dem gewünschten Ergebnis führen müssen, läßt sich den Ausführungen der Autoren noch einmal selbst entnehmen. Die Autoren der PROKLA wissen sehr genau, daß die von der sozialdemokratischen Reformpolitik enttäuschten

(61) Ebda., S. 64

(62) Solche Ausführungen geben gerade denen recht, welche den Kommunisten ein Interesse daran unterstellen, daß es den Menschen erst schlechter gehen müsse, um eine Revolution machen zu können.

Arbeiter auch zu ganz anderen Reaktionen kommen können als es sich die Autoren wünschen. Denn die Lohnarbeiter können ebenfalls zu dem Schluß kommen, daß an Stelle einer reformerischen nun eine konservative Politik nottue:

"Wenn nunmehr über die Erfahrung von Inflation und drohender Arbeitslosigkeit diese Erwartung nachhaltig enttäuscht wird, vielmehr die SPD offensichtlich nicht einmal besser als die CDU die ökonomischen Probleme zu lösen versteht, so ist darin die Möglichkeit eingeschlossen, daß sich Arbeiter sogar jener Partei (erneut?) zuwenden, die Repräsentant einer prosperierenden Phase der ökonomischen Entwicklung zu sein scheint. Auch in dieser Hinwendung zur CDU wird - wenn sie partiell erfolgt - noch davon ausgegangen, daß es für den Staat möglich sei, die Ökonomie zu beherrschen, und daß es offensichtlich das Versagen der jeweiligen Regierungspartei ist, das die Krise und Verschlechterung der Lage der Arbeiter herbeigeführt hat." (63)

Daß die "Loyalitätskonflikte" gegenüber einer sozialdemokratisch geführten Regierung gerade keine Revolutionierung der Lohnarbeiter zur Folge haben müssen, wird auch von ECKART u.a. ausgeführt. Wenn vom Staat die Reproduktionsansprüche der Arbeiter nicht hinreichend befriedigt werden können, ist nach Ansicht der Autoren "ein Rückzug von der politischen auf die ökonomische Sphäre plausibel" (64), was nichts anderes bedeutet, als daß die Arbeiter auch einer reaktionären Regierungspartei das Feld überlassen. Damit wird zugegeben, daß in einer allgemeinen Krisensituation gerade nicht die von den Autoren gewünschte "Vorstellung vom Staat als Klassegegner" bei den Arbeit-

(63) Redaktionskollektiv Gewerkschaften, a.a.O., S. 78

(64) Ch. ECKART, R. HERDING u.a., a.a.O., S. 46.

tern entsteht, sondern das genaue Gegenteil, die "Identifikation" der Arbeiter mit einem "starken Staat", eintritt:

"Von daher erscheint Teilen der Arbeiterklasse eine Kritik an der Sozialdemokratie durch politischen Rechtsruck nicht absurd." (65)

Auch die Autoren des SOZIALISTISCHEN BÜROS wissen, daß die Lohnabhängigen in einer Krise "erheblich verunsichert" werden (66), und die Gewerkschaften aufgrund der "defensiven Reaktion der Arbeiter auf die Krise" eine "systemkonforme Politik" gegenüber dem Staat betreiben müssen (67). Daß sich die sozialpartnerschaftlichen Vorstellungen der Arbeiter in solchen Zeiten verstärken, in denen ihre Existenz als Lohnarbeiter auf dem Spiele steht, muß ebenfalls von den Verfassern zugegeben werden:

"Die Beteiligung der SPD an der Regierung und die durch die Krise ausgelösten Existenzängste der Lohnabhängigen verhinderten eine breite Opposition gegen diesen Einbau der Gewerkschaften in das kapitalistische Krisenmanagement." (68)

Mit diesen Aussagen ist ebenfalls der von den marxistischen Autoren veranschlagte Widerspruch der Gewerkschaften hinfällig geworden: die "doppelte Loyalitätsbindung" (69) der Gewerkschaften, einerseits den Interessen der Arbeiter, andererseits aber den "ökonomischen Systemzwängen" Genüge zu tun, hat sich lediglich als die zwei zusammengehörigen Seiten der gewerk-

(65) Ebda., S. 47

(66) Thesen des SB, a.a.O., S. 54

(67) Ebda., S. 58

(68) Ebda., S. 57

(69) Ebda., S. 54

schaftlichen Interessenspolitik herausgestellt. Die erwarteten "manifesten Konflikte" zwischen Gewerkschaftsführung und der Masse der Mitglieder können deshalb nicht eintreten, weil gerade die Sicherung der Reproduktionsbedingungen der Lohnarbeiter - wie sie im gewerkschaftlichen Kampf geschieht - die Kooperation mit dem demokratischen Staat einschließt. So ergibt sich das gerade Gegenteil von allen Erwartungen, welche auf eine "Krise der sozialpartnerschaftlichen Gewerkschaftspolitik" setzen: die Gewerkschaftsführung wird gerade dann in eine Vertrauenskrise gegenüber ihren Mitgliedern geraten, wenn sie nicht versucht, im Interesse der Arbeiter mit den staatlichen Organen zu kooperieren.

Es ist das Dilemma aller neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien, die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter als bewußte Kommunisten zu unterstellen und gleichzeitig in ihren eigenen Ausführungen ständig das Gegenteil zu belegen. Daß eine Gewerkschaft notwendig von den "primären materiellen Interessen der Lohnarbeiter" ausgehen muß, schließt gerade das gleichzeitige Ziel einer Abschaffung der Lohnarbeit aus. Von BERGMANN u.a. wird im Gegensatz zu allen revolutionären Ansprüchen sogar der Grund dafür genannt, warum eine Gewerkschaft weder unter guten noch unter schlechten wirtschaftlichen Bedingungen eine kommunistische Organisation sein kann:

"Es ist zweifelhaft, ob eine gewerkschaftliche Politik, die ... sich vornehmlich an den revolutionären Klasseninteressen ausrichtete, bei der Mehrheit der Mitglieder Resonanz fände ..." (70)

Da die Gewerkschaften als Einheitsgewerkschaften unabhängig von der politischen Richtung ihrer Mitglieder deren unmittelbare Interessen vertritt, birgt eine bloß an linken Minderheiten orientierte Politik "das

Risiko, daß Mitglieder austreten oder zu Konkurrenzverbänden abwandern" (71), worin ausgedrückt ist, daß für eine Gewerkschaft als Massenorganisa-sition die Orientierung an den Interessen einer an anderen Zielen ausgerichteten revolutionären Minderheit ausgeschlossen ist:

"Ohne Mitgliedermassen - zumindest die Stammbelagschaften müssen organisiert sein - aber vermag eine Gewerkschaft noch nicht einmal das ökonomisch Mögliche durchzusetzen. Die Alternative einer revolutionären Klassenkampfpolitik bestand - in realistischer Einschätzung der sozialen Situation und des Bewußtseinsstandes der Mitgliedermehrheit - seit 1945 kaum, auch nicht in der unmittelbaren Nachkriegszeit." (72)

Hierin kommt nur das Eingeständnis zum Ausdruck, daß das, was sich diese marxistischen Gewerkschaftstheoretiker unter einer Gewerkschaft vorstellen, gar keine mehr ist. Es ist erstaunlich, daß die Autoren trotz derartiger Einsichten an ihren Vorstellungen von einer "anderen" Gewerkschaft festzuhalten bemüht sind. Man will so die faktische Integration der Gewerkschaften in den Kapitalismus nicht als eine prinzipielle Notwendigkeit für jede gewerkschaftliche Politik verstehen, sondern nur als Ausdruck einer bestimmten historischen Entwicklung: wenn auch nicht das verwirklichte Ideal in der Vergangenheit aufgefunden werden kann, so wird dennoch ein geschichtlicher "Wendepunkt" bezeichnet, wo den Gewerkschaften die Veränderung zu einer revolutionären Organisation möglich gewesen sein soll.

(71) Ebda., S. 312

(72) Ebda., S. 312

V. DIE NACHKRIEGSPOLITIK DER GEWERKSCHAFTEN

1. Möglichkeit einer sozialistischen Alternative?

In kaum einer der neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien fehlt ein Hinweis auf die Zeitepoche nach dem Zweiten Weltkrieg, weil sich nach Ansicht aller Autoren in dieser Situation die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Neuordnung angeboten hat. Die alternative Möglichkeit des Aufbaus einer sozialistischen Gesellschaft soll damals aus dem Grund möglich gewesen sein, weil der deutsche Kapitalismus nach dem Zusammenbruch des Faschismus "völlig paralysiert" worden sei (1). Nach DEPPE soll darüber hinaus der Kapitalismus mit der Niederlage des Faschismus bei der Mehrheit des Volkes in Mißkredit geraten sein (2), sodaß sich auch nach ABENDROTH als "Zentralproblem" im besetzten Nachkriegsdeutschland die "Frage nach dem gesellschaftlichen System" stellte, welches sich in diesem Gebiet herausbilden sollte (3). Da insbesondere der Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nach dem Krieg ein unmittelbares Interesse an einer sozialistischen Gesellschaft unterstellt wird, kann es nicht verwundern, wenn die marxistischen Autoren die Auffassung vertreten, daß die Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland gegen die Interessen der Bevölkerung von den Westmächten "erzwungen" (4) und dementspre-

(1) Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf, a.a.O., S. 73 ff

(2) F. DEPPE, Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1971, Teil IV: Gewerkschaftspolitik und Arbeiterbewußtsein in der Periode der Neugründung der westdeutschen Gewerkschaften nach 1945, S. 258

(3) W. ABENDROTH, Vorwort zu: E. SCHMIDT, Die verhinderte Neuordnung 1945 - 1952, Ffm 1970, S. 5

(4) Vgl. U. SCHMIDT / T. FICHTER, Der erzwungene Kapitalismus, Klassenkämpfe in den Westzonen 1945 - 1948, Berlin - West, 1971

chend - so SCHMIDT - die Umgestaltung der deutschen Wirtschaft "verhindert" worden ist (5).

Die Vorwürfe der Autoren richten sich im wesentlichen an die Adresse der Gewerkschaft, der Rekonstruktion des Kapitalismus keinen ernsthaften Widerstand entgegengesetzt und dadurch die Chance eines Neubeginns veräußert zu haben. Auch hier gelten die Angriffe im wesentlichen der Gewerkschaftsführung, deren Politik laut HOSS "bei aller Radikalität den Wiederaufbau eines kapitalistischen Westdeutschlands praktisch nicht in Frage stellte" (6). Ob nun der Grund für eine solche Entwicklung wie von BERGMANN u.a. in einer "Politik des Wohlverhaltens gegenüber der Militärregierung" gesehen wird (7) oder aber von ESCHENHAGEN der "kompromißlose Antikommunismus-Affekt" des Gewerkschaftsvorstands (8) für die Restauration der kapitalistischen Verhältnisse verantwortlich gemacht wird, so ist doch allen Theorien gemeinsam, die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von einer solchen Kritik auszunehmen. Wenn dennoch von einigen Autoren das mangelnde politische Bewußtsein der meisten Gewerkschaftsmitglieder konstatiert wird, dann nur, um wiederum den Gewerkschaftsspitzen anzulasten, eine Aufklärung und Mobilisierung der Arbeiter verhindert zu haben (9).

(5) Vgl. E. SCHMIDT, Die verhinderte Neuordnung, a.a.O.

(6) D. HOSS, Die Krise des Institutionalisierten Klassenkampfes, a.a.O., S. 42

(7) J. BERGMANN u.a., Gewerkschaften in der Bundesrepublik, a.a.O., S. 129

(8) W. ESCHENHAGEN, Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften, a.a.O., S. 6

(9) Vgl. W. MÜLLER-JENTSCH, Entwicklungen und Widersprüche in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1973, S. 152 ff

Es kennzeichnet das Desinteresse dieser marxistischen Autoren an der gesellschaftlichen Situation nach dem Kriege, daß sie alle nicht wahrhaben wollen, daß die Bedingungen für eine sozialistische Alternative in den Westzonen äußerst ungünstig waren. Die Belege dafür lassen sich den Ausführungen der genannten Autoren selbst entnehmen.

Eine wesentliche Möglichkeit für eine Veränderung der Produktionsweise wird von SCHMIDT darin gesehen, daß es in den Betrieben einen "machtfreien Raum" gegeben hat,

"da zahlreiche Unternehmer als belastete Personen in den Lagern der Alliierten saßen oder sonst nicht wagen konnten, gegen die Betriebsräte vorzugehen." (10)

Nach der Besetzung durch die alliierten Streitkräfte war es nach zwölfjährigem Verbot und illegaler Arbeit zu den ersten Ansätzen gewerkschaftlicher Tätigkeit gekommen, deren Basis im wesentlichen in den Betrieben lag. SCHMIDT zitiert aus einer Programmschrift von emigrierten Gewerkschaftlern aus England, welche auf die Nachkriegssituation vorbereiten sollte:

"Betrieblich und örtlich werden sich in Stadt und Land vom Vertrauen der Arbeitenden getragene Ausschüsse bilden. Sie werden die Interessen der Arbeitenden an der Arbeitsstelle und in der Selbstverwaltung zu vertreten und besonders in der Übergangszeit in der örtlichen Verwaltung, in der Lebensmittelverwaltung und bei der Behebung sozialer und wirtschaftlicher Notstände mitzuwirken haben." (11)

Die Betriebsräte als Hauptträger der gewerkschaftli-

(10) E. SCHMIDT, o.a.O., S. 28

(11) Ebda., S. 26

chen Arbeit üben zu dieser Zeit "einen außerordentlich großen Einfluß" aus, doch SCHMIDT fügt selbst einschränkend hinzu, daß es den Betriebsräten weniger um gesellschaftliche als um personelle Veränderungen innerhalb der jeweiligen Betriebsstruktur ging. Er beruft sich dabei zustimmend auf eine Darstellung von BROECKER:

"Ähnlich wie 1918 wuchs diesen Ausschüssen vorübergehend ein revolutionärer Nimbus zu, der sich angesichts der totalen Machtausübung durch die Besatzungsmächte praktisch meist nur in einer von diesen Mächten mehr oder weniger unterstützten Personalbereinigung nach dem Programm der Entnazifizierung auswirken konnte ..." (12)

Daß die Beschränkung der Betriebsrätearbeit durch die Militärregierung nicht den Grund für die Arbeiter abgeben konnte, sich in ihren Vorstellungen von einer gesellschaftlichen Veränderung ebenfalls nur mit einem Auswechseln der alten Führungskräfte zu begnügen, wird auch bei SCHMIDT deutlich, wenn er schreibt, daß die ersten politischen Versammlungen im besetzten Gebiet jeweils "nach dem gleichen Muster" abgelaufen sind:

"Angriffe gegen die früheren Machthaber und Besitzer, die Pickel und Schaufel in die Hand nehmen und richtige Arbeit leisten sollten." (13)

(12) B. BROECKER, Wirtschaftliche Mitbestimmung der Betriebsräte? Die Neue Gesellschaft, 2. Heft, Stuttgart 1948; zitiert bei E. SCHMIDT, a.a.O., S. 28

(13) Ebda., S. 25

Daß die Mehrheit der Bevölkerung nach den Erfahrungen des Hitler-Regimes zu Antifaschisten geworden war, heißt noch lange nicht - wie sich bereits an dieser Stelle zeigt -, daß sie auch Antikapitalisten waren. Vielmehr läßt sich aus der Tatsache, daß sich gerade die bewußten Arbeiter in den ersten Nachkriegsjahren das Programm der Entnazifizierung zum Hauptinhalt ihrer politischen Tätigkeit machten, entneh-

So waren die Arbeiter auch bereit zu Widerstandsaktionen gegen Maßnahmen der Militärregierung, wie SCHMIDT am "Fall Reusch" aufzeigt (14). Diese Streikbereitschaft beweist jedoch nicht - wie SCHMIDT gern glauben machen möchte -, daß sich die Angriffe der Arbeiter gegen das Wirtschaftssystem richteten, sondern nur, daß sie von den Alliierten die konsequente Erfüllung des Entnazifizierungsprogramms verlangten. Das Hauptproblem der provisorischen Betriebsausschüsse, welche die Grundlage der neuen Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege waren, lag jedoch im Kampf gegen die unmittelbare Notsituation der Arbeiter, was wiederum nur bedeuten konnte, daß es den Betriebsräten weniger um die Installierung einer neuen als um den Wiederaufbau der alten Produktionsweise gehen mußte. Daß sich somit keine "radikale Bewegung von den Betrieben her" von gewerkschaftlicher Seite aus entwickeln konnte, wird auch von SCHMIDT dadurch erklärt, "daß die Kräfte der Betriebsräte fast völlig aufgesogen wurden von den unmittelbaren Aufgaben des Tages, der Versorgung der Belegschaften mit Nahrungsmitteln, der Wiedereingangssetzung der Produktion, den zahllosen 'Kompensationsge-

(13) Fortsetzung

men, daß sich ihre Kritik nicht gegen die Gesetzmäßigkeit der kapitalistischen Produktionsweise richtete.

(14) Ebda., S. 144

SCHMIDT berichtet, daß im Frühjahr 1948 eine Kommission zur Untersuchung der Produktionssteigerung in der Stahlindustrie von Unternehmerseite aus mit Hermann Reusch besetzt werden sollte, der schon während des Krieges maßgeblich am Rüstungsgeschäft beteiligt war. Der IG-Metall Vorstand berief für den 22.5.1948 eine Konferenz von 600 Delegierten der Eisen- und Stahlindustrie nach Bochum ein, auf der eine Urabstimmung über den "Fall Reusch" beschlossen wurde. Angesichts dieses gewerkschaftlichen Widerstandes wurde Reusch von den Amerikanern fallengelassen. (Ebda., S. 144f)

schäften', die die Nahrungsmittel und Produktionsmittel herbeischaffen helfen." (15)

Die ersten von den Betriebsräten organisierten Arbeitskämpfe richteten sich daher gegen die verschlechterte Ernährungslage und die Kürzung der Rationen durch die Besatzungsmächte. Die Unruhen gipfelten am 3. April 1947 in einem auf 24 Stunden befristeten Generalstreik "aus Protest gegen die Entziehung der Zusatzverpflegung", der von den Bergarbeitern zu 95% befolgt wurde (16). Die Gewerkschaft forderte in einer Resolution die Entlassung derjenigen, die diese Katastrophe herbeigeführt hätten. Und SCHMIDT bringt selbst die Widerlegung seiner eigenen Erwartungen, wenn er am Forderungskatalog der streikenden Arbeiter aufzeigt, daß sich hierin nur am Rande gesellschaftsverändernde Intentionen ausmachen lassen:

"Erst Punkt 6 des Katalogs der Forderungen lautete: 'Die Sozialisierung ist zu einer Sache des arbeitenden Volkes zu machen'. Im Vordergrund standen eindeutig die unmittelbar drängenden Probleme der Lebensmittelversorgung. Streiks mit eindeutig politischen Forderungen, die über den Horizont der unmittelbaren Bedürfnisse des Überlebens hinausgingen, waren selten." (17)

Auch von BERGMANN u.a. wird darauf hingewiesen, daß "die von der Basis organisierten Streiks und Protestaktionen in den Jahren 1946 - 49 keineswegs Ausdruck einer revolutionären Bewegung (waren), die auf eine gesellschaftliche Veränderung abzielte." (18)

Daß die Protestaktionen der Arbeiter lediglich auf

(15) Ebda., S. 51

(16) Ebda., S. 136

(17) Ebda., S. 136

(18) J. BERGMANN u.a., a.a.O., S. 129

die Sicherung der eigenen Reproduktion zielten, wird auch am Kampf gegen die Demontagemaßnahmen der Westmächte deutlich. Es kam insbesondere in den Gebieten zu Protesten, wo aufgrund einer hohen Arbeitslosenzahl durch Demontage die Reproduktion der Arbeiter in verstärktem Maß gefährdet war. Darüberhinaus ging es um den Erhalt der deutschen Wirtschaft insgesamt, so daß bezeichnenderweise die Gewerkschaften hier in einer Reihe standen "mit den Unternehmern, den Länderregierungen und dem Wirtschaftsrat gegen die alliierten Maßnahmen" (19).

Im Falle der Reichswerke in Watenstedt-Salzgitter kam es zu scharfen Protestaktionen, da die Arbeitslosenzahl in diesem Gebiet fast 25% erreicht hatte (20).

"Als deshalb Anfang Februar 1950 Demontagetrupps mit der Sprengung der Fundamente beginnen wollten, kam es zu einem organisierten Aufstand der Arbeiter, die sich handgreiflich zur Wehr setzten und auch englischen Panzerwagen trotzten. Dieser klug kalkulierte Widerstand kam im rechten Moment und führte in der Folge dazu, daß die Demontagemaßnahmen überprüft und schließlich Ende 1950 eingestellt wurden, so daß ein Teil der Anlagen und Hochöfen gerettet werden konnte." (21)

Aus dieser Darstellung geht hervor, daß die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter in der Nachkriegszeit zunächst ein Interesse an der Schaffung von Arbeitsplätzen und damit an der Reorganisierung der Lohnarbeit haben mußten. Durch die unmittelbare Not-situation ließen sie sich ein "betriebsegoistisches Verhalten" aufzwingen, wie es von SCHMIDT selbst auf-

(19) E. SCHMIDT, a.a.O. S. 145

(20) Ebda., S. 148

(21) Ebda., S. 149

gewiesen wird (22), was sich zwar gegen die alten faschistischen Inhaber richtete, dennoch die Identifikation mit einem gut funktionierenden kapitalistischen Betrieb einschloß.

Daß SCHMIDT dieses Verhalten der Arbeiter jedoch nicht aus ihrer eigenen Situation als Lohnarbeiter begründen kann, zeigt sich an seiner Erklärung des Kampfes um das Betriebsverfassungsgesetz. Es werden wieder einmal die "sozialkonservativen Kräfte" dafür verantwortlich gemacht, daß der Einfluß der Gewerkschaften in den Betrieben laut Gesetz sehr gering war, anstatt an dem Gedanken festzuhalten, daß auch den Arbeitern daran gelegen ist, wenn der Betriebsrat ihres Werkes weitgehend unabhängig von den Gewerkschaften verhandeln und zur allgemein verbindlichen tariflichen Regelung noch zusätzliche Vorteile herausholen kann (23).

2. Verschärfung der Konkurrenz unter den Arbeitern

Was von den marxistischen Autoren über das Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter nach dem Krieg ausgesagt wird, beweist nur das Gegenteil von dem, was die Verfasser gerne darin sehen möchten: nicht nur, daß die Arbeiter keine revolutionären Ziele hatten, sondern daß sie zudem ständig hinter ihren gewerkschaftlichen Anspruch zurückfielen, kennzeichnet die besondere Situation der Nachkriegszeit.

Lediglich von DEPPE wird versucht, eine Begründung des mangelnden gewerkschaftlichen Bewußtseins der

(22) Ebda., S. 100

(23) Hieran wird deutlich, daß die übertariflichen Zulagen, wie sie in fast allen größeren Betrieben bezahlt werden, mit der Bestechung der Arbeiter durch die Kapitalisten nicht erklärt werden können. Die Kritik an "Betriebsratsfürsten", die sich einer gewerkschaftlich kontrollierten betriebsnahen Tarifpolitik in den Weg stellen, übersieht, daß auch solche Betriebsräte von der Mehrheit der Arbeiter gewählt wurden.

Arbeiter nach dem Kriege zu gehen:

"Die unter den Bedingungen eines funktionierenden Kapitalismus traditionelle Vorrangigkeit der Sicherung und Erweiterung des materiellen und kulturellen Niveaus der arbeitenden Bevölkerung wurde durch die nunmehr vorherrschende Erhaltung des Existenzminimums, der rücksichtslos egoistischen Beschaffung lebensnotwendiger Konsum- und Tauschgüter in den Hintergrund gedrängt." (24)

Damit ist ausgedrückt, daß sich in der allgemeinen wirtschaftlichen Krisensituation der Nachkriegszeit die Konkurrenz unter den Arbeitern zuungunsten ihrer gewerkschaftlichen Solidarisierung verschärfte. DEPPE weist darauf hin, daß die Arbeiter sogar bereit waren, auf ihr wichtigstes gewerkschaftliches Kampfmittel zu verzichten:

"Dieser Zwangszusammenhang egoistischer Interessenkonflikte entwertete zugleich die traditionellen Kampfmittel der Arbeiterklasse - etwa den Streik - und beseitigte damit auch wesentliche Voraussetzungen proletarischer Solidarität. Vor dem Hintergrund dieses 'Kampfes aller gegen alle' versagten die politischen Kategorien des Klassenkampfes, obwohl die objektive Lage des Proletariats, die nun fast die gesamte Gesellschaft in einem ungeheuren Verelendungsprozeß erfaßt hatte, keineswegs aufgehoben war." (25)

Daß DEPPE dennoch die Behauptung aufstellen kann, daß es bei der Mehrheit des Volkes eine "breite Front der Einmütigkeit in der Verurteilung des Kapitalismus" gegeben hat, ist nur der Beweis dafür, daß er seine eigenen Aussagen nicht wahrhaben will: da von ihm selbst

(23) Fortsetzung:

(Vgl. E. SCHMIDT, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, a.a.O. S. 170 ff.)

(24) F. DEPPE, Das Bewußtsein der Arbeiter, a.a.O., S.278 f

zugegeben wird, daß sich in der Nachkriegssituation bei den Arbeitern nur sehr schwer ein gewerkschaftliches Bewußtsein herausbilden konnte, kann die "Verurteilung des Kapitalismus" seitens der Arbeiter nicht auf einer Einsicht in den ökonomischen Zwangszusammenhang beruhen, der ihnen ständig die Konkurrenz untereinander aufnötigt.

DEPPE belegt in seinen weiteren Ausführungen nur das eigene Desinteresse an der ökonomischen Situation der Lohnarbeiter, wenn er für die fehlenden revolutionären Interessen der Arbeiter wiederum nur die "politische Unfähigkeit" des Gewerkschaftsapparates verantwortlich macht:

"Das gewerkschaftliche Bewußtsein der Führungskräfte, die nach 1945 an den Aufbau der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung gingen, war durch ihre Praxis in den reformistischen Verbänden der Weimarer Republik geprägt worden." (26)

SCHMIDT stellt sogar eine Liste von 21 Gewerkschaftsfunktionären auf, die nach 1945 die leitenden Positionen der größten Gewerkschaften und der Bundesvorstände besetzten: daß es sich hierbei "fast ausnahmslos um Funktionäre handelt, die bereits vor 1933 in leitender Funktion tätig waren" und zudem "fast alle dem sozialdemokratisch orientierten Flügel der alten Gewerkschaftsbewegung" angehörten, wird von SCHMIDT als Ursache für das "Ausbleiben einer radikalen Betriebsrätebewegung" angegeben (27). Selbst das hohe

(25) Ebda., S. 279

(26) Ebda., S. 263

(27) Ebda., S. 48

Diese Personalisierung der geschichtlichen Zusammenhänge macht sich in nahezu allen neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien geltend. Was für diese Art Geschichtsschreibung nach dem Krieg der ehemalige Vorsitzende der Holzarbeitergewerkschaft, Fritz Tarnow, darstellte, wurde in den 50er und 60er Jahren hauptsächlich am Führer der Bauarbeitergewerkschaft,

Durchschnittsalter dieser Funktionäre muß herhalten, um die fehlenden Klassenkämpfe der Arbeiter zu begründen (28). Daß diese gewerkschaftlichen Führungsspitzen jedoch die Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter hinter sich wissen konnten, kann selbst SCHMIDT nicht einfach leugnen. Zum einen war es der "große Erfahrungshorizont auf gewerkschaftlichem Gebiet", zum anderen die "ausgewiesenen antifaschistische Haltung", was die Arbeiter zur Wahl dieser Funktionäre veranlaßte (29).

Die von SCHMIDT kritisierte "personelle Restauration in den gewerkschaftlichen Führungspositionen" kennzeichnet nur die Enttäuschung der marxistischen Autoren, daß entgegen der eigenen revolutionären Erwartung die Gewerkschaftsbewegung nach dem Kriege das weiterführte, was sie schon vor dem Krieg als ihre Aufgabe angesehen hatte. Wenn dennoch in dieser Kontinuität traditioneller Gewerkschaftspolitik ein Rückschritt gesehen wird, so kennzeichnet das nur den bornierten Standpunkt der Verfasser, den Gewerkschaften ständig den Verrat an den ihnen vorgehaltenen Idealen vorzuwerfen:

"Die Nachkriegsgeschichte der westdeutschen Arbeiterbewegung läßt sich als Prozeß einer fortschreitenden, teils von den Alliierten erzun-

(27) Fortsetzung:

Leber, festgemacht. Beide sollen in exemplarischer Weise die Korruptheit der Gewerkschaften verdeutlichen. (Vgl. F. DEPPE, a.a.O., S. 263)

(28) Ebda., S. 50

(29) Ebda., S. 51

Daß die meisten Gewerkschaftsführer Sozialdemokraten waren, kann nur den verwundern, der in einer Gewerkschaft etwas anderes sehen will. Die Wahlsiege der CDU nach dem Krieg zeigen darüberhinaus, daß nicht einmal alle Arbeiter Sozialdemokraten waren.

genen, teils freiwillig vollzogenen Abkehr von sozialistischen Ansätzen und der Unterdrückung klassenkämpferischer Ansätze an der Basis beschreiben." (30)

3. Ausschaltung der kommunistischen Opposition

Die Konfrontation der gewerkschaftlichen Nachkriegspolitik mit dem revolutionären Anspruch der marxistischen Autoren muß notwendigerweise an den Stellen zu vehementer Kritik an der Gewerkschaftsführung führen, wo diese sich explizit gegen diesen Anspruch richtet:

"Im Zeichen des Kalten Krieges und des Antikommunismus verloren die Kommunisten, die den faschistischen Terror überlebt hatten, ihren Einfluß innerhalb der Gewerkschaften und wurden systematisch aus diesen herausgedrängt." (31)

Auch von ESCHENHAGEN wird den Gewerkschaften vorgeworfen, eine kommunistische Einflußnahme auf die Gewerkschaften verhindert zu haben:

"Eine organisierte oppositionelle Bewegung konnte sich unter den Bedingungen, die durch die Besatzungsmächte diktiert wurden, nicht entfalten, zumal die gewerkschaftlichen Führungsspitzen sich mit ihnen in der Bekämpfung der Kommunisten einig waren." (32)

Für die "DGB-Mehrheitsfraktion um Böckler" soll die Säuberung der Gewerkschaften von Kommunisten schon "von Anbeginn auf der Tagesordnung" gestanden haben (33), doch ESCHENHAGEN muß zugeben, daß die Maßnahmen der Gewerkschaftsführung von der Masse der Arbeiter unterstützt wurden:

(30) Thesen des SB, a.a.O., S. 12

(31) Ebda., S. 12f

(32) W. ESCHENHAGEN, a.a.O., S. 7

(33) Ebda., S. 6

"Da die Haltung eines großen Teils der Arbeiterklasse die Verhinderung einer Volksfront erleichterte, konnten die Kommunisten in den Gewerkschaftsorganisationen schrittweise isoliert werden." (34)

SCHMIDT berichtet an einem Beispiel, wie der Vorstand der IG-Metall versuchte, "mittels organisatorischer Neuordnungen" den Einfluß der kommunistischen Opposition auszuschalten (35). Da die Kommunisten ihre stärkste Basis nach dem Krieg in den Betrieben hatte, versuchte die Führung der IG-Metall, das Ortsstatut der Gewerkschaft zu ändern:

"Auf Vorschlag einer Statutenberatungskommission, die auf dem ersten Verbandstag der IG-Metall (brit. Zone) 1947 in Peine eingesetzt worden war, beschloß der Vorstand der Organisation am 12. 12. 1947, statt der bisherigen Betriebsgruppen nur noch Stadtteilgruppen oder Industriegruppen als organisatorische Grundeinheiten anzuerkennen und statutenmäßig zu verankern." (36)

Als es auf dem zweiten Verbandstag der IG-Metall im September 1948 zu einer heftigen Debatte über diese Frage kam, setzte sich der Vorstand "mit überwältigender Mehrheit gegen nur elf Stimmen bei 104 anwesenden Delegierten" durch, woran auch für SCHMIDT deutlich wird, "wie schwach die Opposition Mitte 1948 bereits in den Entscheidungsorganen der Gewerkschaft vertreten war" (37). So sieht SCHMIDT in der Ausschaltung der kommunistischen Opposition einen weiteren Schritt der Gewerkschaftsführung "in das westliche Blockdenken", welcher nach seiner Ansicht nur auf der Grundlage einer "Entpolitisierung der Mitgliedschaft" möglich war (38).

(34) Ebda., S. 6

(35) E. SCHMIDT, Die verhinderte Neuordnung, a.a.O., S. 121

Daß es im Gegensatz zu solchen Aussagen gerade Ausdruck des politischen Bewußtseins der Arbeiter in der Nachkriegszeit war, sich mit den Besatzungsmächten zu identifizieren und Gegner einer kommunistischen Politik zu sein, kann nur der übersehen, der als "Politisierung" nur das gelten läßt, was den eigenen Ansprüchen gemäß ist. Das weitgehende Vertrauen der Arbeiter in die demokratische Politik der Besatzungsmächte, die nach der Zerstörung des Faschismus in Deutschland vorübergehend den Staat repräsentierten, wie auch die ablehnende Haltung gegenüber antikapitalistischen Zielsetzungen - wie es am verbreiteten Antikommunismus deutlich wird - waren ein Beleg für das bloß gewerkschaftliche Bewußtsein der Arbeiter (39).

Das antikommunistische Verhalten der Arbeiter ist nicht mit der "Kalten-Kriegs-Ideologie" der westlichen Besatzungsmächte zu erklären - wie es von nahezu allen marxistischen Autoren versucht wird (40) -, sondern ist Ausdruck des beschränkten gewerkschaftlichen Bewußtseins der Arbeiter, denen Kommunisten mit ihren über unmittelbare Kampfziele hinausgehenden Forderungen als Zerstörer ihrer gewerkschaftlichen Einheit erscheinen müssen. Da die Arbeiter im Staat und ihren

(36) Ebda., S. 121

(37) Ebda., S. 122

(38) Ebda., S. 124

(39) Hiermit wird der Satz von AGARTZ (auf den sich viele der marxistischen Autoren berufen): "Wenn die Führung versagt, geht die Verantwortung auf die Mitglieder über", ins rechte Licht gerückt (V. AGARTZ, Gewerkschaft und Arbeiterklasse, a.a.O., S. 40). Wenn AGARTZ an den Gewerkschaften kritisiert, "mehr auf den demokratischen Charakter der Besatzungsmächte" zu bauen als auf die "Kraft ihrer organisierten Mitglieder" (Ebda., S. 45), dann ist dem entgegenzuhalten, daß es gerade die Verantwortung der Führung gegenüber den Mitgliedern war, welche die Gewerkschaften zur Kooperation mit den Besatzungsmächten führte.

(40) Vgl. F. DEPPE, Das Bewußtsein der Arbeiter, a.a.O., S. 263f

gewerkschaftlichen Aktivitäten nur die Mittel für die Verbesserung ihrer Reproduktion sehen, setzen sie sich gegen diejenigen zur Wehr, die mit der Forderung nach Abschaffung der Lohnarbeit zugleich den individuellen Nutzen der Arbeiter aus der Lohnarbeit gefährden. Wenn von ESCHENHAGEN kritisiert wird, daß schon im Jahre 1950 346 kommunistische Funktionäre aus der IG-Metall ausgeschlossen wurden (41), so bedeutete das lediglich eine Vorwegnahme der späteren "Unvereinbarkeitsbeschlüsse" der Gewerkschaften. Daß sich hierin eine wirkliche Unvereinbarkeit von gewerkschaftlicher und kommunistischer Politik geltend macht, wird von den Autoren des SOZIALISTISCHEN BÜROS in das genaue Gegenteil verkehrt:

"Diejenigen Kräfte, die eine an den Realitäten der Klassengegensätze orientierte Gewerkschaftspolitik durchzusetzen versuchen, werden durch Ausschluß und Ausschlußdrohungen diszipliniert."
(42)

Alle Aussagen der marxistischen Autoren zur gewerkschaftlichen Nachkriegspolitik kommen zum gleichen Resultat: durch die wirtschaftliche Notsituation liesen sich die Arbeiter eine Verschärfung der Konkurrenz untereinander aufzwingen und setzten alles daran, die Produktion wieder in Gang zu setzen, um die Grundlage ihrer individuellen Reproduktion sicherzustellen. Daß die Arbeiter den wirtschaftlichen Wiederaufbau nicht mit dem Ziel einer sozialistischen Produktionsweise betrieben, lassen ihre grundsätzliche Identifizierung mit der demokratischen Besatzungspolitik wie alle gewerkschaftlichen Streikaktionen und Arbeitskämpfe erkennen (43). Die wirtschaftliche Krisensituation

(41) W. ESCHENHAGEN, a.a.O., S. 7

(42) Thesen des SB, a.a.O., S. 57

(43) Dieses Bewußtsein der Arbeiter wird auch von PIRKER konstatiert, obwohl sich seine Kritik an der ge-

macht sie sogar zu Gegnern einer bewußt betriebenen gesellschaftlichen Veränderung, wie sie von der kommunistischen Partei betrieben wurde: die Anti-Kommunismus-Ideologie der westlichen Alliierten hatte im beschränkten gewerkschaftlichen Bewußtsein der Arbeiter ihre stärkste Stütze.

4. Berufung auf das Grundsatzprogramm von 1949

Wie wenig sich die marxistischen Gewerkschaftstheoretiker für diese handfeste Widerlegung ihrer eigenen Erwartungen interessieren, zeigt ihre hartnäckige Bereitschaft, an ihrem Ideal von einer revolutionären Gewerkschaft trotz aller Erkenntnisse über den wirklichen Charakter der Gewerkschaften festzuhalten. Es werden Aussagen aus gewerkschaftlichen Programmen zusammengetragen in der Absicht, die eigenen Vorstellungen zu belegen, obwohl zugleich zugegeben wird, daß die Gewerkschaften diese revolutionäre Zielsetzung nicht teilen:

"Selbstverständlich ist das DGB-Grundsatzprogramm kein marxistisches Programm, obwohl es marxistisch interpretierbar ist und interpretiert werden sollte. Wir sind der Auffassung, daß eine solche Interpretation den Interessen der Arbeiterklasse am besten dient." (44)

(43) Fortsetzung:

gewerkschaftlichen Nachkriegspolitik lediglich gegen die "blinde Macht" der Gewerkschaftsführung richtet: "Die Arbeitnehmer waren der Ansicht, daß zuerst die Betriebe, die Produktion, die Wirtschaft in Gang gesetzt werden sollte, bevor man politische und parteipolitische Fragen aufrolle." (Th. PIRKER, Die blinde Macht, Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, Erster Teil 1945 - 1952, München 1960, S. 55)

(44) H. SCHÄFER, Einige Gesichtspunkte zu Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften ..., a.a.O., S. 9

Damit wird offen die Falschheit der eigenen Theorie ausgesprochen: wo die Realität nur allzu offensichtlich den eigenen Idealen widerspricht, wird sie einfach zu etwas anderem erklärt. Obwohl dem gewerkschaftlichen Kampf bescheinigt wird, sich im Rahmen der bestehenden Verhältnisse für die Interessen der Arbeiter einzusetzen, wird er von den linken Theoretikern dennoch als ein Schritt zu einer anderen Gesellschaft gewertet (45).

Die Verklärung des vorgefundenen Verhaltens der Arbeiter führt auch bei der Betrachtung der Nachkriegszeit dazu, allen unmittelbaren Aktionen der Arbeiter noch eine sozialistische Perspektive abzugewinnen. Daß von DEPPE zur Kenntnis genommen wird, daß das in den Nachkriegsaktionen zum Ausdruck kommende Bewußtsein der Arbeiter "keineswegs als ein sozialistisches Klassenbewußtsein" bezeichnet werden kann (46), hindert ihn nicht daran, den Arbeitermassen dennoch sozialistische Ziele zu unterstellen:

"Sozialismus war daher für die Massen in den ersten Nachkriegsjahren weniger die politisch reflektierte und verinnerlichte als vielmehr die spontane Antwort auf die unmittelbaren Bedürfnisse: Frieden und Verbesserung der sozial-ökonomischen Lage." (47)

Ob die Arbeiter es wollen oder nicht, den marxistischen Theoretikern genügt ein noch so geringer Anlaß zur Legitimation ihrer eigenen revolutionären Absichten. Daß im gewerkschaftlichen Grundsatzpro-

(45) In solchen Theorien drückt sich die politische Strategie aus, man könne die Arbeiter dadurch zu Kommunisten machen, daß man ihnen einredet, daß sie es "eigentlich" schon längst seien. Jedes Eintreten der Gewerkschaften für die vorgefundenen Interessen der Arbeiter wird so zu einem "machtvollen Angriff auf die Bastionen des Monopolkapitals" hochgejubelt.

(46) F. DEPPE, Das Bewußtsein der Arbeiter, a.a.O., S.29

(47) Ebda., S. 290

gramm von 1949 der Not der arbeitenden Bevölkerung Rechnung getragen wird, ist für die marxistischen Autoren schon Grund genug, diesem Programm eine besondere Qualität zuzuerkennen. Die bloße Parteinarbeit für die Interessen der lohnabhängigen Bevölkerung wird als Kampf für eine sozialistische Gesellschaft ausgegeben. Dennoch muß auch den marxistischen Autoren auffallen, daß der Antikapitalismus der Nachkriegszeit keine praktischen Auswirkungen gehabt hat, daß die Arbeiter trotz aller Erfahrungen mit dem Faschismus auch weiterhin den traditionellen bürgerlichen Parteien den Vorzug gaben. Es mutet daher fast zynisch an, wenn DEPPE diesen Widerspruch dadurch zu erklären sucht, daß das Bewußtsein der Arbeiter in der Nachkriegszeit für alle politischen Zielsetzungen offen gewesen sei. Womit nur ausgedrückt wird, daß gerade der fehlende revolutionäre Wille für das Bewußtsein der Arbeiter in der Nachkriegszeit kennzeichnend war:

"Damit ist ein entscheidender Punkt sozialistischer Politik in der nachfaschistischen deutschen Gesellschaft berührt. Zwischen den unmittelbaren Bedürfnissen der Arbeiterklasse und ihrem Klassenbewußtsein, zwischen der Identifizierung mit sozialistischen Tageslosungen und dem sozialistischen Programm gesellschaftlicher Umgestaltung bestand in gewissem Sinne ein 'Vakuum'. Wie dieser Begriff einerseits die Offenheit der gesellschaftlich historischen Situation sowohl zu einer sozialistischen als auch zu einer restaurativen Lösung andeuten soll, so umschreibt er andererseits konkret die historischen Aufgaben der politischen Führung der Arbeiterklasse in Parteien und Gewerkschaften." (48)

Aus den eigenen Ausführungen von DEPPE läßt sich schließen, daß die Offenheit der Arbeiter sich gerade nicht auf eine sozialistische Politik bezog, sondern lediglich den verschiedenen bürgerlichen Parteien galt, von denen sie eine Verbesserung der unmittelbaren Notsituation erwarteten.

Daß die Arbeiter nach dem Krieg nicht an einer Abschaffung der kapitalistischen Produktionsweise interessiert waren, kann DEPPE bezeichnenderweise erst rückwirkend konstatieren: als sich die materielle Lage der Arbeiter etwas gebessert hatte, merkt er an deren Bewußtseinsstand, daß die Arbeiter in der Nachkriegszeit auch nur an der Sicherung ihrer Existenz interessiert waren:

"Ein sozialistisches Programm, dessen Rückhalt bei den Massen vorerst ausschließlich über die unmittelbare Not der einzelnen und einen Katalog aktuell bestimmter Forderungen zustandekam, mußte dann zusammenbrechen, als der politisch und konjunkturell stabilisierte Kapitalismus in Westdeutschland in der Lage war, durch wirtschafts- und sozialpolitische Zugeständnisse jene Aktualität des ökonomischen Zwangs zurückzudrängen." (49)

Auch die Autoren des SOZIALISTISCHEN BÜROs müssen eingestehen, daß es mit dem antikapitalistischen Programm der Gewerkschaft 1949 nicht weit her sein konnte, wenn schon wenig später aufgrund der verbesserten Wirtschaftslage diese Zielvorstellungen aufgegeben wurden:

"Die Integrationskraft der in dieser Zeit schon blühenden Wirtschaftsentwicklung reichte hin, um schon vorhandene klassenkämpferische Positionen zu schwächen." (50)

(49) Ebda., S. 291

(50) Thesen des SB, a.a.O., S. 13

Aus den Ausführungen der neueren marxistischen Gewerkschaftstheoretiker läßt sich entnehmen, daß die Unterstellung von antikapitalistischen Intentionen im ersten gewerkschaftlichen Grundsatzprogramm keine Grundlage in diesem Programm selbst hat. Daß hier in stärkerem Maße als in den folgenden Programmen die Verstaatlichung bestimmter Industriezweige gefordert wurde, läßt sich sowohl aus der wirtschaftlichen Krisensituation als auch aus der Kritik an den durch die Zusammenarbeit mit dem Faschismus diskreditierten Inhabern der Betriebe erklären. Mit der "Überführung der Schlüsselindustrien in Gemeineigentum" sollte ein krisenfreier Verlauf der kapitalistischen Produktion gesichert sowie ein erneuter "Mißbrauch wirtschaftlicher Macht zu politischen Zwecken" vermieden werden (51). Die massive Kritik der Gewerkschaften an den alten Wirtschaftsführern schloß ein ebenso vehementes Bekenntnis zur kapitalistischen Marktwirtschaft und ihren Gesetzmäßigkeiten ein. Daß die Gewerkschaften nach dem Krieg gerade an einer rationellen Neuordnung der kapitalistischen Produktionsweise im Interesse einer angemessenen Beteiligung aller Lohnarbeiter interessiert waren, wird von BERGMANN u.a. zu einer "politischen Konzeption über die grundlegenden Veränderung der Wirtschafts- und Sozialordnung" umstilisiert (52). Mit einer solchen falschen Behauptung

(51) Vgl. hierzu: Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hrsg. von LENINSKY / OTTO, Köln 1974, S. 32 ff

(52) J. BERGMANN u.a., a.a.O., S. 124
Im DGB-Grundsatzprogramm von 1949 heißt es:
"Eine Wirtschaftspolitik, die unter Wahrung der Würde freier Menschen die volle Beschäftigung aller Arbeitswilligen, den zweckmäßigen Einsatz aller volkswirtschaftlichen Produktivkräfte und die Deckung des volkswirtschaftlichen Bedarfs sichert..."
Und an anderer Stelle wird deutlich, daß alle Vorstellungen von einer besseren Produktionsweise die bestehende kapitalistische Wirtschaft zur Grundlage haben:

tung suchen sich die Autoren ein Argument dafür zu verschaffen, den Gewerkschaften auch an Hand ihrer Programmatik das "Scheitern der antikapitalistischen Neuordnungspolitik" zugunsten einer "pragmatischen Anpassung" an den Kapitalismus in den späteren programmatischen Äußerungen vorzuwerfen (53). Doch alle von den Autoren zitierten Aussagen des gewerkschaftlichen Programms von 1949 liefern lediglich den Beweis, daß die Gewerkschaften sich den Anforderungen der krisenhaften Nachkriegsentwicklung anzupassen suchten. Die verantwortungsbewußte Mitarbeit der Gewerkschaften am wirtschaftlichen Wiederaufbau nach dem Krieg war sogar die Grundlage für die betont starke Affirmation der kapitalistischen Verhältnisse, wie sie in der Forderung nach Mitbestimmung zum Ausdruck kam. Daß sich die neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien durch ihr ständiges Konfrontationsverfahren jede wirkliche Kritik an der Gewerkschaft unmöglich machen, läßt sich gerade an der Mitbestimmungsdiskussion verdeutlichen.

(52) Fortsetzung:

"Soziale Gerechtigkeit durch angemessene Beteiligung aller Werktätigen am volkswirtschaftlichen Gesamtertrag und Gewährung eines ausreichenden Lebensunterhaltes für die infolge Alter, Invalidität oder Krankheit nicht Arbeitsfähigen."

(Zitiert bei BERGMANN u.a., S. 125)

(53) Ebda., S. 128 ff

VI. DER STREIT UM DIE MITBESTIMMUNG

1. Kritik der Mitbestimmung

Keine Tätigkeit der Gewerkschaften wird von den marxistischen Autoren so heftig kritisiert wie die verschiedenen Formen der praktizierten Mitbestimmung. Obwohl in allen Vorwürfen zum Ausdruck kommt, daß die gewerkschaftliche Mitbestimmung in besonderer Weise den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie unterworfen ist, fällt an dieser Kritik das erstaunliche Faktum auf, daß alle Autoren der Mitbestimmung dennoch einen entscheidenden Stellenwert im Rahmen einer "antikapitalistischen Strategie" (1) zuerkennen wollen. Wenn von GUKELBERGER auf der einen Seite der Mitbestimmungspraxis angelastet wird, "die Gewerkschaften zum Instrument der Stabilisierung des monopolistischen Profit- und Marktmechanismus zu machen" (2), so steht eine solche Aussage im Gegensatz zur Hoffnung auf eine Effektivierung der Mitbestimmung, wie sie von demselben Autor an anderer Stelle geäußert wird (3). Trotz aller Hinweise auf die systembedingten Schranken der Mitbestimmung wird eine solche Charakterisierung dort wieder zurückgenommen, wo in der Erweiterung der gewerkschaftlichen Mitbestimmung eine "Kampfaufgabe" für sozialistische Politik (4) und eine "Schule für das Proletariat" (5) gesehen wird.

(1) D. SCHNEIDER / R. KUDA, Mitbestimmung - Weg zur industriellen Demokratie?, München 1969, S. 219

(2) W. GUKELBERGER, Kritik bürgerlicher Mitbestimmungskonzeptionen, in: Sozialistische Politik Nr. 5/74, S. 3

(3) Ebda., S. 28

(4) Vgl.: Mitbestimmung als Kampfaufgabe, hrsg. vom INSTITUT FÜR MARXISTISCHE STUDIEN UND FORSCHUNGEN, (im folgenden abgekürzt IMSF), Ffm 1972

Die Mitbestimmung nimmt in der Kritik der neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien insofern eine besondere Stellung ein, als den Gewerkschaften vorgeworfen wird, mit einer derartigen Politik ihr ausdrückliches Einverständnis mit dem herrschenden System zu bekunden. PAPCKE sieht in dem "offiziellen Mitbestimmungsprogramm" der Gewerkschaften ein "Angebot an die Herrschenden, sich der Loyalität der ... organisierten Arbeiterschaft zu versichern" (6). Mit der positiven Bindung an das "herrschende Profitmilieu" ist für PAPCKE der Anspruch der Gewerkschaften auf eine Vertretung der Interessen der Arbeiter verwirkt:

"Mitverantwortung für diesen Zustand bedeutet Mitschuld an Existenzunsicherheit, Funktionsreduzierung und Verdinglichung gemieteter Objekte, denen mit allen Mitteln durch Mehrarbeit, Verkürzung der Pausen, Beschleunigung des Arbeitstempos, Mehrmaschinenbedienung,... eine hohe Wertschöpfung abgepreßt werden soll. Kann 'Vertrauen' etwas anderes bedeuten als die skrupellose Verharmlosung dieser Arbeitsbedingungen?" (7)

Mit der Hoffnung auf ein friedliches Austragen der jeweiligen Konfliktsituationen geht nach PAPCKE notwendig eine Schwächung der gewerkschaftlichen Kampfkraft einher, und so stellt sich für ihn die Geschichte der Mitbestimmung lediglich als eine "Geschichte dieser unklugen Selbstentkräftung" dar (8).

Auch für DEPPE u.a. sind die bisherigen Erfahrungen mit

(5) R. CRUSIUS / M. WILKE, Rationalisierung der Ausleutung, Unternehmerstrategien gegen innerbetriebliche Mitbestimmung, in: Kooperation und Mitbestimmung, hrsg. von H. HUSS und E. SCHMIDT, Ffm 1974

(6) S. G. PAPCKE, Proletarische Spontaneität oder gewerkschaftliche Disziplin. Ein Mitbestimmungsproblem?, a.a.O., S. 20

(7) Ebda., S. 24

(8) Ebda., S. 33

der praktizierten Mitbestimmung ein Beweis für die "Klassenzusammenarbeit" der Gewerkschaften mit dem Kapital (9). Am Beispiel der paritätischen Mitbestimmung in der Montanindustrie (10) zeigt DEPPE auf, daß auch die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat verpflichtet sind, trotz aller vorhandenen Interessensgegensätze mit der Unternehmensleitung "zum Wohl des Unternehmens" zusammenzuarbeiten (11). Durch die enge Bindung an das Unternehmensinteresse ist für DEPPE eine effektive gewerkschaftliche Interessenspolitik in den Mitbestimmungsorganen ausgeschlossen, wobei noch erschwerend hinzukommt, daß die Arbeitnehmervertreter "an Aufträge und Weisungen derer, die sie vorschlagen, gewählt oder entsandt haben, juristisch nicht gebunden" sind (12). DEPPE weiß von gewerkschaftlichen Mitbestimmungsträgern zu berichten, die den Lohnkampf der Arbeiter zu verhindern suchten,

"indem sie unter Hinweis auf die Kosten- und Ertragslage ihrer Unternehmen die gewerkschaftlichen Lohnforderungen als überhöht darstellten." (13)

Nach DEPPE haben sich die Gewerkschaften durch die Mitbestimmung von der Kapitaleseite ökonomisch "korrumpieren" und zu einer Stillhaltepolitik zwingen lassen (14):

(9) F. DEPPE, J.v. FREYBERG, Ch. KIEVENHEIM, R. MEYER, F. WERKMEISTER, Kritik der Mitbestimmung, Partnerschaft oder Klassenkampf?, Ffm 1973, S. 112

(10) Am 21. 5. 1951 trat das Montanmitbestimmungsgesetz (MBG) in Kraft, welches seine Anwendung findet in allen Aktiengesellschaften, GmbH's und bergrechtlichen Gewerkschaften in Betrieben der Montanindustrie mit mehr als 1000 Beschäftigten. In diesem Gesetz wird die Gleichheit von Kapital und Arbeit in den Aufsichtsräten verankert, wobei eine weitere "neutrale Person" hinzukommt, auf die sich beide Seiten einigen müssen. (Vgl. hierzu: Politik und Programmatik des DGB, a.a.O., S. 33f.)

(11) F. DEPPE u.a., a.a.O., S. 113

(12) Ebda., S. 113

(13) Ebda., S. 118

"Die Mitbestimmung, von vielen Befürwortern ursprünglich als eine Möglichkeit zur Kontrolle verstanden, verwandelte sich, wie die Praxis zeigt, in ihr Gegenteil. Mit ihrer Hilfe kontrollieren die Monopole die ermörrten Arbeiter und Angestellten." (15)

Insbesondere seit der Krise im Bergbau und in der Stahlindustrie ist den Arbeitern - so DEPPE - durch die gewerkschaftlichen Vertreter in den Mitbestimmungsorganen eingeredet worden,

"die fortschreitende Konzentration werde der Sicherung der Arbeitsplätze und des Lebensstandards dienen, wie überhaupt den Interessen der Gesamtbevölkerung." (16)

Und DEPPE kommt zu dem Resultat, daß gerade die für die Arbeiter so nachteilige "Konzentration wirtschaftlicher und politischer Macht in den Händen weniger" durch die Mitbestimmungspraxis der Gewerkschaften sogar noch "begünstigt" wurde (17).

Um jeden Verdacht einer personalisierenden Kritik an der gewerkschaftlichen Mitbestimmung auszuschließen, wird von DÄUBLER ausdrücklich betont, daß das Versagen der Montanmitbestimmung in der Logik des kapitalistischen Systems begründet ist:

"Die Praxis der Montanmitbestimmung stellt sich unter diesen Bedingungen nicht als Fehlleistung einer durch materielle Privilegien korrumpierten Gewerkschaftsbürokratie, sondern als notwendige Folge des Gewinnmaximierungsprinzips dar." (18)

Da es für DÄUBLER nicht in der Macht der Gewerkschaften

(14) Ebda., S. 121

(15) Ebda., S. 135

(16) Ebda., S. 135

(17) Ebda., S. 145f

(18) W. DÄUBLER, Das Grundrecht auf Mitbestimmung und seine Realisierung durch tarifvertragliche Begründung von Beteiligungsrechten, Ffm 1973, S. 40

steht, "die Unternehmenszwecke beliebig zu wählen und die Relation zwischen Lohnkosten und Investitionen nach eigenen Vorstellungen zu verändern" (19), muß es auch den Arbeitnehmervertretern im Aufsichtsrat um ein marktgerechtes und daher systemkonformes Verhalten zu tun sein. Für DÄUBLER lassen sich die Schranken jeder Form der Mitbestimmung bereits am Wortsinn deutlich machen:

"Die Bezeichnung Mit-Bestimmung unterstreicht die entscheidende Grenze der Beteiligung, die Existenz eines als Partner oder Gegenspieler aufgefaßten 'anderen', dessen Gleichberechtigung auch bei den stärksten Formen der Arbeitnehmerbeteiligung erhalten bleibt." (20)

Obwohl von DÄUBLER darauf hingewiesen wird, daß jedes gleichberechtigte Handeln von Kapital und Arbeit in den Gesetzmäßigkeiten des kapitalistischen Verwertungsprozesses seine Schranken findet, kommt jedoch auch er zu dem überraschenden Schluß, der Mitbestimmung dennoch einen möglichen antikapitalistischen Inhalt beizumessen:

"Die Notwendigkeit einer die Mitbestimmung als Zwischenziel umfassenden Demokratisierung der Wirtschaft ist nach alledem offensichtlich. Die Auswirkungen der Objektstellung des Arbeitnehmers auf seine gesamte physische und geistige Existenz sowie der Einbau von vorwiegend herrschaftlich strukturierten Produktionseinheiten in ein auf Rentabilität ausgerichtetes Gesamtsystem lassen die Forderung nach Veränderung des Status quo nur noch dringender erscheinen. Sie findet ihre Rechtfertigung in einer grundsätzlichen Wertentscheidung. Der Mensch soll in die Lage versetzt werden, im Rahmen des Möglichen seine Umwelt selbst und

(19) Ebda., S. 40

(20) Ebda., S. 7

nach eigenen Vorstellungen zu gestalten." (21) Hatte DÄUBLER die Objektstellung des Arbeiternehmers als eine notwendige Konsequenz des kapitalistischen Rentabilitätsprinzips aufgezeigt, wonach der Einsatz menschlicher Arbeitskraft lediglich ein Mittel zur Erzielung höherer Gewinne darstellt, so propagiert DÄUBLER nun die Beteiligung des Arbeitnehmers an diesem kapitalistischen Wirtschaftsprozeß als erstrebenswertes "Zwischenziel" im Kampf um die Abschaffung der kapitalistischen Gesellschaft.

Das positive Bekenntnis der genannten marxistischen Autoren zur Mitbestimmung läßt sich mit ihrer grundsätzlichen Kritik nicht vereinbaren: wird die gleichberechtigte Beteiligung der Arbeitnehmer am kapitalistischen Produktionsprozeß einerseits als etwas dem Kapitalverhältnis Immanentes ausgegeben, so läßt sich schlechterdings nicht ausweisen, wie dieselbe Tätigkeit andererseits im Gegensatz zum Kapital stehen soll. An den verschiedenen Begründungen einer antikapitalistischen Mitbestimmungspraxis läßt sich daher aufzeigen, daß die gleiche Kritik, wie sie von den marxistischen Autoren an den Gewerkschaften geübt wird, ebenso auf die eigenen Mitbestimmungsvorstellungen zutrifft.

2. Berufung auf den Nutzen für die Arbeiter

Daß die "Veränderung des status quo", die DÄUBLER mit Hilfe einer neuen Mitbestimmungsregelung anstrebt, keinesfalls die Veränderung der kapitalistischen Produktionsweise beabsichtigt, tritt in seinen weiteren Ausführungen zum Vorschein. Hatte er selbst das Versagen der Montanmitbestimmung als "notwendige Folge des Gewinnmaximierungsprinzips" bezeichnet, so kündigt er nun an, daß dasselbe Prinzip auch in Zukunft seine Gültigkeit behalten müsse:

"Die 'Umpolung' des Gesellschaftssystems auf humanitäre Bedürfnisse ist keineswegs mit einer völligen Negierung des Gewinnstrebens verbunden: Orientiert man sich nicht an einem abstrakten Idealwesen, dem Arbeit erstes Lebensbedürfnis ist, sondern am konkret-historischen Menschen der Gegenwart, so ist die Anerkennung des individuellen Besitzstrebens unerläßlich." (22)

Die Orientierung am "konkret-historischen Menschen der Gegenwart" heißt nichts anderes als die vorgefundene kapitalistische Realität und die praktischen Interessen der Lohnarbeiter zum Maßstab der gesellschaftlichen Veränderung zu machen, womit nur ausgedrückt ist, daß DÄUBLERS Mitbestimmungsvorstellungen bei ihrer Verwirklichung den gleichen Schranken unterliegen wie die von ihm kritisierte gewerkschaftliche Praxis. Und es bleibt unerfindlich, wie das unternehmerische Profitinteresse zugunsten humanitärer Überlegungen eingeschränkt werden soll, wo doch von ihm selbst darauf hingewiesen wurde, daß die Unternehmensentscheidungen in einer kapitalistischen Marktwirtschaft nicht beliebig beeinflussbar sind.

"Der entscheidende Unterschied gegenüber dem Status quo besteht jedoch darin, daß das Profitinteresse des einzelnen nur im Rahmen einer an humanitären Bedürfnissen ausgerichteten Gesamtordnung zur Geltung kommt, während heute gerade umgekehrt humanitäre Bedürfnisse nur innerhalb des durch das Profitinteresse gesteuerten Gesamtsystems realisiert werden können." (25)

Statt gegen die herrschenden Verhältnisse richten sich DÄUBLERS Vorschläge auf eine Verbesserung der Situation des Lohnarbeiters innerhalb der bestehenden gesellschaft-

(22) Ebda., S. 44

(23) Ebda., S. 44f

lichen Bedingungen und damit auf eine Veränderung des Kräfteverhältnisses von Kapital und Arbeit, ohne damit eine Aufhebung des Kapitalverhältnisses ins Auge zu fassen:

"Will man diesen 'Systemzwang' durchbrechen - und die Analyse ergab, daß die Objektstellung des Arbeitnehmers im Kapitalismus selbst nicht aufgehoben werden kann - so bleibt nur die Bildung von Gegenmacht durch Mobilisierung der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen. Der vereinigten Macht von Staatsbürokratie und Kapital muß das solidarische Handeln der Lohnabhängigen entgegengesetzt werden. Mitbestimmungsmodelle im weitesten Sinn ... sind daran zu messen, inwieweit sie selbst Gegenmacht errichten oder zumindest ihre Bildung erleichtern." (24)

Zur positiven Beurteilung der Mitbestimmung genügt nun der Hinweis, daß die Arbeiter durch eine Vergrößerung ihrer Einflußnahme auf den kapitalistischen Produktionsprozeß eine Stärkung ihrer Macht gegenüber dem Kapital erfahren. Daß die organisierte Macht der Arbeiter in der Mit-Bestimmung jedoch zur Erhaltung der kapitalistischen Produktionsweise eingesetzt wird, wird von DÄUBLER nun nicht mehr für kritikabel gehalten.

Auch DEPPE u.a. müssen zugeben, daß die von ihnen geforderte "Einschränkung von kapitalistischen Machtpositionen" durch die Mitbestimmung (25) nicht gegen die Grundlagen des kapitalistischen Herrschaftsverhältnisses gerichtet ist:

"Marxistisch geschulte Gewerkschaftler waren sich stets darüber klar, daß die 'gleichberechtigte Mitbestimmung' nur die Wirkungen des Kapitalismus abschwächen, nicht aber das Wesen dieses Systems -

(24) Ebda., S. 66

(25) F. DEPPE u.a., Kritik der Mitbestimmung, a.a.O., S. 6

Ausbeutung, Entfremdung und Erniedrigung - aufheben könne." (26)

So sind die Autoren nur noch an der Frage interessiert, wie der Einfluß der Unternehmer zurückgedrängt und der Nutzen der Arbeiter an der bestehenden Mitbestimmungspraxis vergrößert werden kann:

"Wenn wir aber heute die Mitbestimmung und das Problem ihrer Erweiterung einschätzen wollen, dann gilt zunächst eine umgekehrte Fragestellung: warum können und müssen die wirtschaftlichen und praktischen Interessen der Kapitalverwertung die Praxis der Mitbestimmung zu ihren Gunsten ausnutzen und verändern?" (27)

Nach DEPPE u.a. können die geltenden Mitbestimmungsregelungen nur deshalb von den Unternehmern zu ihrem Vorteil ausgenutzt werden, weil das Mitbestimmungsgesetz die Beziehungen zwischen Kapital und Arbeit im Bereich des Unternehmens "der Maxime des 'vertrauensvollen' und 'friedlichen' Zusammenarbeitens unterwirft" (28). Mit der Übertragung von Kapitalfunktionen auf die Vertreter der organisierten Arbeiterschaft werden die Gewerkschaften zugunsten der Unternehmensleitung in das bestehende System integriert:

"Die andere, öffentlich-rechtliche Seite dieses Verhältnisses ist die gesetzliche Fesselung der Gewerkschaften an den bürgerlichen Staat und an den Zweck der kapitalistischen Unternehmen: die Profitmaximierung. Während die Rolle der westeuropäischen Sozialdemokratie in der Nachkriegsperiode primär durch die Übernahme von staatlichen Exekutivfunktionen gekennzeichnet ist, und sie damit zu einer 'Hauptstütze des kapitalistischen Systems' wird, soll die Gewerkschaftspolitik in einem ju-

(26) Ebda., S. 152

(27) Ebda., S. 152

(28) Ebda., S. 165

ristischen Mechanismus integriert werden, der sie auf der Betriebsebene an das 'Wohl des Unternehmens' kettet ..." (29)

Daß DEPPE u.a. sich trotz dieser Kritik von den Mitbestimmung noch einen Vorteil für die Arbeiter versprechen, liegt an der bloßen Tatsache, daß das Recht auf Mitbestimmung von den Arbeitern gegen die Unternehmer durchgesetzt werden mußte:

"Für die Gesamteinschätzung der gesellschaftspolitischen Relevanz der 'qualifizierten Mitbestimmung' ist es freilich unerlässlich, ihren widersprüchlichen Charakter zu diskutieren und immer wieder zu konkretisieren. Die integrativen Möglichkeiten, die die bisher praktizierte Mitbestimmung enthüllt hat, müssen mit dem Sachverhalt konfrontiert werden, daß auch die Mitbestimmung - wie jeder andere Fortschritt in der Geschichte der Arbeiterbewegung - von der Arbeiterklasse und den Gewerkschaften erkämpft werden mußte." (30)

Der "widersprüchliche Charakter" der Mitbestimmung - wie ihn DEPPE u.a. konstatieren - ist lediglich ein Ausdruck der offensichtlichen Tatsache, daß sowohl Unternehmer als auch die organisierten Arbeiter die Mitbestimmungspraxis zu ihrem Vorteil gestalten können, ohne damit die kapitalistische Produktionsweise als Grundlage ihres gleichberechtigten Handelns in Frage zu stellen. Dennoch wird von DEPPE u.a. einer von der aktiven Unterstützung der Arbeiter getragenen Mitbestimmung eine andere Qualität zugesprochen als der bisherigen gewerkschaftlichen Mitbestimmungspraxis:

"Die zentrale These dieser Untersuchung ist die vom Doppelcharakter der Mitbestimmung. Das heißt: Wie bei jeder demokratischen Reform im Spätkapitalismus, so entscheidet auch hier vor allem das

(29) Ebda., S. 167

(30) Ebda., S. 169

Ausmaß der bewußten Mobilisierung - der 'Druck von unten' - darüber, ob ein Erfolg der Gewerkschaftspolitik als Instrument zur Stabilisierung des Systems oder als wirkliche Kontrolle der politischen und ökonomischen Machtkonzentration und damit zugleich als Übergangskonzept bzw. als Ausgangsbasis für erweiterte Auseinandersetzungen fungiert." (31)

Daß die Tatsache einer unter starkem gewerkschaftlichem Druck erkämpften Position der Arbeiter keineswegs die Gefährdung des kapitalistischen Systems bedeutet, wird von DEPPE u.a. selbst aufgezeigt, denn die von ihm kritisierte Mitbestimmungsregelung im Montanbereich ist gerade gegen den Widerstand der Unternehmer von den Gewerkschaften durchgesetzt worden:

"Ohne Zweifel wurde das Mitbestimmungsgesetz für die Montanindustrie nur unter dem Druck massiver Kampfandrohungen, genauer: der Streikdrohungen der IG-Metall und der IG-Bergbau, im Deutschen Bundestag verabschiedet." (32)

Und die Autoren warnen bezeichnenderweise davor, aus dem bloßen Faktum des massiven Drucks der Gewerkschaften und des Widerstandes der Unternehmer den falschen Schluß zu ziehen:

"Wenn aber zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser gesetzlichen Regelung von gewerkschaftlicher Seite behauptet wurde: 'Mit diesen Paragraphen ist ein revolutionärer Akt vollzogen', oder wenn von einem 'bahnbrechenden Erfolg an Rhein und Ruhr' gesprochen wurde, dann lag nicht nur eine außerordentliche Überschätzung der Möglichkeiten des MGB vor, sondern auch eine gefährliche Unterschätzung der Strategie und Taktik des Kapitals." (33)

(31) Ebda., S. 6

(32) Ebda., S. 110

Wenn dennoch von DEPPE u.a. am antikapitalistischen Charakter einer Mitbestimmung "von unten" festgehalten wird, dann steht der Ausdruck "antikapitalistisch" nur noch für das Interesse, daß die Arbeiter aus ihrer Passivität erwachen und wenigstens die geltenden Rechte zu ihrem Nutzen gebrauchen:

"In der Tat ist die Unterstützung und Politisierung der derzeit noch defensiven Belegschaftsaktionen ... der wesentliche strategische Ansatz, um die Auseinandersetzung um die Mitbestimmung über verfestigte sozialpartnerschaftliche Positionen hinauszutreiben." (34)

Auch DÄUBLER geht es trotz aller gegenteiligen Absichtserklärungen bei der "tarifvertraglichen Begründung institutioneller Mitbestimmungsrechte" um nichts anderes als eine "optimale Wirkung und Absicherung der erkämpften Befugnisse" (35):

"Der hier vorgeschlagene Weg hat nicht nur den Vorzug, durch Verschaffung eines rechtlichen Rahmens die Stellung des Arbeitnehmers im Betrieb zu stärken, sondern er begünstigt in hohem Maße die Bildung von Gegenmachtformen, die anders als die gesetzliche Regelung nicht integrierend und systemstabilisierend wirken, sondern 'über sich selbst hinausweisen', d.h. Handlungsmöglichkeiten eröffnen, die zu neuen, weitergehenden Veränderungen befähigen. Erkämpfte Mitbestimmungsrechte sind - so lautet die hier vertretene These - tendenziell antikapitalistisch." (36)

3. Mitbestimmung als "Kampfaufgabe"

Trotz der objektiv integrierenden Funktion der Mitbe-

(33) Ebda., S. 110f

(34) Ebda., S. 7

(35) Ebda., S. 68

stimmungsforderungen sehen die marxistischen Autoren in der Durchsetzung dieser Forderungen eine politische Kampfaufgabe. Für die Autoren des IMSF ist ein wesentlicher Grund für ihre positive Stellung zur Mitbestimmung die bloße Tatsache, daß die Mitbestimmung nun einmal auf der Tagesordnung der Gewerkschaften steht:

"Gegenwärtig ist die Forderung nach Mitbestimmung die wichtigste aktuelle gesellschaftspolitische Forderung der Gewerkschaftsbewegung in der BRD. Sie berührt unmittelbar die Stellung der Arbeiterklasse in Produktions- und anderen wichtigen Reproduktionsbereichen der spätkapitalistischen Gesellschaft und damit wichtige strukturelle Grundlagen des gegenwärtigen Kapitalismus." (37)

Obwohl die Autoren des IMSF wissen, daß in den Mitbestimmungsforderungen der Arbeiter deren falsches Bewußtsein zum Ausdruck kommt, ist das für sie kein Anlaß zur Kritik, sondern nur eine Gelegenheit zur vorbehaltlosen Unterstützung der Mitbestimmungsforderungen. Weil die Arbeiter in der Bundesrepublik noch nicht von der Notwendigkeit des Klassenkampfes überzeugt, sondern eher zu einem friedlichen Arrangement mit dem Kapital bereit sind, ist das für die Autoren des IMSF offenbar ein Grund, sich dem vorgefundenen Bewußtsein der deutschen Arbeiterklasse anzupassen:

"Gegenmacht als Position gegen die Herrschaft des Kapitals ist Kontrolle des Kapitals. Inhaltlich zielen Mitbestimmungsforderungen deshalb auf die Kontrolle des Kapitals. Sie stellen prinzipiell keinen Gegensatz zu Forderungen nach demokratischer und Arbeiterkontrolle dar, sondern sind deren spezifischer, historisch bedingter und dem Bewußtsein der Arbeiter und Angestellten entspre-

(36) Ebda., S. 68

(37) Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a.a.O., S. 18

chender Ausdruck. Mitbestimmungsforderungen stellen kapitalistische Eigentumsverhältnisse nicht prinzipiell in Frage. Sie bleiben noch im Rahmen des Systems." (38)

Anstatt in der Forderung nach demokratischer Mitsprache auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen ein Indiz für deren fehlenden antikapitalistischen Charakter zu sehen, fühlen sich die Autoren des IMSF durch die bloße Popularität der Mitbestimmungsforderungen in ihrer Auffassung noch bestärkt:

"Mitbestimmungsforderungen gehen heute jedoch über die verschiedenen Reproduktionsbereiche und über die Arbeiterklasse hinaus. Sie werden auch von anderen sozialen Schichten und Gruppen erhoben. Sie richten sich unmittelbar gegen autoritäre Herrschaftsstrukturen, Zwänge und fehlende Mitspracherechte in den verschiedenen Gesellschaftsbereichen und in ihrer objektiven Tendenz gegen die Herrschaft des Großkapitals." (39)

Dennoch sehen die Autoren in der Ausweitung der Mitbestimmungsforderungen eine "Verflachung", weil der Interessensgegensatz der kapitalistischen Gesellschaft auf den inhaltsleeren Zusammenhang von "Autorität" und "Unterordnung" reduziert wird (40).

"Dies trifft besonders für jene Sozialbeziehungen zu, die in ein bürokratisches, hierarchisches Korsett eingezwängt sind. Der Gegensatz zwischen Bürokratie und Demokratie wird hier losgelöst von den zugrundeliegenden oder dahinterstehenden Interessen. Dies ist dadurch verursacht, daß sich die Vergesellschaftung der Reproduktions- und anderer gesellschaftlicher Prozesse in Form der Bürokratie

(38) Ebda., S. 14

(39) Ebda., S. 18

(40) Ebda., S. 38

tisierung und Anonymisierung durchsetzt. Diese Widersprüche werden damit zu einem relativ selbständigen und sich verstärkenden Antrieb der Mitbestimmungsforderungen." (41)

Hiermit wird von den Autoren des IMSF zugegeben, daß sich die "Infragestellung der Autorität" auf den verschiedensten gesellschaftlichen Gebieten gerade nicht gegen das kapitalistische Herrschaftsverhältnis richtet, sondern lediglich einen Anstoß geben soll "zur Reform und Modernisierung des herrschenden Systems, zur Beseitigung der das System selbst hemmenden Herrschaftsformen " (42). Dennoch ist den Verfassern die schlechteste Mitbestimmungsforderung dann noch gut genug, wenn ihr ein wirkliches Interesse der arbeitenden Bevölkerung entspricht:

"In Situationen schwach entwickelter und nur wenig vertiefter Klassenkämpfe kann auch die Position der Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit, also eine sozialpartnerschaftliche Anschauung, eine Aktionsbasis von Kämpfen der Arbeiterklasse darstellen." (43)

Mit diesen Aussagen zeigen die Autoren trotz aller Be-
teuerungen ihr Desinteresse an einer antikapitalistischen Politik der Arbeiter. Das beschränkte politische Bewußtsein der Arbeiter in der BRD dient ihnen zur Legitimierung der aktuell von den Gewerkschaften erhobenen Mitbestimmungsforderungen, wobei die Autoren des IMSF ihre Anpassungsstrategie damit begründen, daß die Arbeiter hinter den falschen Forderungen der Gewerkschaften stehen. Den marxistischen Gewerkschaftstheoretikern ist der Inhalt und Zweck der Mitbestimmungsforderungen offensichtlich gleichgültig, und sie sind nur noch an dem

(41) Ebda., S. 39

(42) Ebda., S. 39

(43) Ebda., S. 46

bloßen Faktum interessiert, daß sich möglichst viele Arbeiter zu einer aktiven Unterstützung der bestehenden Mitbestimmungspraxis bewegen lassen:

"Deshalb muß die Masseninitiative im Kampf um Erweiterung und Vertiefung demokratischer Rechte der Arbeiter und Angestellten, ihrer Organe und Organisationen in der Wirtschaft als entscheidendes Moment hervorgehoben werden. Reale Kräfteverschiebungen können nur im Ergebnis und als Resultat des Massenkampfes um demokratische Rechte auf der einen und der Kontrolle des Großkapitals auf der anderen Seite hervorwachsen." (44)

Daß eine "richtige Einschätzung der Entwicklungsstufen des Bewußtseins der Arbeiter" eine Voraussetzung für eine antikapitalistische Politik ist, wird von den Autoren des IMSF so gewendet, daß sie die vorhandenen Interessen der Arbeiter zur positiven Grundlage ihrer Politik machen und dazu den Gewerkschaften noch Vorschläge unterbreiten, wie sie ihre integrative Mitbestimmungspraxis von einer bloß passiven zu einer aktiven Beteiligung an der unternehmerischen Geschäftspolitik hin verändern können:

"Eine Form aktiver Kontrolle könnte z.B. darin bestehen, daß im Anschluß an die Jahresabschlüsse der Firmen und die von den Unternehmensleitungen beabsichtigten Pläne zur Profitverwendung und zur Gestaltung der Hauptlinien der Geschäftspolitik zu Kernfragen alternativer Modelle entwickelt werden. Diese müßten konkrete Vorschläge, einschließlich der Kostenschätzung in DM, enthalten, seitens der Belegschaftsvertreter und der Gewerkschaften vor der Belegschaft popularisiert und zum Ausgangspunkt von Kampfforderungen gemacht werden." (45)

Obwohl von den Autoren den INSF an der Mitbestimmungspraxis der Montanindustrie kritisiert wird, daß diese anstelle einer antikapitalistischen "bestenfalls" die Aufgaben einer "zusätzlichen sozialpolitischen Institution" wahrgenommen hat (46), geht es ihnen in ihrem alternativen Mitbestimmungsprogramm lediglich um eine Ausweitung der kritisierten Gewerkschaftspraxis:

"So könnte z.B. gegen eine Kapitalverlagerung ins Ausland ein Gegenprogramm im Interesse der Belegschaft entwickelt werden. Ein solches Gegenprogramm kann die Erweiterung des sozialen Besitzstandes der Belegschaft (Lohnerhöhung, Ausweitung der Sozialfonds u.ä.) und die fachliche Qualifizierung auf Kosten des Unternehmens zur Sicherung des Sozialstatus der Beschäftigten und anderes zum Ziel haben." (47)

Daß diese von den marxistischen Autoren vorgeschlagenen "Gegenprogramme" gerade nicht gegen das Kapitalverhältnis gerichtet sind, kommt einige Zeilen weiter zum Ausdruck:

"Es kann allerdings nicht erwartet werden, daß damit die Herrschaft des Kapitals auf betrieblicher bzw. Unternehmensebene ausgeschaltet werden könnte." (48)

(45) Ebda., S. 271

(46) Ebda., S. 264

(47) Ebda., S. 271f

(48) Ebda., S. 272

Die Autoren des INSF unterscheiden sich in ihren Mitbestimmungsforderungen in keiner Weise von denen der Gewerkschaft. Auch von gewerkschaftlicher Seite wird von der Mitbestimmung erwartet, "daß sie dem einzelnen ein Höchstmaß an Sicherheit vermitteln und ihm Spielraum zur Entfaltung gewähren" soll (Mitbestimmung - eine Forderung unserer Zeit, in: Politik und Programmatik des DGB, a.a.O., S. 134).

Auch die Versicherung, daß die Mitbestimmung nicht gegen die Herrschaft des Kapitals gerichtet ist, teilen die marxistischen Autoren mit dem DGB:

Die geforderte Gegnerschaft richtet sich demnach nicht gegen die objektiven Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft, sondern gegen die Unternehmer als eine bestimmte Gruppe in der Gesellschaft, deren Einfluß auf die Wirtschaft zugunsten der Arbeitnehmer zurückgedrängt werden soll. Die "Eingriffe in die Profit-sphäre des Kapitals" sollen auf Grundlage der kapitalistischen Profitwirtschaft vollzogen werden und stossen somit notwendig auf die Schranken der jeweiligen betrieblichen Rentabilität. Die von den Autoren des IMSF angestrebte "Gegenmacht" der Arbeiter richtet sich in gleicher Weise wie die Forderungen der Gewerkschaft nach "qualifizierter Mitbestimmung" auf eine stärkere Rücksichtnahme gegenüber den Interessen der Arbeiter, ohne die Grundlage dafür anzugreifen, daß die Durchsetzung dieser Interessen beständig verhindert wird:

"Und 'Gegenmacht' oder 'Macht der Arbeiterklasse' drückt aus, daß das herrschende System die Interessen der arbeitenden Massen in dem Maße berücksichtigen muß, wie sie sich organisieren, Initiative entfalten und das System selbst in Frage stellen." (49)

Daß die Mobilisierung der Arbeiter den Rahmen des gewerkschaftlichen Kampfes nicht überschreiten darf, wird nicht zuletzt daran deutlich, daß die marxistischen Autoren des IMSF die "Hauptaufgabe" gegenwärtiger Arbeiterpolitik in der "Stärkung der Gewerkschaften" sehen (50). Mit der Aktivierung der Masse der Gewerkschaftsmitglieder wollen sie einer als system-

(48) Fortsetzung

"Das Spannungsfeld zwischen Arbeitnehmern und Kapitaleignern wird damit nicht beseitigt. Im Gegenteil, es wird als Strukturprinzip unserer Ordnung anerkannt. Allerdings ändern sich die Spielregeln für die Austragung von Konflikten." (Ebda., S. 136)

(49) Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a.a.O., S. 269

(50) Ebda., S. 279

immanent kritisierten gewerkschaftlichen Mitbestimmungspraxis eine solide Basis in den Betrieben verschaffen, weil ihnen die vorgefundenen Interessen der Arbeiter als Richtschnur ihres Handelns dienen:

"Das zentrale Problem ist für sie nicht die institutionelle Mitbestimmung an der Spitze, nicht die Frage nach 30, 40 oder 50% der Aufsichtsratssitze - obwohl sie solche Positionen und den Kampf darum nicht unterschätzen -, sondern daß die Mitbestimmung von unten getragen wird und daß sie sich in erster Linie für die Arbeiter und Angestellten in Werkstatt und Büro zugunsten ihrer Interessen auswirken muß." (51)

Obwohl die Autoren des PROJEKT KLASSENANALYSE mit denen des IMSF der Ansicht sind, daß die "Unterstützung des gewerkschaftlichen Kampfes" der Arbeiter der notwendige Schwerpunkt einer kommunistischen Arbeiterpolitik sein muß (52), wird dennoch die Mitbestimmungskonzeption des IMSF von ihnen als zu defensiv kritisiert. Es wird zwar auch von den Marxisten des PROJEKT KLASSENANALYSE zugestanden, daß eine kommunistische Politik in der Agitation "an die reellen Elemente in der Klassenbewegung anknüpfen" muß (53), dennoch wird den Autoren des IMSF vorgeworfen, mit ihrer Betonung des "demokratischen Kampfes" einem "Mißverständnis der politischen Demokratie als Form politischer Herrschaft zu unterliegen:

"Es kann keine Demokratisierung der Wirtschaft in der kapitalistischen Produktionsweise geben, da doch die Ideale der bürgerlichen Demokratie - Freiheit, Gleichheit, Gerechtigkeit - bloß all-

(51) Ebda., S. 281

(52) "Mitbestimmung als Kampfaufgabe" - Bemerkungen zu einer Studie des IMSF, in: PROJEKT KLASSENANALYSE, Klassenbewußtsein und Partei, Westberlin 1972, S. 57

(53) Ebda., S. 64

gemeine Ausdrücke der Zirkulationssphäre sind, durch die das spezifisch bürgerliche Herrschafts- und Knechtschaftsverhältnis zugleich vermittelt wie verschleiert und mystifiziert wird." (54)

Damit wird den Mitbestimmungsforderungen des IMSF angelastet, sich den vom kapitalistischen Herrschaftsverhältnis erzeugten falschen Bewußtseinsformen zu unterwerfen und damit den Kampf gegen das Kapitalverhältnis aufzugeben:

"Darauf zu verzichten, den verborgenen Sinn dieses Kampfes um Erweiterung der demokratischen Rechte klar auszusprechen, und stattdessen den Kampf um die soziale Emanzipation der Arbeiterklasse dadurch unterstützen zu wollen, indem auch die Kommunisten sich dem verschleierte Ausdruck anschließen und selbst den Kampf um die Erweiterung der demokratischen Rechte in den Mittelpunkt ihrer Agitation stellen, hieße die Bestimmungen der kommunistischen Politik oder revolutionären Taktik aufzugeben." (55)

Nach Ansicht der Autoren des PROJEKT KLASSENANALYSE kann es für eine kommunistische Politik keine demokratische Zwischentappe geben, womit den Mitbestimmungsforderungen des IMSF eine Absage erteilt wird, insofern sich diese durch die aktive Mitsprache der Arbeiter eine "schrittweise Zurückdrängung der Macht der Monopole" versprechen:

"Eine antimonopolistische Demokratie, in der die Macht der Bourgeoisie schon teilweise eingeschränkt und allmählich ein Übergang zur politischen Form der sozialen Emanzipation des Proletariats möglich wird, kann es nicht geben, da diese Einschränkung der Monopolmacht nur als offener

(54) Ebda., S. 64

(55) Ebda., S. 65

Kampf um die soziale Emanzipation denkbar ist."

(56)

Wer jedoch aus dieser Kritik an den Autoren des IMSF den Schluß erwartet, daß eine kommunistische Agitation den systemimmanenten Charakter aller Mitbestimmungsforderungen aufzeigen soll, sieht sich getäuscht. Statt das vorgefundene Bewußtsein der Arbeiter zu kritisieren, verstärken die Autoren des PROJEKT KLASSENANALYSE den Fehler des IMSF, indem sie noch mehr Verständnis für das unterentwickelte Bewußtsein der Arbeiter fordern:

"Die Autoren lassen dabei weitgehend außer acht, daß dieses Verhältnis von Belegschaft und betrieblichen Kadern selbst eingegliedert ist durch jeweils spezifische Interessenlage, Tradition, lokale Verhältnisse, durch Faktoren, die sich in unterschiedlichen Bewußtseinsformen ausdrücken müssen und in ihrer Gesamtheit Ursachen sind für die Spaltung der Belegschaften wie der Arbeiterklasse überhaupt bzw. diese Spaltung vertiefen."

(57)

Wurde den Autoren des IMSF vorgeworfen, mit ihrer Anpassung an die Demokratievorstellungen der Arbeiter die Durchsetzung einer kommunistischen Politik aufzugeben, so wird nun von den Verfassern des PROJEKT KLASSENANALYSE selbst zum Ausdruck gebracht, daß sie eine kommunistische Politik zum gegenwärtigen Zeitpunkt deshalb für unmöglich erklären, weil die Arbeiter aufgrund der mannigfaltigsten Behinderungen noch nicht zur Einsicht in die Notwendigkeit des Klassenkampfes gelangen können. Die Kritik des PROJEKT KLASSENANALYSE an der Gewerkschaftstheorie des IMSF macht lediglich die prinzipielle Übereinstimmung beider Autorengruppen deutlich, insoweit die Kritiker des IMSF auch an der aktiven Fortführung der gewerkschaftlichen

(56) Ebda., S. 66

(57) Ebda., S. 68

Mitbestimmungspraxis interessiert sind, was sie zu einer lobenden Schlußbemerkung veranlaßt:

"Trotz dieser Mängel muß jedoch hervorgehoben werden, daß die Autoren des IMSF ... die Untersuchung der gegenwärtigen Verhältnisse der BRD in einer Reihe von Punkten vorangetrieben und die sich daraus ergebende politische Taktik präzisiert haben." (58)

4. Arbeiterkontrolle - ein neuer Name für die gleiche Sache?

Der Forderung nach einer Ausweitung der bestehenden Mitbestimmungsregelung wird von BRUNNER (59) vorge-

(58) Ebda., S. 70

Aus einem anderen Beitrag des PROJEKT KLASSENANALYSE geht hervor, daß sie insofern noch hinter die Position des IMSF zurückfallen, als sie ihre theoretische Aufgabe wesentlich darin sehen, die Gründe dafür zu suchen, warum die Arbeiter noch nicht kämpfen können. Unter Berufung auf die Interessen der Gesamtheit der Arbeiterklasse demonstrieren die marxistischen Autoren nur ihre Gleichgültigkeit gegenüber einer kommunistischen Politik, die aus wissenschaftlicher Einsicht die Arbeiter von der Notwendigkeit einer revolutionären Veränderung der Gesellschaft überzeugen will:

"Das Interesse der Gesamtbewegung in diesem Entwicklungsprozeß besteht aber nicht darin, der Bewegung ein bestimmtes theoretisches Konzept ihrer Entwicklung vorzuhalten und jedem unentwickelten und unklaren Ausdruck der sozialen Emanzipation den richtigen und doktrinär einwandfreien entgegenzuhalten. Im Gegenteil muß der faktische Ausgangspunkt jeder wirklichen allgemeinen Bewegung der Arbeiterklasse als solcher akzeptiert werden und der Bewegung muß Zeit gelassen werden, sich zu festigen, gleichgültig auf welcher programmatischen Plattform, solange nur der Klassencharakter bewahrt bleibt."

(Proklamierte und distinkte Arbeiterpartei, in: PROJEKT KLASSENANALYSE, Kleinbürgerlicher oder wissenschaftlicher Sozialismus, Westberlin 1974, S. 42f.)

(59) O. BRUNNER, Mitbestimmung - eine Kampfaufgabe? in: Die Internationale, Juli 1974, S. 94-121

halten, die Integration der Arbeiter in den Kapitalismus zu verstärken. Nach BRUNNER wird auch eine von den Arbeitern erkämpfte Mitbestimmung

"den Prozeß der Bürokratisierung der Gewerkschaften weitertreiben, die Abhängigkeit der Gewerkschaften von Staat und Kapital erhöhen, der sozialpartnerschaftlichen Ideologie einen erweiterten Nährboden verschaffen und somit die Kampfbedingung der Arbeiterklasse verschlechtern." (60)

BRUNNER wirft den Autoren des IMSF vor, sich dem vorhandenen Bewußtseinsstand der Arbeiter unterzuordnen und das politische Kräfteverhältnis in den Gewerkschaften "gleichsam als vorgegebene statische Größe" zur Grundlage ihres Handelns zu machen:

"Aufgabe der Kommunisten muß es sein, auf die Veränderung gegebener Größen hinzuwirken, eine klare politische Perspektive zu weisen, den proletarischen Massen die Unvereinbarkeit ihrer Interessen mit denen des Kapitals zu vermitteln, beharrlich die Illusion zu zerstören, in der Zusammenarbeit mit dem Kapital lasse sich sozialer Fortschritt sichern und erweitern. Das kann aber nur heißen, auch die Illusion zu bekämpfen, durch Mitbestimmung ließen sich die eigenen Interessen gegen das Kapital durchsetzen." (61)

Weil für BRUNNER in jeder Unterstützung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungsforderungen die Aufgabe einer revolutionären Politik angelegt ist, sieht er in der Propagierung der "Arbeiterkontrolle" einen Weg, die Fehler der Mitbestimmungspolitik zu vermeiden und die Arbeiter für eine Politik zu aktivieren, die nach seiner Ansicht gegen das Kapitalverhältnis gerichtet ist:

(60) Ebda., S. 104f

(61) Ebda., S. 103

"Tatsächlich bedeutet die Propagierung der Forderung nach Arbeiterkontrolle für revolutionäre Kommunisten die Verweigerung jeder vertrauensvollen Zusammenarbeit mit dem Kapital, die ständige Denunziation aller Personen und Einrichtungen, die diese Zusammenarbeit praktizieren, an Hand der täglichen Erfahrungen der Arbeiter im Betrieb die Unvereinbarkeit ihrer Interessen mit denen des Kapitals aufzuzeigen." (62)

Trotz seiner scharfen Kritik an der Anpassungsstrategie der IMSF-Autoren sieht sich auch BRUNNER zu einer Rücksichtnahme auf das vorherrschende Bewußtsein der Arbeiter genötigt, was seinen Anspruch auf eine revolutionäre Politik in den Hintergrund treten läßt. BRUNNER sieht in ähnlicher Weise wie die marxistischen Autoren des IMSF keine Möglichkeit, den Arbeitern unter den gegenwärtigen Bedingungen die Einsicht in die Abschaffung des Kapitalismus zu vermitteln:

"Kein Kommunist wird bestreiten, daß nach über zwei Jahrzehnten des Aufschwungs und der relativen Stabilität des Kapitalismus, nach jahrelanger Indoktrination der Arbeiterklasse mit antikomunistischen und sozialpartnerschaftlichen Ideologien die Arbeiter ihre Kämpfe gegen das Kapital noch nicht mit der Erkenntnis der Notwendigkeit des Sturzes kapitalistischer Herrschaft überhaupt führen." (63)

Und so stellt für BRUNNER die Forderung nach Arbeiterkontrolle eine Zwischenlösung dar, welche helfen soll, "die Brücke zwischen gegenwärtigen Forderungen und dem Programm der sozialistischen Revolution zu finden (64). Mit

(62) Ebda., S. 109

(63) Ebda., S. 115

(64) Ebda., S. 115

Hilfe eines "Systems von Übergangsforderungen" soll dem beschränkten Arbeiterbewußtsein Rechnung getragen werden und zugleich die schrittweise "Erziehung der Arbeiterklasse zur Unversöhnlichkeit gegenüber dem Klassengegner" (65) geleistet werden:

"Die Hauptfunktion von Übergangsforderungen besteht also darin, die Erhöhung des Bewußtseinsstandes der Massen in den von diesen geführten Kämpfen bis zu dem Punkt zu führen, an dem diese als Ergebnis ihrer eigenen Erfahrungen die Notwendigkeit erkennen, die Kapitalisten aus dem Betrieb und die kapitalistische Klasse von der Macht zu jagen ... Die Forderung nach der 'anti-monopolistischen Demokratie' und die Forderung nach Mitbestimmung können diese Funktion nicht erfüllen. Sie stellen keine Übergangsforderungen dar." (66)

Die Kritik an der Mitbestimmungskonzeption der IMSEF-Autoren schlägt auf BRUNNER selbst zurück: Anstatt den Arbeitern die Schranken eines jeden partnerschaftlichen Arrangements mit dem Kapital zu vermitteln, will auch BRUNNER eine Radikalisierung des gewerkschaftlichen Kampfes erreichen, ohne das Bewußtsein der Arbeiter zu verändern. Die Einsicht in die Abschaffung des Kapitalismus wird abhängig gemacht von dem Eintreffen äußerer Umstände, die den Marxisten das Geschäft der Agitation abnehmen sollen: die von den Übergangsforderungen getragenen ökonomischen und politischen Auseinandersetzungen sollen in einer Weise eskalieren, daß die Arbeiter zwangsläufig zu Revolutionären werden.

Auch MANDEL (67) sieht in der Forderung nach Arbei-

(65) Ebda., S. 115

(66) Ebda., S. 115

terkontrolle die Möglichkeit, den Interessenskampf der Arbeiter weiterzutreiben und auf eine "revolutionäre Kraftprobe" hin zu lenken (60), indem Forderungen gestellt werden, die vom kapitalistischen System nicht erfüllt werden können:

"Die Arbeiterkontrolle ist eine Übergangsforderung, ein mustergültiges Beispiel antikapitalistischer Strukturreform. Sie geht von unmittelbaren Hauptforderungen breiter Massen aus und führt zu Auseinandersetzungen, die in der Praxis das kapitalistische System und den kapitalistischen Staat in Frage stellen. Denn Arbeiterkontrolle ist eine Forderung, die der Kapitalismus weder verdauen noch integrieren kann: wie die Tagesforderungen der letzten 60 Jahre (Lohnerhöhung, 8-Stunden-Tag, gesetzliche Sozialversicherung und bezahlter Urlaub)." (69)

Abgesehen davon, daß die Beispiele von MANDEL gerade die Integration von Übergangsforderungen belegen (es kann doch allen Ernstes nicht bezweifelt werden, daß sich das Kapital gut auf den 8-Stunden-Tag, Sozialversicherung etc. eingestellt hat), sollen derartige "antikapitalistische Strukturreformen" nur den einen Zweck verfolgen, die Arbeiter politisch zu aktivieren. Nach Ansicht des Autors erfüllen Übergangsforderungen erst dann ihren Sinn, wenn sie möglichst erfolglos bleiben, um dadurch die Arbeiter zu immer weitergehenden Forderungen gegenüber dem Kapital zu veranlassen. Daß eine solche Radikalisierung des Kampfes der Arbeiter gerade nicht notwendig zu einer antikapitalistischen Politik führen muß, wird an MANDELS eigenen Ausführungen deutlich.

(67) E. MANDEL, Arbeiterkontrolle, in: Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung, hrsg. von E. MANDEL, Ffm 1971, S. 440-445

(68) Ebda., S. 441

(69) Ebda., S. 440

Obwohl MANDEL durch die Notwendigkeit einer kommunistischen Agitation zu erkennen gibt, daß die Arbeiter nicht aufgrund ihrer unmittelbaren Erfahrungen im Betrieb automatisch zu Gegnern des kapitalistischen Systems werden, denunziert er die Absicht von Kommunisten, die Arbeiter "von außen" zu agitieren und damit den objektiven Grund ihrer subjektiven Erfahrungen zu erklären:

"Wenn das eine aus dem anderen hervorgehen soll, so müssen es die Arbeiter nicht als etwas Abstraktes, durch revolutionäre Propagandatrupps künstlich in ihre Kämpfe Hineingetragenes annehmen, sondern es muß sich als eine Notwendigkeit ihres Kampfes entwickeln." (70)

Die Verherrlichung der Spontaneität der kämpfenden Arbeiter, welche MANDEL gegen seine eigenen kommunistischen Interessen zu Felde führt, muß notwendigerweise die Unterwerfung unter die zwar radikalen, dennoch systemimmanenten Bedürfnisse der Arbeiter zur Folge haben. Nach MANDEL soll die Kontrolle der Betriebe durch die Arbeiter dazu benutzt werden,

"die Willkür, die Ungerechtigkeit, den Betrug und die Verschwendung der Unternehmer vor der ganzen Nation anzuprangern." (71)

Nicht das Prinzip der kapitalistischen Lohnarbeit soll bekämpft werden, sondern unerträgliche Härtefälle unternehmerischer Ausbeutung sollen aufgegriffen werden, sodaß der einzige Unterschied gegenüber der gewerkschaftlichen Mitbestimmung darin besteht, keine "Schweigepflicht" der Arbeitnehmervertretung zu dulden:

"Es versteht sich, daß so gesehen die Arbeiterkontrolle von den gewählten Delegierten und vor der ganzen Nation ausgeübt wird und nicht von Gewerkschaftsführern, die sich mit einigen Unter-

(70) Ebda., S. 442

(71) Ebda., S. 442

nehmern hinter verschlossenen Türen treffen."

(72)

MANDEL kritisiert mit Recht an der Mitbestimmungskonzeption der deutschen Gewerkschaft, daß sie eine explizite Mitverantwortung für die Ausbeutung der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft darstellt (73).

Nach seiner Ansicht spricht jedoch alles dafür,

"daß die bewußteren, radikalere und kämpferischen Teile der westeuropäischen Arbeiterschaft diesen Prozeß rechtzeitig umkehren werden." (74)

Die Forderungen nach Kontrolle der betrieblichen Produktion, wie sie von den Arbeitern besonders in den französischen und italienischen Streikbewegungen erhoben werden, ist für MANDEL ein deutliches Anzeichen dafür,

"daß sich immer mehr Arbeiterkämpfe spontan in Richtung auf ein Infragestellen der kapitalistischen Produktionsverhältnisse bewegen." (75)

Und MANDEL behauptet sogar, daß die Ausübung der "Arbeiterproduktionskontrolle" in den Betrieben in keiner Weise mehr den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise unterworfen ist:

"Im Gegensatz zur 'Mitbestimmung' geht die Strategie der Arbeiterproduktionskontrolle davon aus, daß Tarifautonomie der Gewerkschaften einerseits und Mitverantwortung für die Profitmaximierung der Betriebe und Konzerne andererseits, daß Verteidigung der Interessen der Lohnabhängigen einerseits und das sich den Bewegungsgesetzen der kapitalistischen Produktionsweise Fügen andererseits, grundlegend unvereinbar sind." (76)

(72) Ebda., S. 443

(73) E. MANDEL, Systemkonforme Gewerkschaften, a.a.O., S. 69

(74) Ebda., S. 70

(75) Ebda., S. 71

(76) Ebda., S. 71f

Daß die Ablehnung der kapitalistischen Rentabilität auf der Ebene des einzelnen Betriebes keineswegs die Gesetze der Kapitalverwertung in Frage stellt, zeigt die Tatsache, daß die aufgestellten Übergangsforderungen ihre Schranken an der Stabilität der kapitalistischen Gesamtwirtschaft finden. Und nicht nur das: die Arbeiterproduktionskontrolle wird von MANDEL sogar als ein Mittel zur Steigerung der Rentabilität des nationalen Kapitals empfohlen:

"Handelt es sich um eine vom wirtschaftlichen Standpunkt aus gesehene irrationale Haltung? Keineswegs. Die materialistische Basis dieser Haltung liegt in der Überzeugung - die durch die Wirtschaftstheorie durchaus bestätigt wird -, daß die globale Rentabilität der nationalen (und noch mehr: der internationalen) Wirtschaft höher ist als die Summe der 'individuellen Rentabilität', wenn es gelingt, eine demokratisch-zentralisierte Planwirtschaft mit einem Minimum an durch das Rüstesystem gesicherter Wirksamkeit zu errichten."

(77)

Aus den Ausführungen von MANDEL wird ersichtlich, daß auch in der politischen Strategie der Arbeiterkontrolle nicht nur ein Fügen in die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Produktionsweise eingeschlossen ist, sondern sogar - wie in der Konzeption der Mitbestimmung - die positive Verantwortung gegenüber dem Bestand dieser Gesellschaft zur Grundlage des Handelns gemacht wird. Die Ablehnung der "Mitverantwortung für die Profitmaximierung der Betriebe und Konzerne" richtet sich - so muß aus den Aussagen MANDELs geschlossen werden - gegen die private Willkür von Einzelunternehmen, welche unrentabel wirtschaften und damit zu einer Gefährdung der gesamten Wirtschaft werden. Weil für MANDEL die "Struk-

tur der Unternehmen nicht mehr den Erfordernissen der Wirtschaft entspricht" (78), macht er den Standpunkt der kapitalistischen Rationalität gegen das einzelne Unternehmen geltend, um mit Hilfe der von den Arbeitern kontrollierten Betriebe die Effizienz der kapitalistischen Gesamtwirtschaft zu erhöhen.

Das von MANDEL den spontanen Arbeiterkämpfen unterstellte "Infragestellen der kapitalistischen Produktionsweise" ist nicht unterschieden von dem "Antikapitalismus" des gewerkschaftlichen Kampfes überhaupt: auch in der Strategie der Arbeiterproduktionskontrolle schließt der Kampf gegen die Auswirkungen der Lohnarbeit die grundsätzliche Anerkennung des Kapitalverhältnisses sowie des durch den Staat vertretenen Gemeinwohls ein. Der Unterschied zwischen Arbeiterkontrolle und Mitbestimmung besteht darin, daß der Interessensgegensatz gegenüber dem Kapital nach der einen Konzeption kämpferisch ausgetragen wird, während in der Forderung nach Mitbestimmung die Durchsetzung der Arbeiterinteressen ausdrücklich unter Zurückstellung des gewerkschaftlichen Kampfes erfolgen soll (79). Es kennzeich-

(78) E. MANDEL, Arbeiterkontrolle..., a.a.O., S. 444
Am Beispiel des Kampfes der Arbeiter der Uhrenfabrik Lip wird in exemplarischer Weise deutlich, daß die Übernahme des Betriebes durch die Arbeiter Ausdruck der Kritik an der rückständigen und falschen Unternehmenspolitik war. Die Arbeiter reagierten auf die "langsam sich hinziehende Vorbereitung der Liquidation des Unternehmens und den allmählichen Verfall der Autorität der Direktion von Lip" und beschlossen, den Verkauf der selbstproduzierten Uhren selbst zu unternehmen.
(Th. BLANKE, R. ERD, H. ERD-KÜCHLER, Lip - Legalität und Klassenbewußtsein, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1974, S. 253)

(79) Zur Entkräftung der Argumente der Unternehmer gegen die erweiterte Mitbestimmung verweist die DGB-Führung stolz auf die Mitbestimmungspraxis in der Montanindustrie, wo sich die "Gleichberechtigung von Kapital und Arbeit" stets zum "Wohl des Unternehmens" ausgewirkt hat:

"Das weitgehende Fehlen von Kampfabstimmungen in den

not jedoch lediglich die falsche Gewerkschaftstheorie der marxistischen Autoren, wenn in der bloßen Radikalisierung des gewerkschaftlichen Kampfes ein Schritt zum Sozialismus gesehen wird: Mitbestimmung und Arbeiterkontrolle sind zwar verschiedene, dennoch gleichermaßen immanente Formen des Kampfes der Arbeiter gegen den Kapitalismus.

(79) Fortsetzung
Montanunternehmen hat gezeigt, daß konstruktive Lösungen möglich sind, da über umstrittene Fragen vor den entscheidenden Sitzungen bei internen Beratungen Übereinstimmung erzielt wurde."
(Politik und Programmatik des DGB, a.a.O., S. 140)

VII. WARUM SCHEITERN MARXISTEN AN DER ERKLÄRUNG DER GEWERKSCHAFT ?

1. Kapitalverhältnis und Gewerkschaft

In allen angeführten marxistischen Gewerkschaftstheorien kommt die Unzufriedenheit mit dem bestehenden Zustand der Gewerkschaften in der BRD zum Ausdruck. Im Unterschied zu bürgerlichen Sozialwissenschaftlern machen Marxisten für die kritisierten Phänomene einen allgemeinen Grund verantwortlich: sie fassen die von ihnen aufgewiesenen Unzulänglichkeiten der Gewerkschaften als Konsequenz der kapitalistischen Produktionsweise auf. Die Autoren machen es sich daher zur Aufgabe, das jeweilige Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter aus den vom Kapital gesetzten Bedingungen der Lohnarbeit zu erklären, was von den Autoren der PROKLA wie folgt formuliert wird:

"Die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter ist das notwendige Resultat der Tatsache, daß sich Lohnarbeit und Kapital als ausgebeutete und ausbeutende Klasse gegenüberstehen." (1)

Auch von ESCHENHAGEN wird dies zum Ausgangspunkt seiner Erklärung der Gewerkschaft gemacht:

"Funktion und Existenz der Gewerkschaften sind an die Existenz der kapitalistischen Produktionsverhältnisse gebunden; ihre Rolle kann daher nicht unabhängig von der Entfaltung kapitalistischer Widersprüche gesehen werden." (2)

Obwohl die objektiven gesellschaftlichen Verhältnisse das aktuelle Handeln der Gewerkschaften erklären sollen, sind alle marxistischen Autoren - das hat die

(1) Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftsarbeit, a.a.O., S. 54

(2) W. ESCHENHAGEN, Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften?, a.a.O., S. 12

Darstellung ihrer Theorien gezeigt - einen solchen Nachweis schuldig geblieben: An den Aussagen zum gewerkschaftlichen Lohnkampf wird deutlich, daß die ständige Sicherung des Arbeitseinkommens den Arbeitern gerade nicht von den herrschenden Verhältnissen aufgezwungen wird. Vielmehr wird der Kampf um die Höhe des Arbeitslohns den subjektiven Interessen der Gewerkschaftsführung zugeschrieben, welche dadurch die Arbeiter auf die Erhaltung des kapitalistischen Systems festlegen will. Nicht das Lohnarbeitsverhältnis wird für den gewerkschaftlichen Arbeitskampf verantwortlich gemacht, sondern "Verselbständigung und das Eigeninteresse der Bürokratie" (3) müssen als Gründe für die Reproduktionskämpfe der Arbeiter herhalten. Das im gewerkschaftlichen Lohnkampf zum Ausdruck kommende Interesse der Arbeiter am Bestand der Lohnarbeit gilt den marxistischen Autoren nicht als Ausdruck eines durch die herrschenden Verhältnisse aufgezwungenen Verhaltens, sondern im Gegenteil als Resultat eines Bewußtseins, das nicht durch die Produktionsverhältnisse geprägt ist:

"In der Übernahme bürgerlicher Wirtschaftstheorie durch die Gewerkschaften zeigt sich nichts anderes als die Tatsache, daß das Ausbeutungs-Verhältnis bei den Arbeiterfunktionären nicht mehr ins Bewußtsein tritt, welche nicht unmittelbar dem Kapitalverhältnis unterworfen sind, und denen die tägliche Erfahrung der Ausbeutung und der wirklichen Herrschaft des Kapitals über die Lohnarbeit im Produktionsprozeß fehlt." (4)

Weil in den objektiven Bedingungen der Lohnarbeit keine Notwendigkeit zur Sicherung des Arbeitslohns gese-

(3) H. SCHAUER, Über den Gewerkschaftsapparat und die Grenzen des Aktionsspielraums, a.a.O., S. 185

(4) Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Thesen zur Gewerkschaftsanalyse, a.a.O., S. 87

hen wird, steht es nach GORZ im Belieben der Gewerkschaft, gegenüber einer bloß systemimmanenten Politik einer revolutionären Strategie den Vorzug zu geben:

"Statt die Arbeiterklasse auf Fragen des Prozentsatzes einer Lohnerhöhung festzulegen, sollte man lieber Vertrauen haben zu ihrer radikalen Ablehnung der kapitalistischen Gesellschaft in dem Bereich, in dem diese Ablehnung ständig erlebt wird: nämlich auf der Ebene der kapitalistischen Produktionsverhältnisse. Warum beginnt man den Kampf nicht von vornherein mit dem Grundsätzlichen ..." (5)

Daß die Gewerkschaftsführung solchen Zielvorstellungen nicht Rechnung trägt, ist für die marxistischen Autoren ein deutlicher Hinweis darauf, daß die leitenden Funktionäre der Gewerkschaft außergewerkschaftlichen Interessen verpflichtet sind. Nicht nur wird der Gewerkschaftsbürokratie vorgehalten, die Interessen der Arbeiter nicht zu vertreten, sondern ihr wird darüber hinaus vorgeworfen, offen für die Interessen der Klassengegner Partei zu ergreifen. Die Gewerkschaftsführung wird beschuldigt, die Arbeiter im Interesse der herrschenden Klasse zu disziplinieren, um sie auf diese Weise vom Klassenkampf abzuhalten:

"So tritt die beamtete 'Arbeiteraristokratie' objektiv als 'Arbeiterkommiss der Kapitalistenklasse' auf, die im 'Bürgerkrieg zwischen Bourgeoisie und Proletariat' für Unternehmersorgen optiert hat." (6)

Anstatt das Verhalten der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu erklären, gehen die marxistischen Theoretiker dazu über, die politischen Absichten der Un-

(5) A. GORZ, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, a.a.O., S. 41

(6) S.G. PAPCKE, Proletarische Spontaneität und gewerkschaftliche Disziplin, a.a.O., S. 24

ternehmer und des Staates gegenüber der Gewerkschaft darzustellen: die Kritik an den Gewerkschaften wird zu einem Angriff auf die Gegner der Gewerkschaften, denen der Vorwurf gemacht wird, die Arbeiter von ihren "eigentlichen" Interessen abzulenken:

"Das System erwartet von den Gewerkschaften mit- hin, daß sie die materiellen Bedürfnisse der Lohn- abhängigen zur Sprache bringen und in der insti- tutionell dafür vorgesehenen Form, nämlich mit- tels Tarifverhandlungen - unter Berücksichtigung 'gesamtwirtschaftlicher Interessen' -, zur Gel- tung bringen. Das Interesse der privaten Wirt- schaft geht nun immer stärker auf langfristige Perioden einer kalkulierbaren, also ungestörten Entwicklung." (7)

Von den Autoren des SOZIALISTISCHEN BÜROS werden ins- besondere die Interessen der SPD-Regierung für den schlechten Zustand der Gewerkschaften verantwortlich gemacht:

"Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaften ist eng verbunden mit der Entwicklung der SPD. Die Gewerkschaften haben traditionell der SPD die po- litische Führungsrolle überlassen und sich auf die Verteidigung der ökonomischen Interessen der Lohnabhängigen im Kapitalismus beschränkt." (8)

Mit dem "Einbau der Gewerkschaften in das kapitali- stische Krisenmanagement" soll eine klassenbewußte Gewerkschaftspolitik verhindert worden sein:

"Auch versucht die SPD, den Ablösungsprozeß vieler Lohnabhängigen aufzuhalten und die Ge- werkschaftsarbeit in den Betrieben unter Kon- trolle zu bekommen, indem sie ihre Betriebs- gruppen, die jahrelang auf dem Papier standen,

(7) E. SCHMIDT, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht, a.a.O., S. 8f

reaktiviert." (9)

Die Vorliebe der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für die SPD wird nicht aus ihrer ökonomischen Situation als Lohnarbeiter, sondern aus dem Interesse der SPD-Führung an einer parteigebundenen Gewerkschaft erklärt:

"Eine Richtungsgewerkschaft, die nur Mitglieder nach parteipolitischen Maßstäben zuläßt, widerspricht dem Prinzip der Einheitsgewerkschaft. Mithilfe der sozialdemokratischen Ideologie haben die SPD-Bonzen aus den Gewerkschaften Richtungsgewerkschaften gemacht." (10)

Sofern die Gewerkschaftsführung solchen Interessen Rechnung trägt, fungiert sie nach Ansicht der marxistischen Autoren nicht mehr als Gewerkschaftsführung, sondern als Handlanger der herrschenden Klasse, wie es der KOMMUNISTISCHE BUND WESTDEUTSCHLAND deutlich zum Ausdruck bringt:

"Die Kommunisten haben keine von den Interessen des gesamten Proletariats getrennten Interessen... Ganz anders verhält es sich mit den sozialdemokratischen Gewerkschaftsführern, die eine ganze Menge von den Interessen des gesamten Proletariats getrennte Interessen haben. Sie haben Sessel und Pöstchen zu verteidigen, Sitze in Aufsichtsräten usw. Sie haben im Gegensatz zum Proletariat ein Interesse daran, daß die Gesellschaft nicht revolutionär umgewälzt wird, denn ihre ganze Lebensweise ist mit der kapitalistischen Gesellschaft und mit der herrschenden Klasse auf Engste verbunden." (11)

(3) Thesen des SB, a.a.O., S. 56

(9) Ebda., S. 57

(10) Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Oktober 1974, S. 27

(11) Was wollen die Kommunisten? Antwort auf eine Bro-

Obwohl die Arbeiter schon durch ihre bloße Mitgliedschaft in der Gewerkschaft beweisen, daß ein solcher Gegensatz zwischen ihren Interessen und denen der Gewerkschaftsführung nicht besteht, wird von den marxistischen Autoren beharrlich daran festgehalten, daß in den westdeutschen Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter nicht vertreten werden (12). Das widersprüchliche Verhalten der Gewerkschaften, die zerstörenden Wirkungen der Lohnarbeit zu bekämpfen und dennoch ihre Grundlagen zu erhalten, wird nicht als die charakteristische Beschränktheit einer jeden gewerkschaftlichen Organisation begriffen, sondern als ungewerkschaftlich denunziert: die Unzufriedenheit der marxistischen Autoren mit dem vorfindlichen Zustand der Gewerkschaften bedeutet somit keinerlei Kritik an den Prinzipien der gewerkschaftlichen Politik, sondern nur an deren "Mißbrauch" durch die Gegner der Gewerkschaft.

Da alle marxistischen Autoren lediglich die äußeren Bedingungen, unter denen die Gewerkschaften agieren, für deren Scheitern verantwortlich machen, ist damit unterstellt, daß an den Gewerkschaften selbst

(11) Fortsetzung:

schüre der IG Chemie - Papier - Keramik, hrsg. vom Zentralen Komitee des KOMMUNISTISCHEN BUNDES WEST-DEUTSCHLAND, Mannheim 1974, S. 37

(12) Einige Autoren bringen sogar selbst Hinweise darauf, daß die Gewerkschaften als "freiwillige Mitgliederorganisationen" auf die Zustimmung der Masse der organisierten Arbeiter angewiesen sind, da bei einer nicht mitgliederkonformen Interessenspolitik ein "Trend zum Mitgliederschwund" einsetzen würde (Vgl. E. MANDEL, Systemkonforme Gewerkschaften, a.a.O., S. 69).

Für den Arbeiter besteht die Überprüfung der Nützlichkeit der Gewerkschaft darin, daß er den für die Mitgliedschaft erforderlichen finanziellen Betrag ständig mit dem vergleicht, was für ihn herausspringt.

Keinerlei kapitalistische Beschränkung auszumachen ist. Und wenn die kritisierten Schranken des gewerkschaftlichen Kampfes nur auf subjektiven Mißbrauch durch außergewerkschaftliche Interessen zurückgeführt werden, ist es eine Konsequenz dieses Fehlers, von dem bloßen richtigen Gebrauch der Gewerkschaften durch ihre organisierten Mitglieder eine Aufhebung dieser Schranken zu erwarten:

"Die Arbeiter sind also gezwungen, sich die gewerkschaftlichen Formen der Organisation, auch wenn sie sich ihnen gegenüber verselbständigt haben, jetzt wieder zur Austragung des Gegensatzes zum Kapital in der Form des offenen Klassenkampfes anzueignen." (13)

Alle theoretischen Anstrengungen der marxistischen Autoren gelten dem Versuch, die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter von jeder Verantwortung für den vorgefundenen Zustand der Gewerkschaften freizusprechen. Die Kritik an den westdeutschen Gewerkschaften ist den Marxisten nur ein Anlaß, die Verwirklichung der gewerkschaftlichen Prinzipien durch die Arbeiter als "systemsprengend" zu feiern:

"Die Gewerkschaftsorganisation wandelt sich also nicht in erster Linie deshalb zur Klassenkampforganisation, weil sich der Gewerkschaftsapparat als Instrument der Interessensvertretung der Arbeiter legitimieren muß ..., sondern diesem Prozeß muß bei den Arbeitern selbst zugrundeliegen die Erkenntnis von der Notwendigkeit der Aneignung der Organisation als Instrument des Klassenkampfes, die Erkenntnis also, daß sie es sind, die sich in der Gewerkschaft organisieren und in ihr handeln." (14)

(13) Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftsarbeit, a.a.O., S. 65

(14) Ebda., S. 65

2. Marxistischer Standpunkt und gesellschaftliche Realität

Indem Marxisten das Kapitalverhältnis als den objektiven Grund für alle aufgegriffenen Phänomene behaupten, ist zugleich die Einsicht enthalten, daß ihr Interesse an einer revolutionären Veränderung dieser Gesellschaft eine objektive Konsequenz der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst ist: die Gegnerschaft der Marxisten zu dieser Gesellschaft beruht somit nicht auf einem willkürlich eingenommenen Standpunkt gegenüber der gesellschaftlichen Realität, sondern ist vielmehr Ausdruck der wissenschaftlichen Einsicht in den Charakter der kapitalistischen Gesellschaft (15).

Weil aber in den angeführten neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien die Herkunft der dargestellten Phänomene aus dem Kapitalverhältnis gerade nicht nachgewiesen wird, tritt die marxistische Erklärung der Gewerkschaft als bloß subjektiver Standpunkt neben die zu bestimmenden Fakten (16). Obwohl in dem Versuch einer wissenschaftlichen Begründung des gewerkschaftlichen Kampfes die Einsicht enthalten ist, daß die vorgefundene Realität nicht identisch ist mit ihrem gesellschaftlichen Grund, werden von den

(15) Vgl. K. MARX, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (Ost) 1974, S. 77:

"... wenn wir nicht in der Gesellschaft, wie sie ist, die materiellen Produktionsbedingungen und ihnen entsprechenden Verkehrsverhältnisse für eine klassenlose Gesellschaft verhüllt vorfinden, wären alle Sprengversuche Donquichoterie."

(16) Es ist bezeichnend, daß viele Autoren das Ergebnis ihrer Untersuchung unbewiesen als Ausgangspunkt hinstellen:

"Wir gehen weiter davon aus, daß es keine einfach nebeneinanderherlaufende Analyse der politischen Ökonomie des Kapitals auf der einen, der Gewerkschaftsfragen auf der anderen Seite geben kann. Die Gewerkschaften sind die Organisationen des Gegen-

marxistischen Autoren umfangreiche Materialien auf-
gefahren, welche sowohl den kapitalistischen
als auch den antikapitalistischen Charakter der Ge-
werkschaft unmittelbar ersichtlich machen sollen.

Aus allen Bereichen der gewerkschaftlichen Politik
werden illustrative Beispiele für die Korruptheit
der Gewerkschaftsführung vorgebracht, welche nicht
als Konsequenz des Kapitalverhältnisses erklärt,
sondern aus der bloßen Konfrontation mit dem vorge-
stellten Ideal zu etwas Negativem werden. Obwohl eine
Analyse der Gewerkschaft aufzuzeigen hätte, warum
die Verbandsführungen in ihren Verhandlungen mit
Unternehmern und Staat ständig eine Beschränkung
des Nutzens der Arbeiter hinnehmen müssen, wird die-
ses für jede Gewerkschaft charakteristische Verhalten
für BERGMANN u.a. zum Angelpunkt ihrer Kritik an der
Tarifpolitik der Industriegewerkschaft Metall:

"Den Streik nach einem Kompromißabschluß zu
beenden, stellt den gewerkschaftlichen Appa-
rat vor erneute Schwierigkeiten. Um den Kampf-
willen der Streikenden zu stärken, ist ihnen
während des Streiks immer wieder versichert wor-
den, wie berechtigt ihre Forderung und wie not-
wendig ihr solidarischer Kampf sei, um den Klas-
sengegner zum Nachgeben zu zwingen. Der schließ-
lich von der Verhandlungsführung akzeptierte und
von der Mehrheit der Tarifkommission gebilligte
Kompromiß bedeutet für die Streikenden meistens
jedoch ein Nachgeben ihrerseits; die Folge sind
enttäuschte Erwartungen bei vielen Streikenden."
(17)

(16) Fortsetzung:

satzes der Lohnarbeit gegen das Kapital."

(Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Thesen zur Ge-
werkschaftsanalyse, a.a.O., S. 87

(17) J. BERGMANN u.a., Gewerkschaften in der Bundes-
republik, a.a.O., S. 166

Die Systemgebundenheit der Gewerkschaften soll unmittelbar an den Manipulationstechniken der Führung hervortreten, den innerverbandlichen Willensbildungsprozeß so zu steuern, daß es den Mitgliedern nicht als Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit bewußt wird:

"Die Lösung dieses Problems - so lautet die zentrale These - erfolgt durch eine Reihe von restriktiven Mechanismen des organisationsinternen Prozesses, die auf Vermeidungsstrategien hinauslaufen, durch die eine unreglementierte Artikulation und Diskussion der Mitgliederinteressen verhindert wird. Auf diese Weise vermag die Organisation mit Erfolg ihre Politik dem positiven Test der Legitimation zu entziehen. Legitimiert wird die Politik der Organisation in strittigen Fällen dadurch, daß die Mitglieder nicht revoltieren oder nicht austreten." (18)

Die in dieser Weise negativ gekennzeichneten Phänomene werden zum Grund erklärt, und die marxistischen Autoren sind sich nicht einmal zu schade, die räumliche Distanz der Bürokratie von den Arbeitsplätzen (19) sowie das hohe Durchschnittsalter der DGB-Führungsspitzen (20) als Grund für den kapitalistischen Charakter der Gewerkschaften anzugeben.

Aufgrund der empiristischen Beschreibung der kapitalistischen Wirklichkeit ist es den marxistischen Autoren ein Leichtes, auch zum positiven Beweis

(18) Ebda., S. 274

(19) Vgl. Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Thesen zur Gewerkschaftsanalyse, a.a.O., S. 87
Von solchen Erklärungen wären zunächst einmal die Autoren selbst betroffen, die ihre Theorie der Gewerkschaft sicher nicht aus der "täglichen Erfahrung der Ausbeutung und der wirklichen (!) Herrschaft des Kapitals" niedergeschrieben haben.

ihres Standpunkts die passenden Fakten aufzufinden: der vom Kapital vereinnahmten Gewerkschaftsführung brauchen nur Individuen mit gegenteiligen Verhaltensweisen gegenübergestellt zu werden, und schon ist das revolutionäre Subjekt präsent. So wird der veralteten Bürokratie die klassenbewußte Jugend entgegeng gehalten:

"Aber wie sich nicht nur in Frankreich, sondern ansatzweise in der Bundesrepublik zeigt, haben jüngere Produzenten vielfach schon ein freieres und subtileres Verhältnis zu Produktion und Konsum. Wenn das so ist, stellt sich das Problem der Befreiung der Bedürfnisse, der Entwicklung sozialer Sensibilität und Phantasie insoweit bereits als Ungleichzeitigkeit und damit als historisches Phänomen dar." (21)

Weil die Gewerkschaftsführung und ihre Verbündeten deutlich erkennbar nur eine Minderheit der Bevölkerung in der BRD darstellen, genügt den Autoren des IMSF der Hinweis auf die bloße Mehrheit der Arbeiter und Angestellten, um darin eine "Tendenz der Überwindung der Herrschaft des Kapitals" zu sehen (22). Und da die Gewerkschaftsführung in ihrer Mitbestimmungspraxis nach Ansicht der Autoren ständig gegen die demokratischen Spielregeln verstößt und die Kampfforderungen der Arbeiter hintertreibt, soll die antikapitalistische Mitbestimmungspraxis nun als "Prozeß des Kampfes um die Erringung, Erweiterung und Vertiefung demokratischer Rechte der Arbeiter und Angestellten, ihrer Organe und ihrer Organisationen in der Wirtschaft" verstanden werden (23).

(20) Vgl. E. SCHMIDT, Die verhinderte Neuordnung, a.a.O., S. 50

(21) H. SCHLAUER, über den Gewerkschaftsapparat und die Grenzen des Aktionsspielraums, a.a.O., S. 179

(22) Mitbestimmung als Kampfaufgabe, a.a.O. S. 18

(23) Ebda., S. 13

Die Autoren des IMSF unterstellen in ihrer Untersuchung, daß die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter die vom Kapitalverhältnis gesetzten Schranken der Mitbestimmung nicht kennen und daher auch die objektive Notwendigkeit der Abschaffung des Kapitalismus noch nicht eingesehen haben. Dennoch suchen sie in dem aktuellen Handeln der Arbeiter nach einer nachträglichen Bestätigung für ihr marxistisches Ideal:

"Die objektive geschichtliche Notwendigkeit zur Leitung der Gesellschaft durch die Arbeiterklasse, d.h. zur Ausschaltung der Macht des Kapitals und zur Schaffung gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen Fortschritte der Technik und Produktion mit der Emanzipation der Produzenten einhergehen, drückt sich bei dem gegenwärtigen Reifegrad der Arbeiterklasse und ihrer Gewerkschaften in der Forderung nach Erweiterung und Vertiefung demokratischer Rechte, nach mehr oder weniger tiefgehender Kontrolle über die Produktion und über das Kapital aus."

(24)

Die marxistischen Autoren sympathisieren vorbehaltlos mit all den Aktionen, in denen Arbeiter ihre Bedürfnisse gegen die Interessen der Gewerkschaftsführung durchsetzen, und es ist nicht zufällig, daß die spontanen Streiks der Arbeiter zum bevorzugten Untersuchungsgegenstand der Marxisten gehören:

"Die Arbeiter haben die Erfahrung der Septemberstreiks positiv verarbeitet. Für die Arbeiter insgesamt - vor allem aber für die direkt an den Streiks Beteiligten - stellen sich die spontanen Arbeitskämpfe als Erfolg dar, was ihnen die Durchführung ähnlicher Aktionen in

Zukunft wesentlich erleichtern wird." (25)
Doch wo die Entwicklung zum antikapitalistischen Kampf von bestimmten äußeren Ereignissen abhängig gemacht wird, besteht bei den Autoren notwendigerweise eine Unsicherheit darüber, ob die für eine revolutionäre Bewegung günstigen Bedingungen eintreffen werden:

"Insgesamt deutet das Verhalten zumindest relevanter Teilgruppen der Arbeiterschaft während des Jahres 1970 also an, daß gewisse Ansätze zu einer Reaktivierung der Arbeiterklasse nicht übersehen werden dürfen. Doch kann man nun erwarten, daß sich diese Tendenz fortsetzt? Die Beantwortung dieser Frage steht in zentralem Zusammenhang mit der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung der BRD." (26)

Anstatt die Arbeiter von der Notwendigkeit des Klassenkampfes zu überzeugen, vertrauen sich die marxistischen Autoren der kapitalistischen Entwicklung in der Hoffnung an, daß die Arbeiter durch den bloßen Augenschein der Tatsachen zur Einsicht gebracht werden. So richten sich die Erwartungen der Autoren auf das Eintreffen einer Krise, weil sie sich aus einer daraus erhofften "Krise der Gewerkschaftspolitik" (27) eine günstige Entwicklung hinsichtlich ihres Standpunkts versprechen.

Obwohl die Autoren der PROKLA wissen, daß der Klassengegensatz von den Arbeitern mit dem Ziel ausgetragen wird, einen Interessenausgleich herzustellen, beklagen die Verfasser, daß den Arbeitern die "Erfahrung der Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes" verlorengegangen ist:

(25) M. SCHUMANN u.a., Am Beispiel der Septemberstreiks, a.a.O., S. 163

(26) Ebda., S. 165

(27) Vgl. Redaktionskollektiv Gewerkschaften, kapitalistische Krise, Arbeitslosigkeit und Krise der

"Um diesen Gegensatz zum Kapital aber unmittelbar erfahren zu können, sind materielle Voraussetzungen notwendig, die diesen Gegensatz wirklich enthüllen. Allen Klagen über Resignation und Passivität in der Arbeiterklasse muß entgegeng gehalten werden, daß ohne die gegenwärtige Erfahrung der Ohnmacht sozialpartnerschaftlicher Politik, ohne die Erfahrung der Nichtkompromißfähigkeit der Arbeiter- und Kapitalinteressen, ohne die Erfahrung der Grenzen staatlichen Krisenmanagements auch keine Entwicklung von Klassenbewußtsein in Westdeutschland möglich ist." (28)

Da sich nach Ansicht der Autoren in einer wirtschaftlichen Krise die Manipulationsmöglichkeiten der Gewerkschaftsführung verringern, sollen sich die Arbeiter ihrer eigenen Kampfstärke bewußt werden. Diese Erwartungen werden allerdings sogleich wieder zurückgenommen, weil offensichtlich auch noch andere Reaktionen der Arbeiter in der Krise möglich sind (wobei die Schuldigen wieder schnell gefunden sind):

"In dem Maße, wie von den Gewerkschaften und Betriebsräten keine Widerstandsmaßnahmen gegen Entlassungen organisiert werden, bleibt für den einzelnen Lohnabhängigen als Handlungsperspektive zunächst wesentlich die verschärfte Konkurrenz mit den anderen um den Arbeitsplatz über Leistungserhöhung." (29)

Aus allen Aussagen wird deutlich, daß die marxistischen Autoren die Durchführung der revolutionären Politik der ökonomischen Entwicklung des Kapitals anheimstellen. Die Arbeiter werden im Auf und Ab

(27) Fortsetzung:

Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik, in :
PROKLA Nr. 19/20/21 1975, S. 9-224

des "industriellen Zyklus" zu bewußtlosen Vollzugsorganen eines angeblichen Geschichtsautomatismus:

"In der beständigen Reproduktion des Verhältnisses von Kapital und Arbeit sind ebenfalls die Momente eingeschlossen, durch die die widersprüchliche Bestimmtheit des proletarischen Bewußtseins in einem selbst widersprüchlichen Prozeß aufgelöst wird, indem in der zyklischen Bewegung des Kapitals einmal die Tendenzen, die die Individualität und die Identifikation mit dem bestimmten Inhalt der Arbeit fördern, das andere mal die Tendenzen, die zur Herausbildung der Solidarität und Organisation der Arbeiter und der Gleichgültigkeit gegenüber dem besonderen Inhalt der Arbeit führen, stärker hervorgetrieben werden." (30)

Die Abhängigkeit von den unmittelbar auftretenden Phänomenen der kapitalistischen Realität ist nur die Kehrseite einer Theorie, welche ihren Anspruch auf eine revolutionäre Veränderung nicht aus der Analyse dieser Gesellschaft, sondern nur aus einem ihr gegenübergestellten Ideal begründen kann. Die wissenschaftliche Erklärung der Gewerkschaft wird zugunsten der Erfahrung aufgegeben, womit sich alle Anstrengungen von Marxisten als überflüssig erweisen. Und wo die Entwicklung der Arbeiterbewegung als ein "vermittelter Ausdruck der naturwüchsigen, planlosen Bewegung der kapitalistischen Produktion" gesehen wird (31), wird von den Autoren des PROJEKT

(28) Ebda., S. 175

(29) Ebda., S. 186

(30) PROJEKT KLASSENANALYSE, Materialien zur Klassenstruktur der BRD, Erster Teil, Berlin (West) 1973, S. 240

(31) PROJEKT KLASSENANALYSE, Zur Taktik der proletarischen Partei, Berlin (West) 1972, S. 91

KLASSENANALYSE auch offen gegen solche Marxisten Stellung bezogen, die sich dem von den kapitalistischen Verhältnissen bestimmten Bewußtsein der Arbeiter nicht unterwerfen wollen:

"Die theoretischen Wortführer müssen ihre Theorien entweder entsprechend dem neuen Bewußtseinsstand des Proletariats ändern oder verschwinden."
(32)

3. Vom Standpunkt einer besseren Gewerkschaft

Alle neueren marxistischen Gewerkschaftstheorien gehen davon aus, daß der gegen die zerstörenden Wirkungen der Lohnarbeit gerichtete gewerkschaftliche Kampf zugleich die Gesetzmäßigkeiten der Lohnarbeit durchsetzt, worin die Einsicht enthalten ist, daß sich die Arbeiter auch in ihren gewerkschaftlichen Versuchen zur Sicherung ihrer Reproduktion lediglich als Ausbeutungsobjekte des Kapitals erhalten. Weil sich die marxistischen Autoren dennoch mit den vorgefundenen Interessen der Arbeiter identifizieren, teilen sie den Standpunkt derjenigen, die eine Veränderung ihrer Situation auf der Grundlage der Lohnarbeit erwarten. Mit der bloßen Aufforderung zur Radikalisierung des Interessenskampfes wird der Eindruck erweckt, als genüge schon eine "konsequente" Gewerkschaftsarbeit, um die von den Arbeitern erfahrenen Beschränkungen aufzuheben. Und die Marxisten passen sich auch dort noch dem vorherrschenden Bewußtsein der Arbeiter an, wo diese nicht einmal an einer kämpferischen Gewerkschaftspolitik interessiert sind:

"Ebenso ist die Frage, ob die Gewerkschaften

zu einer Klassenkampforganisation zu machen sind, gegenwärtig rein theoretischer Natur (nur theoretisch zu 'lösen')." (33)

Die marxistische Kritik an der Beschränktheit des gewerkschaftlichen Kampfes macht das Interesse der Autoren deutlich, statt einer Erklärung der Gewerkschaften die politische Praxis der Marxisten als die bessere Gewerkschaftsarbeit und damit als den verlässlicheren Garanten für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Prinzipien anzubieten :

"Selbstverständlich existieren im DGB verschiedene ideologische Standpunkte und Strömungen. Die marxistische Strömung leistet dabei ihren Beitrag für die Durchsetzung der gewerkschaftlichen Ziele, bereit und fähig, mit Kräften anderer ideologischer Herkunft erfolgreich für die Interessen der Arbeiterklasse und der Gewerkschaften zusammenzuarbeiten und zwar nicht außerhalb des Selbstverständnisses der DGB-Gewerkschaften, sondern in Erfüllung der Grundsätze des Programms und der Satzung der Gewerkschaft sowie der Verfassung der Bundesrepublik Deutschland." (34)

Die Marxisten machen sich zum Anwalt der von der Gewerkschaftsführung vernachlässigten Arbeiterinteressen und nehmen die Unzufriedenheit der Arbeiter zum Anlaß, eine alternative Gewerkschaftspolitik zu fordern:

"Hier zeichnet sich das Dilemma ab, daß zwar die Arbeiter ihre Interessen nur im Rahmen und über ihre Gewerkschaften politisieren können, die Gewerkschaften in ihrer bisherigen Form diesen Prozeß aber eher behindern als fördern.

(33) Thesen des SB, a.a.O., S. 58

(34) W. PETSCHIK/ G. SIEBERT, Grundsätze gewerkschaftlicher Politik, a.a.O., S. 6

Die in dieser Lage notwendige Kritik und Auseinandersetzung mit der traditionellen Gewerkschaftspolitik kann sich heute auf eine neue Grundlage stützen: auf die veränderte Interessenlage der Arbeiter, wie sie sich in den jüngsten Streiks angedeutet hat." (35)

So sehen die marxistischen Autoren in der Ausweitung einer "innergewerkschaftlichen Opposition" einen wesentlichen Ansatzpunkt sozialistischer Politik (36), ohne dabei zu bemerken, daß diese Streitigkeiten ihren Grund in der Gewerkschaft selbst haben: da die innergewerkschaftlichen Auseinandersetzungen Ausdruck der unterschiedlichen Vorstellungen der Arbeiter hinsichtlich der Neufestsetzung des Preises der Arbeit sind, muß die Gewerkschaftsführung - soll das Verhandlungsergebnis für alle Mitglieder gültig sein - auch die Interessen der weiger kampfbereiten Arbeiter berücksichtigen. Die von den Marxisten geforderte stärkere Berücksichtigung der Interessen der aktiven Mitglieder bedeutet die Aufforderung an die Gewerkschaftsführung, sich an den Interessen einer Minderheit zu orientieren. Wo Marxisten mehr "innergewerkschaftliche Demokratie" durchsetzen wollen, verlangen sie die Ausrichtung der Gewerkschaften an ihren eigenen Vorstellungen und damit gerade die Absage an jede innergewerkschaftliche Demokratie, und sie können sich nur darüber verwundern, daß die Gewerkschaften es als eine solche verstehen und ihrerseits Konsequenzen ziehen:

"Diejenigen Kräfte, die eine an den Realitäten der Klassengegensätze orientierte Gewerkschaftspolitik durchzusetzen versuchen, werden durch

(35) H. KERN, Die Bedeutung der Arbeitsbedingungen in den Streiks 1973, a.a.O., S. 42

(36) Vgl. Thesen des SB, a.a.O., S. 56f

Ausschluß und Ausschlußdrohungen diszipliniert."

(37)

Statt in den Unvereinbarkeitsbeschlüssen den Mangel einer bloß gewerkschaftlichen Vereinigung der Arbeiter zu sehen, fordern Kommunisten eine Gewerkschaft ohne die für sie nachteiligen Beschränkungen:

"Weg mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen und Berufsverboten! Für freie politische Betätigung in Betrieb und Gewerkschaft! Schluß mit den politischen Entlassungen!" (38)

Weil die marxistischen Autoren die Arbeiter in ihrem Interesse bestärken, sich durch eine gewerkschaftliche Organisierung ihren individuellen Nutzen in dieser Gesellschaft zu erhöhen, führt die von ihnen propagierte "sozialistische" oder "revolutionäre" Gewerkschaftsarbeit nur zu einer Verstärkung der antikommunistischen Haltung der Arbeiter: die so an ihrem Vorteil gepackten Arbeiter müssen sich gerade gegen diejenigen wenden, welche ihnen mit ihren über das unmittelbare Kampfziel hinausgehenden Parolen und Forderungen als Gefährdung ihrer gewerkschaftlichen Einheit erscheinen müssen. In den Berichten des SOZIALISTISCHEN BÜROS über die Betriebsratswahlen von 1975 kommt zum Ausdruck, daß die gepriesenen Erfolge einer "klassenkämpferischen Gewerkschaftspolitik" gerade darauf zurückzuführen sind, daß die beteiligten Arbeiter keine antikapitalistischen Zielsetzungen bekundet haben:

"Mit 12 Arbeitervvertretern und 2 leider nicht zu besetzenden Angestellten-Plätzen ist dieses Ergebnis ein Ausdruck des konsequenten Einsatzes für die Arbeiterinteressen und eine entscheidende Niederlage der Politik der rechten

(37) Ebda., S. 57

(38) REVOLUTIONÄRE GEWERKSCHAFTSOPPOSITION, Oktober 1974, S. 31

Gewerkschaftslinie der IG Metall-Führung. In Zukunft wollen die Kollegen insbesondere ihre gewerkschaftliche Arbeit verstärken. Trotz vieler gerüchteweise eingebrachter Parteina - men gehört keiner der Kollegen irgendeiner Partei an." (39)

Obwohl Marxisten schon durch ihre Agitation belegen, daß sie die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter für unzureichend halten, machen sie die Arbeiter glauben, es genüge schon eine effektive Vereinheitlichung ihrer unmittelbaren Interessen für eine grundlegende Veränderung der Gesellschaft. Und so laufen alle Bemühungen der neueren marxistischen Gewerkschaftstheoretiker darauf hinaus, sich das Funktionieren der Gewerkschaft zum Anliegen zu machen. Einer im Sinne der marxistischen Vorstellungen reformierten Gewerkschaft wird ein zählbarer Erfolg in Aussicht gestellt:

"Dreißig Jahre Nachkriegsentwicklung haben vielfache Beweise geliefert, daß immer, wenn die Gewerkschaften aktive, konsequente Lohn- und Tarifbewegungen führten, wenn sie entschlossen für bessere Arbeitsbedingungen und Arbeiterrechte eintraten, die Mitgliederzahlen überdurchschnittlich erhöht werden konnten." (40)

Die Gewerkschaftslinken scheuen sich nicht einmal, der vielgeschmühnten Führung anläßlich der Betriebsratswahlen Hinweise für einen besseren Umgang mit der rebellierenden Basis zu geben:

"In der Spitze der IG Metall aber hat man allen Grund, darüber nachzudenken, ob ein stärker institutionalisiertes Mitbestimmungsrecht für die Vertrauensleute nicht die beste Gewähr dafür ist,

(39) Betriebsratswahlen 1975, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch '75, Pfm 1975, S. 58

(40) W. PETSCHIK / G. SIEBERT, Grundsätze gewerkschaftlicher Politik, a.a.O., S. 19

daß der Stachel der Basis, den die vorherige Opelbetriebsspitze traf, nicht in Zukunft die eigene Hierarchie unsanft wachrüttelt." (41)

Indem die marxistischen Gewerkschaftskritiker den Standpunkt einer besseren Gewerkschaft einnehmen, ist darin zwangsläufig das Bemühen eingeschlossen, die Notwendigkeit eines verstärkten gewerkschaftlichen Einflusses gegenüber den bestehenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu rechtfertigen: Obwohl die Marxisten an der gegenwärtigen Gewerkschaftspolitik deren Unterwerfung unter die Interessen des demokratischen Staates kritisieren, wollen sie mit der von ihnen reformierten Gewerkschaft einen Beitrag zur Erhaltung der staatlichen Zwangsverhältnisse leisten. DÄUBLER warnt nachdrücklich davor, daß durch eine dauerhafte wirtschaftliche Benachteiligung der Arbeiter der Bestand des demokratischen Staates "ständig aufs schwerste gefährdet" ist:

"Das als System begriffene Gemeinwesen kann auf die Dauer nicht funktionieren, wenn es aus einem demokratischen Subsystem 'Staat' und einem völlig konträr gestalteten Subsystem 'Gesellschaft' oder 'Wirtschaft' besteht." (42)

Mit Hilfe der Radikalisierung des gewerkschaftlichen Kampfes soll zum Gelingen der Demokratisierung einer Gesellschaft beigetragen werden, die den gewerkschaftlichen Interessenskampf der Arbeiter stets aufs neue notwendig macht:

"Das für die Staatsorganisation festgelegte Demokratieprinzip muß deshalb mit einem 'Unterbau' versehen werden, der die erforderlichen Funktionsbedingungen sichert." (43)

(41) Betriebsratswahlen 1975, a.a.O., S. 63

(42) W. DÄUBLER, Das Grundrecht auf Mitbestimmung, a.a.O., S. 160

(43) Ebda., S. 161

Wo Marxisten sich auf den Standpunkt einer besseren Gesellschaft stellen, gilt ihr Interesse gerade nicht den Zielsetzungen des gewerkschaftlichen Kampfes, vielmehr suchen sie die Gewerkschaften in den von ihnen geforderten Kampf gegen den Staat zu integrieren, um von diesem eine Demokratisierung der Gesellschaft zu erzwingen.

4. Parteinahme für die unzufriedenen Staatsbürger

Es ist kennzeichnend für die marxistische Theorie in der BRD, daß die Gewerkschaften erst mit dem Scheitern der Studentenbewegung zum Gegenstand der Auseinandersetzung wurden. Anstatt sich über die unterschiedlichen Interessen von Arbeitern und Studenten Rechenschaft zu geben, macht RABEHL die Gewerkschaften für die "Beeinflussung der Arbeiter durch die herrschende Ideologie" verantwortlich (44), welche diese daran hindert, an der Seite der Studenten gegen die kapitalistische Gesellschaft zu kämpfen. In der vollständigen Ignorierung der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Interessenskampfes wird den Arbeitern abverlangt, ihre "beschränkten Kampfperspektiven" zugunsten der von der Studentenbewegung initiierten Politik aufzugeben:

"Die Arbeiterbewegung, so schien es den Studenten, hatte dort wieder anzusetzen, von wo sie vor 100 Jahren ihren Ausgangspunkt genommen hatte, unter den heutigen Bedingungen den ökonomischen Kampf in den politischen Kampf umzuwandeln, dabei belehrt durch die bitteren Erfahrungen im Scheitern ihrer bisherigen Klassenkämpfe." (45)

(44) B. RABEHL, Von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition, in: U. BERGMANN, R. DUTSCHKE, W. LEFÈVRE, B. RABEHL (Hrsg.), Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 175

An dem Interesse einer "Übertragung der Universitätsrevolte auf andere gesellschaftliche Bereiche und Klassen" (46) wird ersichtlich, daß die gemeinsame politische Zielsetzung von Arbeitern und Studenten für die "Neue Linke" nicht in ihrem Kampf gegen das Kapital, sondern gegen den Staat und seine Institutionen gesehen wird.

"Die heutige Verstaatlichung der ganzen Gesellschaft bildet die Basis für ein Verständnis des antistaatlichen und antiinstitutionellen Kampfes der radikalen außerparlamentarischen Opposition."
(47)

Die Kritik von DUTSCHKE gilt nicht dem Staat als Konsequenz der kapitalistischen Produktionsverhältnisse, sondern dem mangelnden Funktionieren der parlamentarischen Institutionen, denen vorgehalten wird, die "vitalen Bedürfnisse und Interessen nach Frieden, Gerechtigkeit und Emanzipation" an ihrer Durchsetzung zu hindern (48). Die unterdrückten Reproduktionsinteressen der Arbeiter werden ungeachtet ihrer ökonomischen Herkunft dem Staat zur Last gelegt, und die Arbeiter werden eingereiht in die Revolte der unzufriedenen Staatsbürger, welche den Staat zur stärkeren Berücksichtigung ihrer Interessen zwingen wollen:

"Unsere historisch richtige Beschränkung auf die Arbeit in der Universität darf nicht fetisch-

(45) Ebda., S. 175

(46) Ebda., S. 176

(47) R. DUTSCHKE, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: U. BERGMANN u.a., a.a.O., S. 87

(48) Ebda., S. 86

Nicht von ungefähr konnte die Studentenbewegung ihre stärkste Anziehungskraft zur Zeit der "Großen Koalition" entfalten, als keine nennenswerte parlamentarische Opposition existierte.

siert werden. Eine revolutionäre Dialektik der richtigen Übergänge muß den 'langen Marsch durch die Institutionen' als eine praktisch-kritische Tätigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen begreifen, hat die subversiv-kritische Vertiefung der Widersprüche zum Ziel, die in allen Institutionen, die an der Organisierung des Alltagslebens beteiligt sind, möglich geworden ist. Es gibt keinen Bereich in der Gesellschaft mehr, der in der kulturevolutionären Phase unserer Bewegung ausschließlich privilegiert wäre, die Interessen der Gesamtbewegung auszudrücken." (49)

Die marxistischen Autoren machen sich zum Anwalt aller von der Gesellschaft nicht berücksichtigten Interessen, um deren "berechtigte Durchsetzung" gegenüber einer Instanz einzuklagen, welche sie selbst an anderer Stelle als Produkt der kapitalistischen Herrschaftsverhältnisse kritisieren. Unter Berufung auf die demokratischen Ideale des Kapitalismus nehmen Marxisten die moralisierende Haltung unzufriedener Staatsbürger ein, denen es lediglich um die Vergrößerung ihres Nutzens gegenüber einer die Interessen der Bürger ständig beschränkenden Staatsgewalt zu tun ist. Indem sie das staatliche Handeln daraufhin untersuchen, ob es den Interessen der "unterprivilegierten Massen" entspricht, unterscheiden sich diese Marxisten trotz aller revolutionären Rhetorik nicht von allen übrigen Mitgliedern der bürgerlichen Gesellschaft. Noch jedes Privatsubjekt - ungeachtet der politischen Richtung, der es sich zurechnet - vergleicht die Entscheidungen der Regierung mit seinem partikularen Interesse und gründet darauf seine Einstellung zur jeweils herrschenden Regierungspartei. Daß die Kritik der unzufriedenen Bürger keineswegs Ausdruck einer antikapi-

talistischen Einstellung ist, sondern vielmehr auf dem zweckmäßigen Umgang mit den bestehenden Verhältnissen beruht, wird von den marxistischen Autoren übersehen. Indem sie die Erhöhung des Nutzens der Arbeiter durch den Staat als den wesentlichen Inhalt ihrer antikapitalistischen Politik betreiben, tragen sie bei zur Erhaltung der ökonomischen Konkurrenz, welche den Arbeitern die beständige Beschränkung ihrer Interessen aufzwingt. Das gerade an der Auseinandersetzung mit der Gewerkschaft deutlich werdende Interesse der Marxisten an der "Politisierung" der Arbeiter ist nur ein Ausdruck dafür, daß die "Organisation der unmittelbaren Bedürfnisse der Arbeiter" nur noch an deren aktiver Integration in den Staat interessiert ist:

"Denn sie bleiben nie herrenlos auf der Straße liegen; entweder organisiert sie die eine Seite oder die andere; entweder rechts oder links."
(50)

Das von den marxistischen Autoren bekundete Interesse an der Funktionalisierung der Gewerkschaften für die Effektivierung des Staates schließt das Bemühen um eine wissenschaftliche Erklärung der Gewerkschaften aus, wie sich an den Ausführungen von NEGt u.a. zur Reform der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zeigen läßt. Die gewerkschaftliche Kampfposition soll dadurch gestärkt werden, daß in der Bildungsarbeit "politische Bewußtseinsprozesse" in Gang gesetzt werden:

"Die traditionelle Funktionärsschulung ist dazu nicht in der Lage. In diesem Sinn kann nur gewerkschaftliche Bildungsarbeit das demokratische Widerstandspotential der Gesellschaft vergrößern, die die aufgezeigten Tendenzen begreift und praktisch vorantreibt." (51)

Die Ausführungen zum "Themenkreis Betrieb" aber ma-

chen deutlich, daß den Verfassern nicht die kapitalistischen Abhängigkeitsverhältnisse im Betrieb, sondern lediglich die hierarchische Form der Betriebsorganisation ein Anlaß zur Kritik ist. Der bestehende Produktionszweck wird als selbstverständliche Voraussetzung unterstellt und nur noch ein Interesse daran gezeigt, ob die betrieblichen Herrschaftsverhältnisse hinsichtlich des Zwecks der Profitmaximierung funktional organisiert sind:

"Auf den ersten Blick sieht es so aus, als sei der kapitalistische Betrieb durchaus vernünftig organisiert ... Wir werden zu prüfen haben, ob das tatsächlich der Fall ist. Ist der kapitalistische Betrieb im Hinblick auf die Verwirklichung seiner Zwecke tatsächlich rational geplant und organisiert?" (52)

Obwohl die Autoren darauf hinweisen, daß die Abhängigkeit der Arbeiter im Betrieb seinen Grund in den Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Ökonomie hat, welche die Arbeiter zur "Rivalität und Konkurrenz untereinander" zwingt (53), wird bei der Darstellung der betrieblichen Herrschaftsverhältnisse von den kapitalistischen Ursachen abgesehen. Der bestehenden Betriebsorganisation wird lediglich ihre mangelnde Effektivität zum Vorwurf gemacht, wodurch die selbständige Kooperation der Arbeiter beständig verhindert wird.

(50) O. NEGТ, Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren! - Aktuelle Fragen der Organisation, in: Für eine neue sozialistische Linke, a.a.O., S. 217

(51) O. NEGТ, Politische Aufgaben der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 5/1975, S. 313

(52) A. BROCK / W. HINDRICHS/ R. HOFFMANN / W. PÖHLER/ O. SUND, Industriearbeit und Herrschaft, Themenkreis Betrieb I, Ffm 1975, S. 54

(53) Ebda., S. 33

"Es ist sicherlich nicht übertrieben zu behaupten, daß die meisten Betriebe nicht wegen ihrer 'guten' Organisation funktionieren, sondern trotz dieser Organisation. Die genaue Einhaltung von Organisationsvorschriften kann praktisch jeden Betrieb zum Erliegen bringen." (54)

Die negativen Erfahrungen der Arbeiter mit der kapitalistischen Produktion werden vom Standpunkt der linken Autoren also zum Problem einer mangelhaften Betriebsorganisation, welche einer Demokratisierung aller gesellschaftlichen Lebensbereiche im Wege steht. Und weil sich die Autoren auf diese Weise um die Leistungsfähigkeit der kapitalistischen Produktion insgesamt sorgen, werden die ökonomischen Abhängigkeitsverhältnisse nur mehr an den Stellen kritisiert, wo die Arbeiter daran gehindert werden, sich in ausreichender Weise für das Unternehmen nützlich zu machen. Die Verfasser werben für ein "ganz neues Prinzip in den Betrieben", welches unter bewußter Beteiligung der Arbeiter einen störungsfreien Ablauf der kapitalistischen Produktion garantieren soll:

"Ihr Merkmal ist die Selbstregelung, die Beseitigung von Schäden dort, wo sie auftreten - und zwar durch die direkt Beteiligten ... Diese Form von Kooperation wird als Belegschaftskooperation bezeichnet." (55)

Obwohl von den Verfassern betont wird, daß der Betrieb keineswegs nur als eine "Stätte zur organisierten arbeitsteiligen Produktion", sondern auch als ein "Kampfpfad" verstanden werden muß, an dem die Interessensgegensätze von Kapital und Arbeit aufeinanderstoßen (56), wird in der gewerkschaftlichen Interessenver-

(54) Ebda., S. 73

(55) Ebda., S. 78

(56) A. BROCK / W. HINDRICHS / E. HOFFMANN / O. NEGTE /

Tretung nur ein Mittel zum Abbau dysfunktionaler Autoritätsverhältnisse gesehen.

"Durch die Mitbestimmung wird also von der Arbeitnehmerseite die Betriebshierarchie durchbrochen. Die mittleren Ebenen des Managements können durch direkte Verhandlungen mit der Spitze in die Schranken verwiesen und übergangen werden." (57)

Die Verpflichtung der betrieblichen Interessenvertretung auf die Effektivierung des Unternehmens hat zur Konsequenz, daß Betriebsräte und Vertrauensleute den "vordergründigen Interessen ihrer Kollegen entgegen-treten" sollen (58) und ihnen sogar Unternehmerfunktionen aufgetragen werden, wenn sie "ersatzweise für einen gleichgültigen Unternehmer" für neu eingestellte Arbeiter eine Betriebsführung veranstalten sollen. (59)

Die Sorge der Verfasser um die "Würde des Menschen in der Arbeitswelt" gilt nicht den Arbeitenden, sondern bedeutet eine Kritik daran, daß von den Unternehmen die menschliche Arbeitskraft noch nicht rationell genug ausgenutzt wird:

"Wieweit diese bislang ungenutzten Fähigkeiten der einzelnen Arbeitnehmer dennoch auch in der Arbeitswelt fruchtbar gemacht werden können, hängt von der Möglichkeit ab, die bestehende betriebliche Herrschaftsordnung und damit auch überhaupt die bestehende Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung verändern zu können." (60)

(56) Fortsetzung:

W. PÖHLER / O. SUND / R. WELTEKE, Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb, Themenkreis Betrieb III, Ffm 1973, S. 24

(57) Ebda., S. 36

(58) Ebda., S. 65

(59) Ebda., S. 75

(60) A. BROCK / W. HINDRICHS / R. HOFFMANN / W. PÖHLER

Die Veränderung der kapitalistischen Produktion erweist sich als Mittel zu deren Effektivierung, und die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter sollen durch die Bildungsarbeit dazu gebracht werden, sich bereitwillig diesem "Fortschritt" zu unterwerfen. Die Unzufriedenheit der Arbeiter mit ihrer betrieblichen Arbeitssituation wird von den Verfassern dazu benutzt, die Arbeiter für eine unbehinderte Entfaltung ihrer Fähigkeiten und damit für eine größere Leistungsfähigkeit der Betriebe zu gewinnen. Mit der Demokratisierung der betrieblichen Herrschaftsverhältnisse sollen die Arbeiter zu "Wirtschaftsbürgern" erzogen werden und dadurch lernen, ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung nur im Rahmen einer staatsbürgerlichen Verantwortung zu betreiben. Und es ist die absonderliche Konsequenz des marxistischen Standpunkts, daß die Gewerkschaften gerade von ihren linken Kritikern dazu aufgefordert werden, ihre eigenen gewerkschaftlichen Interessen als bloße "soziale Sonderinteressen" (61) zugunsten der Verantwortung um Staat und Demokratie zurückzustellen. Weil sich die marxistischen Autoren für das gewerkschaftliche Handeln der Arbeiter nur im Hinblick auf eine Veränderung des Staates interessieren, nehmen sie Partei gegen die Gewerkschaften, deren Aufgabe es gerade sein muß, die unmittelbaren Reproduktionsinteressen der Arbeiter ohne besondere "politische Perspektive" zu vertreten.

(60) Fortsetzung:

O. SUND, Die Würde des Menschen in der Arbeitswelt, Themenkreis Betrieb IV, Ffm 1975, S. 55

(61) Ebda., S. 163

LITERATURVERZEICHNIS

ABENDROTH Wolfgang, Vorwort zu: Eberhard SCHMIDT, Die verhinderte Neuordnung 1945-1952, Ffm 1970 , S. 5-7

AGARTZ Viktor, Gewerkschaft und Arbeiterklasse, München 1971

ALBERS Detlev, Gewerkschaften versus Arbeiterräte, in: Anpassung oder Widerstand? , Gewerkschaften im autoritären Staat, hrsg. von Sven Gustav PAPCKE, Ffm 1969, S. 115-137

BERGMANN Joachim, Neues Lohnbewußtsein und Septemberstreiks, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1972, Ffm 1972, S. 171-180

BERGMANN Joachim, Otto JACOBI, Walther MÜLLER-JENTSCH, Gewerkschaften in der Bundesrepublik, Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen, Ffm-Köln 1975

Betriebsratswahlen 1975, in: Gewerkschaften und Klassenkampf , Kritisches Jahrbuch 1975, Ffm 1975, S. 47-86

BLANKE Thomas, Rainer ERD, Heide ERD-KÜCHLER, Lip, Legalität und Klassenbewußtsein, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1974, Ffm 1974, S. 249-282

BOSCH Gerhard, Wie demokratisch sind Gewerkschaften?, Berlin 1974

BROCK Adolf, Wolfgang HINDRICHS, Reinhard HOFFMANN, Willi PÖHLER, Olaf SUND, Industriearbeit und Herrschaft, Themenkreis Betrieb I, Ffm 1975

BROCK Adolf, Wolfgang HINDRICHs, Reinhard HOFFMANN, Oskar NEGt, Willi PÖHLER, Olaf SUND, Reinhard WELTEKE, Die Interessenvertretung der Arbeitnehmer im Betrieb, Themenkreis Betrieb III, Ffm 1973

BROCK Adolf, Wolfgang HINDRICHs, Reinhard HOFFMANN, Willi PÖHLER, Olaf SUND, Die Würde des Menschen in der Arbeitswelt, Themenkreis Betrieb IV, Ffm 1975

BROECKER Bruno, Wirtschaftliche Mitbestimmung der Betriebsräte?, Die Neue Gesellschaft, 2. Heft, Stuttgart 1948

BRUNNER Otto, Mitbestimmung - eine Kampfaufgabe?, in: Die Internationale, Juli 1974, S. 94-121

BÜRO Andreas, "Wilde Streiks" - ein Anfang?, in: Für eine sozialistische Linke, hrsg. vom SOZIALISTISCHEN BÜRO, Ffm 1973, S. 237-243

CRUSIUS Reinhard, Manfred WILKE, Elemente einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus, West-Berlin 1971

CRUSIUS Reinhard, Manfred WILKE, Rationalisierung der Ausbeutung, Unternehmerstrategien gegen innerbetriebliche Mitbestimmung, in: Kooperation und Mitbestimmung, hrsg. von HUSS / SCHMIDT, Ffm 1974

DÄUBLER Wolfgang, Das Grundrecht auf Mitbestimmung, Ffm 1973

DEPPE Frank, Das Bewußtsein der Arbeiter, Köln 1972

DEPPE Frank, Jutta von FREYBERG, Christof KIEVENHEIM, Regine MEYER, Frank WERKMEISTER, Kritik der Mitbestimmung, Partnerschaft oder Klassenkampf?, Ffm 1973

Der Gewerkschafter Nr. 11 / 1973

DUTSCHKE Rudi, Die Widersprüche des Spätkapitalismus, die antiautoritären Studenten und ihr Verhältnis zur Dritten Welt, in: Uwe BERGMANN, Rudi DUTSCHKE, Wolfgang LEFÈVRE, Bernd RABEHL, Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 33-93

ECKART Christel, Richard HERDING, Ursula JAERISCH, Klaus JAPP, Bernd KIRCHLECHNER, Arbeiterbewußtsein, Klassenzusammenhang und ökonomische Entwicklung, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 4, Ffm 1975, S. 7-64

ESCHENHAGEN Wieland, Antigewerkschaftlicher Kampf oder Kampf in den Gewerkschaften?, Sozialistische Betriebsarbeit und Gewerkschaftsbürokratie, Erfahrungen in Bremen, München 1971

GORZ André, Die Zukunft der Gewerkschaften - Neue Widersprüche und neue Inhalte gewerkschaftlicher Kämpfe, in: Zukunft der Gewerkschaften, Beiträge zur vierten internationalen Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall für die Bundesrepublik Deutschland vom 11. bis 14. April 1972 in Oberhausen, Ffm 1974, S. 94-116

GORZ, André, Zur Strategie der Arbeiterbewegung im Neokapitalismus, Ffm 1972

GUCKELBERGER Wolfgang, Kritik bürgerlicher Mitbestimmungskonzeptionen, in: SOZIALISTISCHE POLITIK Nr. 5/1974, S. 3-60

HOSS Dietrich, Die Krise des 'Institutionalisierten Klassenkampfes', Metallarbeiterstreik in Baden-Württemberg, Ffm 1974

JAEGGI Urs, Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik, Ffm 1973

JAEGGI Urs, Die Gewerkschaft zwischen Theorie und Praxis, in: Gewerkschaftliche Monatshefte Nr. 5 / 1975, S. 271-274

KERN Horst, Die Bedeutung der Arbeitsbedingungen in den Streiks 1973, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1974, Ffm 1974, S. 25-43

LEDWOHN Josef, Schutz und Gestaltungsfunktion der Gewerkschaften in der Bundesrepublik, in: Gewerkschaften - Standort und Perspektive, hrsg. von Josef LEDWOHN / Heinz SEEGER, Ffm 1971, S. 9-26

MANDEL Ernest, Arbeiterkontrolle, in: Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung, hrsg. von Ernest MANDEL, Ffm 1971, S. 440 445

MANDEL Ernest, Einleitung zu: Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung, hrsg. von Ernest MANDEL, Ffm 1971, S. 9-58

MANDEL Ernest, Systemkonforme Gewerkschaften?, in: Gewerkschaftstheorie heute, Referate und Diskussionsbeiträge einer öffentlichen Tagung der DGB-Bundeschule Bad Kreuznach vom 23. bis 25. März 1970, hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, S. 63-72

MARX Karl, Lohnarbeit und Kapital, in: Karl MARX und Friedrich ENGELS, Artikel aus der "Neuen Rheinischen Zeitung" (MEW 6), Berlin (Ost) 1973, S. 397-424

MARX Karl, Das Kapital, Später Band (MEW 23), Berlin (Ost) 1968

MARX Karl, Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie, Berlin (Ost) 1974

MAYER Evelies, Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften, Ffm 1973

Mitbestimmung als Kampfaufgabe, hrsg. vom INSTITUT FÜR MARXISTISCHE STUDIEN UND FORSCHUNGEN, Ffm 1972

"Mitbestimmung als Kampfaufgabe" - Bemerkungen zu einer Studie des IMSF, in: PROJEKT KLASSENANALYSE, Klassenbewußtsein und Partei, Westberlin 1972, S. 45-74

MÜLLER-JENTSCH Walther, Der Arbeitskampf in der Metallindustrie, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1972, Ffm 1972, S. 13-27

MÜLLER-JENTSCH Walther, Entwicklungen und Widersprüche in der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Gewerkschaften und Klassenkampf, Kritisches Jahrbuch 1973, S. 150-162

MÜLLER-JENTSCH Walther, Materialien zur Gewerkschaftstheorie, in: Gesellschaft, Beiträge zur Marxschen Theorie 3, Ffm 1975, S. 27-60

NEGT Oskar, Nicht nach Köpfen, sondern nach Interessen organisieren! - Aktuelle Fragen der Organisation, in: Für eine neue sozialistische Linke, hrsg. vom SOZIALISTISCHEN BÜRO, Ffm 1973, S. 216-226

NEGT Oskar, Politische Aufgaben der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Nr. 5 / 1975, S. 308-313

OFFE Claus, Bürgerinitiativen und Reproduktion der Arbeitskraft im Spätkapitalismus, in: ders., Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Ffm 1972, S. 158-168

OFFE Claus, Demokratische Legitimation der Planung, in: ders., Strukturprobleme des kapitalistischen Staates, Ffm 1972, S. 123-152

PAPCKE Sven Gustav, Proletarische Spontaneität und gewerkschaftliche Disziplin. Ein Mitbestimmungsproblem?, in: Anpassung oder Widerstand?, Gewerkschaften im autoritären Staat, hrsg. von Sven Gustav PAPCKE, Ffm 1969, S. 11-43

PETSCHIK Werner, Gerd SIEBERT, Grundsätze gewerkschaftlicher Politik, in: SOZIALISTISCHE POLITIK Nr. 33 / 1975, S. 3-21

PIRKER Theo, Die blinde Macht, Die Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland, Erster Teil 1945-1952, München 1960

Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes, hrsg. von Gerhard LEMINSKY / Bernd OTTO, Köln 1974

PROJEKT KLASSENANALYSE, Materialien zur Klassenstruktur in der BRD, Erster Teil: Theoretische Grundlagen und Kritiken, Westberlin 1973

PROJEKT KLASSENANALYSE, Zur Taktik der proletarischen Partei, Westberlin 1972

Proklamierte und distinkte Arbeiterpartei, in: PROJEKT KLASSENANALYSE, Kleinbürgerlicher oder wissenschaftlicher Sozialismus, Westberlin 1974, S. 7-57

RABEHL Bernd, Von der antiautoritären Bewegung zur sozialistischen Opposition, in: Uwe BERGMANN, Rudi DUTSCHKE, Wolfgang LEFÈVRE, Bernd RABEHL (Hrsg.), Rebellion der Studenten oder Die neue Opposition, Reinbek bei Hamburg 1968, S. 151-178

Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Thesen zur Gewerkschaftsanalyse, in: PROBLEME DES KLASSENKAMPFS Nr. 2 , 1972, S. 87-106

Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Neue Momente in der Klassenbewegung 1973 in der Metallindustrie, in: PROBLEME DES KLASSENKAMPFS Nr. 10 / 1973, S. 35-58

Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Bedingungen sozialistischer Gewerkschaftspolitik, in: PROBLEME DES KLASSENKAMPFS Nr. 13 / 1974, S. 51-100

Redaktionskollektiv Gewerkschaften, Kapitalistische Krise, Arbeitslosigkeit und Krise der Gewerkschaftspolitik in der Bundesrepublik, in: PROBLEME DES KLASSENKAMPFS Nr. 19/20/21 1975, S. 9-224

Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, Die KPD antwortet auf Fragen sozialdemokratischer Arbeiter, hrsg. von der Gewerkschaftsabteilung des ZK der KPD, Oktober 1974

SCHÄFER Heinz, Einige Gesichtspunkte zu Rolle und Aufgabe der Gewerkschaften unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus, in: Marx und die Gewerkschaften heute, Ffm 1969, S. 7-37

SCHAUER Helmut, Über den Gewerkschaftsapparat und die Grenzen des Aktionsspielraums, in: Die Linke antwortet Jürgen Habermas, Ffm 1968, S. 176-184

SCHMIDT Eberhard, Ordnungsfaktor oder Gegenmacht?,
Die politische Rolle der Gewerkschaften, Ffm 1971

SCHMIDT Eberhard, Die verhinderte Neuordnung 1945-
1952, Ffm 1970

SCHMIDT Ute, Tilman FICHTER, Der erzwungene Kapitalis-
mus, Klassenkämpfe in den Westzonen 1945-1948, Ber-
lin-West 1971

SCHNEIDER Dieter, Rudolf F. KUDA, Mitbestimmung -
Weg zur industriellen Demokratie?, München 1969

SCHUMANN Michael, Frank GERLACH, Albert GSCHLÖSSL,
Petra MILHOFFER, Am Beispiel der Septemberstreiks -
Anfang der Rekonstruktionsperiode der Arbeiterklasse?
Ffm 1971

SOZIALISTISCHES BÜRO, Vorwort zu: Hans-Georg CONERT,
Gewerkschaften heute - Ordnungsfaktor oder Gegen-
macht?, Offenbach 1971

Thesen des SOZIALISTISCHEN BÜROS - Entwurf des Ar-
beitsausschusses des SB-Offenbach, Offenbach 1975

Sozialistische Gewerkschaftsarbeit und "Revolutionäre
Gewerkschaftsopposition" - Probleme und Aspekte so-
zialistischer Gewerkschaftsarbeit und ihre organisa-
torische Scheinlösung in der RGO, in: PROBLEME DES
KLASSENKAMPFS Nr. 8/9 1973, S. 145-160

Sozialpartnerschaft oder Klassenkampf, Materialien
zur Mitbestimmung, hrsg. von der Basisgruppe Ge-
schichtswissenschaft an der Hamburger Universität,
Hamburg 1971

STIFFEL Karl, Gewerkschaften und Staat, in: Gewerkschaften, Standort und Perspektive, hrsg. von Josef LEDWOHN / Heinz SEEGER, Ffm 1971, S. 49-64

Was wollen die Kommunisten ? Antwort auf eine Broschüre der IG Chemie - Papier - Keramik, hrsg. vom Zentralen Komitee des KOMMUNISTISCHEN BUNDES WEST-DEUTSCHLAND, Mannheim 1974

WYNIGER Willy, Zur Ökonomie der Unterordnung - Stabilisieren die Gewerkschaften den Kapitalismus ?, in: Anpassung oder Widerstand?, Gewerkschaften im autoritären Staat, hrsg. von Sven Gustav PAPCKE, Ffm 1969, S. 44-62

ZIEGENBALG Lutz, Einleitung zu: Viktor AGARTZ, Gewerkschaft und Arbeiterklasse, München 1971, S. 1-24

LEBENS LAUF

Ich wurde am 11.11.1944 in Altenhundem als Sohn des Kaufmanns Werner Schulte und seiner Ehefrau Anna geb. Dasbeck geboren. Nach dem Besuch der Volksschule von 1951-1955 besuchte ich ein neusprachliches Gymnasium und legte im Jahre 1965 am Grillo-Gymnasium in Gelsenkirchen die Reifeprüfung ab.

Vom Sommersemester des Jahres 1965 an studierte ich an der Universität Bonn kath. Theologie und wechselte nach dem vierten Semester an die Universität München über, wo ich im Februar 1970 das Theologiestudium mit dem Diplomexamen abschloß.

Seit dem Sommersemester 1970 studierte ich im Hauptfach Politologie und in den Nebenfächern Pädagogik und Philosophie. Dabei habe ich u.a. bei folgenden Dozenten Vorlesungen und Übungen belegt: Sontheimer, Schiefele, Ludz, Massing, Ellwein, Ulich, Grassi, Piroshkow und Mayer-Tasch. Meine Dissertation verfertigte ich unter der Leitung von Prof. Sontheimer.

